Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Freitag, 8. Oktober 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 237

An die deutsche Arbeiterklasse!

An die Mitglieder der freien Gewerkschaften!

Der gemeinsamen Offensive der Unternehmer, der Regierung, der Gewerkschaftsbureaukratie gelang es, den Kampf der Hamburger Hafenarbeiter niederzuschlagen. Die Entstehung dieses Kampfes, sein Verlauf und Ende, sowie das Verhalten der Gewerkschaftsführer sind von außerordentlicher Bedeutung für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. Denn Hamburg war nicht nur der erste wuchtige Vorstoß gegen die Diktatur des Unternehmertums und seine Rationalisierungspolitik.

In Hamburg wurde die erste Schlacht gegen den Raub eines der wichtigsten Grundrechte der Arbeiterklasse, des Streikrechts, geschlagen.

Hamburg war zugleich die stärkste Solidaritätsaktion für die englischen Bergarbeiter, die seit mehr als fünf Monaten für dieselben Ziele kämpfen!

Der Plan der Unternehmer und der imperialistischen Regierung ist klar und eindeutig: Im Wege des Schlichtungsverfahrens und der Klassenjustiz das Streikrecht im rationalisierten Deutschland endgültig zu begraben.

Der Arbeiterstreik wird außerhalb des Gesetzes gestellt, die Streikenden für vogelfrei erklärt, die Gewerkschaften für die „wirtschaftlichen Schäden" des Streiks haftbar gemacht. Das bedeutet die

Erschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Denn welchen Sinn sollen die Gewerkschaften haben, wenn sie die proletarischen Forderungen nicht im Kampfe gegen das Unternehmertum durchsetzen können?

Gibt es nach 8 Jahren Republik noch einen Arbeiter, der glaubt, daß es möglich ist, die proletarische Existenz auf dem Wege der Vereinbarung mit den Unternehmern zu verteidigen? Ist es nicht nach den Erfahrungen von Hamburg über jeden Zweifel klar, daß das Schlichtungswesen eine furchtbare Waffe in den Händen des Unternehmertums ist?

Die Unterwerfung unter die Schlichtungsdiktatur der Bourgeoisie und der Reformisten wäre der Anfang vom Ende der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Sie würde die deutsche Arbeiterschaft weit hinter 1914 zurückwerfen. Die Gewerkschaftsführer sind mit dem Kriegsplan des Unternehmertums restlos solidarisch. In seiner Kundgebung zum Hamburger Kampf gibt der ADGB. das Streikrecht völlig preis! Auch sein Ziel ist die Umwandlung der Gewerkschaften aus Kampforganisationen des Proletariats zu Unterstützungsvereinen, die von der Gnade des Unternehmertums und der bürgerlichen Gerichte abhängig sind. Die Haltung des ADGB. zum Hamburger Kampf ist eines der schwärzesten Kapitel der deutschen Arbeiterbewegung.

Wir rufen die Arbeiterschaft zum Kampf gegen die Vernichtung der Gewerkschaften durch die Trustherren, gegen den Verrat und die Feigheit der reformistischen Bureaukratie.

Die Hamburger Arbeiter wurden geschlagen, aber nicht besiegt.

Ihr Kampf war ein Vorpostengefecht der gesamten deutschen Arbeiterklasse, die sich zur Abwehr in Bewegung setzt. Deshalb fand Hamburg ein gewaltiges Echo in ganz Deutschland, in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften.

Im kommenden Hungerwinter werden die unvermeidlichen Kämpfe um Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit, der Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung und die Erwerbslosigkeit **zusammenfallen mit der Abwehr der Vernichtungsoffensive gegen das Streik- und Koalitionsrecht.**

Die Organisierung der proletarischen Einheitsfront ist das eiserne Gebot der Stunde!

Aber Hamburg hat eine noch weit größere Bedeutung. Vor Hamburg machte der Führer des deutschen Trustkapitals, Silverberg, der Sozialdemokratie und den Gewerkschaftsführern den Vorschlag, zur gemeinsamen Verstümmelung der Arbeiterklasse eine Regierungskoalition im Reiche und in den Ländern zu bilden.

Hamburg war die Antwort Leiparts auf das Dresdner Koalitionsangebot Silverbergs.

Die deutsche Bourgeoisie weiß aus den Erfahrungen der Vergangenheit, daß sie ihre imperialistische Völkerbundspolitik nicht durchführen kann, wenn sie nicht die Arbeiterklasse in die Fesseln der Koalitionspolitik schlägt. Sie fürchtet die Rebellion der zwei Millionen Erwerbslosen im kommenden Winter des Hungers und des Elends. Sie fürchtet **das Bündnis der Erwerbslosen mit den Arbeitern im Betrieb,** und sie sucht ihre Bundesgenossen in den Reihen jener Führer der Arbeiterschaft, die eine bewährte Tradition haben als Büttel gegen jegliche Auflehnung des Proletariats gegen das kapitalistische Regiment.

Kann es einen deutlicheren Beweis für die Vorbereitung der Großen Koalition, der Koalition der Trustherren mit den reformistischen Arbeiterverrätern geben, als den Pakt, den die sozialdemokratischen Minister Preußens mit der Hohenzollernbande abgeschlossen haben?

Der Hohenzollernpakt Brauns und Severings,

gebilligt vom Parteivorstand der SPD., gibt den fürstlichen Räubern weit mehr als selbst der berüchtigte Kompromißentwurf der Regierung Marx-Stresemann. In der Zeit des ungeheuerlichsten Elends der Arbeitenden, des bevorstehenden Abbaues der Erwerbslosenunterstützung wird den Hohenzollern ein ungeheures Vermögen in den Rachen geworfen. Mehr als das! Die sozialdemokratischen Minister verpflichten sich in dem unterschriebenem Vergleich, **für sämtliche früheren Beamten aller fürstlichen Höfe in Deutschland bis an ihr Lebensende** zu sorgen! Und das in einer Zeit, da Tausende und aber Tausende Kriegsrentner, Waisen und Witwen buchstäblich verhungern.

Die sozialdemokratischen Führer übertrumpfen die ärgsten Feinde des arbeitenden Volkes!

Sie treten den Willen von 15 Millionen, die für die restlose Enteignung der Fürsten demonstriert haben, mit Füßen.

Der Wille der bürgerlichen und sozialdemokratischen Fürstenknechte darf nicht Wirklichkeit werden.

Die Einheitsfront der 15 Millionen für die Enteignung der Fürsten muß ihren Kampf von neuem aufnehmen. Der Hohenzollern-Pakt der sozialdemokratischen Führer muß vernichtet werden.

Es lebe die Front der 15 Millionen für die restlose Enteignung und Verjagung der Fürsten,

gegen Koalitionspolitik, Arbeitsgemeinschaft und Schlichtungswesen!

Für den Ausbau der Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiterklasse!

Für das uneingeschränkte Streik- und Koalitionsrecht!

Schützt die Gewerkschaften vor den verbrecherischen Anschlägen der Trustherren und ihrer reformistischen Knechte!

Brot und Arbeit den Erwerbslosen! Kampf für Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit!

Es lebe die Solidarität mit den englischen Bergarbeitern!

Es lebe die proletarische Einheitsfront im Zeichen des Hamburger Kampfes!

Es lebe der Kongreß der Werktätigen!

Es lebe der Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung!

Berlin, den 7. Oktober 1926.

Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

400000 Morgen für die Hohenzollern

Millionen für die Hofbeamten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 8. Oktober.

Die „Rote Fahne" bringt Mitteilungen über den Hohenzollernvergleich. Danach erhalten die Hohenzollern, entgegen den erst verbreiteten Angaben, mindestens 400 000 Morgen Grund und Boden. In § 7 des Vergleichs heißt es wörtlich:

„Der Staat stellt dem vormals regierenden König Wilhelm II. auf etwaigen Wunsch Schloß und Park zu Homburg vor der Höhe als Wohnsitz für ihn und seine Gemahlin auf Lebenszeit beider zur Verfügung. Der preußische Staat übernimmt die völlige Versorgung für alle ehemaligen Hofbeamten, ganz gleich, zu welchem Zeitpunkt sie aus dem Hofdienst ausgeschieden sind."

Selbst die Hofbeamten, die heute noch in Doorn oder bei irgendeinem Mitglied des Hohenzollernhauses tätig sind, müssen, wenn sie vor dem 1. April 1927 aus dem dortigen Dienst ausscheiden, vom Staat nach den Vorschriften der Beamtengesetze besoldet werden. Hofbeamte können sich jederzeit, auch vor Vollendung des 65. Lebensjahres, auf Kosten des Staates pensionieren lassen, dabei wird ihnen die während des Krieges im Hofdienst zurückgelegte Dienstzeit wie bei den Beamten als doppelte Dienstzeit angerechnet.

Bereits heute zahlt der preußische Staat 2,4 Millionen Mark Gehälter und Pensionen an Hofbeamte. Die „Deutsche Tageszeitung" teilt mit, die **deutschnationale Fraktion habe beschlossen,** dem **Hohenzollernvergleich zuzustimmen,** um zu verhindern, daß durch evtl. Enthaltung der Sozialdemokraten und Dagegenstimmen des welfischen Teiles der Wirtschaftspartei keine Mehrheit für die Vorlage zustande kommt,

Die Verhandlungen Preußens mit den Hohenzollern

Das Berliner Tageblatt hört, daß der Preußische Finanzminister Höpker-Aschoff die Vorsitzenden der Fraktionen der Regierungsparteien in Preußen für morgen vormittag zu einer Besprechung geladen hat, in der er über den Stand der Vergleichsverhandlungen zwischen der Preußischen Staatsregierung und den Vertretern des Hohenzollernhauses Bericht erstatten wird.

*

Jetzt endlich, nachdem die Verhandlungen mit Wilhelm vor dem Abschluß stehen, will die preußische Regierung auch den Landtag informieren. Es ist bedauerlich, daß Severing nicht mehr Rede und Antwort zu stehen braucht über diese Verhandlungen, an denen er auch ein gerüttelt Maß Schuld trägt.

Wird Seeckt abgesägt.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 8. Oktober.

Im Fall Seeckt ist noch keine Entscheidung getroffen. Wie die bürgerlichen Blätter mitteilen, soll Hindenburg den Standpunkt Geßlers gebilligt haben, jedoch wird heute vormittag noch einmal Marx mit Hindenburg über den Streit konferieren. Es besteht die Absicht, sowohl Seeckt als Gehler im Amt zu halten.

Der „Vorwärts" von heute früh führt dagegen eine sehr scharfe Sprache und nennt den Konflikt eine Krise der Republik.

*

Der Kampf um Seeckt und um den Posten des Chefs der Heeresleitung ist auf der ganzen Linie entbrannt. Die um Stresemann sich gruppierenden Kreise der deutschen Bourgeoisie wenden sich gegen Seeckt. So schreiben die heutigen „Leipziger Neuesten Nachrichten", wenn auch nur in vorsichtiger Form, es stehe fest, daß Seeckt die Bestimmungen des Versailler Vertrages verletzt habe, indem er den Kronprinzensohn die Erlaubnis erteilt habe, in der Uniform der Reichswehr Dienst zu tun. In einem Leitartikel stellen die „Leipziger Neuesten Nachrichten" die Frage: „Mußte das sein?"

Deutschnationale Kreise propagieren den General von Losberg. Nach einer Mitteilung des „8-Uhr-Abendblattes" soll Hannover der Mittelpunkt für die Stützungsaktion für den Generaloberſten von Seeckt sein.

Die Offiziere verschiedener Garnisonen Nord- und Mitteldeutschlands sollen sogar einen gemeinsamen Schritt vorbereiten, um auf Hindenburg einzuwirken, daß er den Generaloberſten von Seeckt halten soll und den Reichswehrminister Geßler dafür gehen lassen soll.

Seeckt soll die Zugeständnisse bezüglich der Einstellung des Kronprinzensohnes in die Reichswehr während einer Unterhaltung mit der ehemaligen Kronprinzessin Cäcilie bei einem gesellschaftlichen Zusammentreffen gemacht haben.

Obwohl die Presse der Schwarzrotgoldenen jede außenpolitische Begründung für Seeckts Rücktritt ablehnt, muß z. B. das „8-Uhr-Abendblatt" doch zugeben, daß auch noch andere Differenzpunkte mit Seeckt bestanden haben. Seeckt ist zwar nicht, wie die nationalistische Presse behauptet, der Ententekommission geopfert worden, aber wohl war er der den Kurs westlicher Orientierung steuernden Stresemann-Politik nicht zuverlässig genug westlich orientiert. Darum wird auch an die Stelle Seeckts ein Nachfolger kommen, den man auch nicht den kleinsten Hauch östlicher Orientierung wird vorwerfen können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261008-16/fragment/page=0001

Verbreiterte Lohnbewegungen

Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband hat für Mitteldeutschland die Lohntafel gekündigt und 5 Pf. Lohnerhöhung gefordert.

*

Die Bezirksleitung Lugau, des Bergarbeiterverbandes hat den Lohntarif gekündigt, um durch eine Lohnerhöhung die seit Monat November 1925 von Monat zu Monat zurückgegangenen Löhne der Bergarbeiter wieder etwas auszugleichen. Die Unternehmer haben durch den Bergbaulichen Verein erklären lassen, daß „eine Berechtigung für Lohnforderungen nicht vorhanden" sei. Der Landesschlichter hat die Vertragsparteien für den 7. Oktober zu Verhandlungen nach Dresden geladen.

*

Im Siegerländer Bergbau wurde das Lohnabkommen vom 16. Oktober 1925 und die Arbeitszeitregelung mit Wirkung ab 1. Oktober wieder in Kraft gesetzt. Sie können erstmalig zum 1. Januar 1927 gekündigt werden. Der Manteltarif vom 9. März tritt am 1. Dezember 1926 wieder in Kraft. Von den Arbeitgebern wurde der Schiedsspruch abgelehnt. Der Bergarbeiterverband hat noch keine Stellung genommen.

*

Im Baugewerbe wurde ein Schiedsspruch gefällt, nach dem die bisherigen Arbeitsbedingungen weiter gelten sollen. Der Verband der Deutschen Bauangestellten, der 40 Mark Gehaltserhöhung in allen Stufen und achtstündige bzw. für Sonnabend sechsstündige Arbeitszeit gefordert hatte, kündigte „schärfsten Protest" an, falls seine Forderungen nicht bewilligt würden.

Es kommt jetzt, wie in allen Industriezweigen, darauf an, die Worte zu Taten zu machen. Alle Verbände, die sich zurzeit in Lohnverhandlungen befinden, müssen Fühlung miteinander nehmen und den Kampf gegen die Schandschiedssprüche und für höhere Löhne gemeinsam organisieren.

Zum Rücktritt des kranken Severing und des gesunden Meisters

Mit dem schwer nervenkranken preußischen Innenminister scheidet auch zugleich der bisherige Staatssekretär im preußischen Ministerium des Innern, Meister, aus. Von ihm wird nicht berichtet, daß sich die Krankheit seines Vorgesetzten auch auf ihn übertragen hätte. Es ist also Tatsache, daß die Krankheit Severings nur vorgeschoben ist. An die Stelle Meisters soll nämlich, wie die „Kölnische Zeitung" zu melden weiß, der Ministerialdirektor Abegg treten. Abegg gehört keiner Partei an und steht in jedem Fall den Demokraten und dem Zentrum näher als den Sozialdemokraten.

Wenn man über die wahren Gründe zum Rücktritt Severings unterrichtet sein will, braucht man nur das folgende Zitat aus der „Kölnischen Zeitung" Nr. 745 vom 6. Oktober lesen. Es heißt dort:

„Eine Wiederholung der Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung scheiterte weniger an dem Widerstand Severings selbst, als am Willen der Volkspartei, Severing und sein System dabei nicht mehr in Kauf zu nehmen. Bei aller Achtung vor der Persönlichkeit eines Mannes, der sich mit eigener Kraft aus kleinen Verhältnissen zu Macht und Ansehen emporgearbeitet hat und gegen unlautere Verunglimpfung seines Handelns letzthin auch von seinen politischen Gegnern in Schutz genommen wurde, konnte man nicht vergessen, wie schwer die Deutsche Volkspartei an den Lasten zu tragen gehabt hat, die ihr dadurch auferlegt worden waren, daß sie als Koalitionsgenossin seine Personalpolitik mit decken mußte."

Severing wünscht also die Große Koalition; die Volkspartei wünscht sie auch, aber nicht, daß Severing dabei in der Regierung bleibe.

Die Stahlhelmpresse kommt aus dem Wundern nicht heraus

SPD. und Schandkompromiß mit Wilhelm dem Ausgerissenen

In der gestrigen „Allgemeinen Zeitung", dem Stahlhelmorgan Halles, wird in einem Leitartikel zu dem Schandkompromiß der preußischen Regierung mit Wilhelm dem Ausgerissenen Stellung genommen. Die „Allgemeine Zeitung" schreibt: „Der Vergleich von 1925 und ebenso der Regierungskompromißentwurf des Sommers 1926 scheiterten bekanntlich am Widerspruch der Sozialdemokraten (und natürlich auch der Kommunisten), wobei schon damals auffiel, daß die sozialistischen Mitglieder der preußischen Regierung durch ihre Zustimmung zu dem Vergleich eine wesentlich gemäßigtere Haltung als ihre Partei einnahmen. Die jetzige Stellungnahme der Sozialistischen Partei steht noch nicht fest,

aber das offizielle Organ der Partei, der „Vorwärts", hat eine Schwenkung gemacht, die man bisher nicht für möglich gehalten hätte und die der ganzen sozialistischen Enteignungshetze beim Volksentscheid geradezu ins Gesicht schlägt.

Es folgt dann ein Zitat des „Vorwärts", das den Kompromiß mit Wilhelm gutheißt und gegen die Kommunisten loszieht. Wir können das Staunen der Stahlhelmpresse begreifen. Die „Allgemeine Zeitung" hat es in der Zeit des Volksentscheids gewiß nicht für möglich gehalten, daß wenige Monate später dies Blatt ausgerechnet in der Frage der Sicherung des Raubes von Wilhelm dem Ausgerissenen einen solch trefflichen Bundesgenossen in der SPD. bekommen würde.

ADGB.-Gestammel zum Hamburger Streik

Eine Verteidigung, die eine Anklage ist

(Eig. Meld.) **Berlin**, 7. Oktober.

Im „Vorwärts" versucht der Bundesvorstand des ADGB., sich mit einem Leitartikel gegen die Angriffe der Kommunisten, der ADGB. verzichte auf das Streikrecht der Arbeiter, zu verteidigen. In dem Artikel wird die Behauptung aufgestellt, der ADGB. habe niemals auf das Streikrecht verzichten wollen, jedoch mache das geltende Schlichtungswesen die Anwendung des Streiks sehr oft unmöglich. Wörtlich heißt es dann: „Wäre nicht nur ein Teil, sondern die Mehrzahl der Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaften, dann würden die Gewerkschaften auf die Zwangstarife verzichten können. Aber auch dann würden die Gewerkschaften zu keinem Streik aufrufen, der sich gegen den Bestand eines geltenden Tarifvertrages richtet, weil zu den Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung die Tarifreue unbedingt gehört." Auf den Vorwurf, die Gewerkschaftsführer verzichten auf das Streikrecht wegen ihrer Arbeitsgemeinschaft, antwortet der ADGB., die Gewerkschaften hätten sich in keiner Weise zur Aufgabe oder Preisgabe irgendwelcher Arbeiterrechte verpflichtet. Wenn das das geschehe, sei das nur auf die Schwäche der Gewerkschaften zurückzuführen. Zuletzt untersucht der Artikel die Rechtslage und „beweist", daß die Gewerkschaften doch für Tarifbruch haften. Immer wieder aber leuchtet durch, daß die Gewerkschaften ihrer Natur nach tariftreu sein müssen. Wörtlich wird dann fortgesetzt: „Daraus ergibt sich aber mit zwingender Logik, daß die Gewerkschaften gegen freie Tarifverträge und gegen Zwangstarifverträge nicht streiken und keine Streikunterstützung zahlen können . . . Die deutsche Gewerkschaftsbewegung weiß aus jahrzehntelanger Erfahrung, daß in der Entwicklung auch Rückschläge unausbleiblich sind. Derartige Rückschläge werden in dem Maße verhindert, wie die Arbeiter die Notwendigkeit der Gewerkschaften einsehen und Gewerkschaftsmitglieder werden. Dann werden die Gewerkschaften auch in der Lage sein, für die Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung einzutreten und dann besteht die Streikfreiheit im Rahmen der sittlichen Staatsgrundsätze unbeschränkt." Jeder Gewerkschaftsfunktionär wird aufgefordert, „den Verleumdern der Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten".

Dreiviertel Millionen Mehrheit für Kampf in England

Verschärfung aller Kampfmaßnahmen — Verstärkte Solidarität tut not!

(Eig. Drahtm.) **London**, 8. Oktober.

Die Grubenarbeiter haben die Regierungsvorschläge über die Schlichtung des Konflikts mit 737 000 gegen 43 000 Stimmen abgelehnt. Der Vollzugsausschuß hat daraufhin heute einstimmig eine Entschließung angenommen, worin er seinerseits die Vorschläge als unannehmbar bezeichnet.

Nachdem die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter die Regierungsvorschläge über die Beilegung des Konflikts als unannehmbar bezeichnet hatte, wurde eine Entschließung der Delegierten von Südwales angenommen. Diese Entschließung fordert:

1. **Zurückziehung der Arbeiter von den Pumpen.**
2. **Alle interessierten Gewerkschaften sollen aufgefordert werden, sich der Einfuhr ausländischer Kohle energisch zu widersetzen.**
3. **Der Kampf gegen die Bergwerksbesitzer soll in Zukunft in viel schärferer Form geführt werden. Es sollen mehr Versammlungen der Streikenden als bisher abgehalten werden.**
4. **Der Generalrat der Gewerkschaften wird aufgefordert, von allen Mitgliedern eine besondere Abgabe als Unterstützung für die streikenden Arbeiter zu fordern.**

Die Konferenz hat sich nach Annahme dieser Entschließung vertagt.

Baldwins Rede in Scarborough gegen die Gewerkschaften

Ein Gesetz gegen die Gewerkschaften in Sicht

Auf der Konferenz des Nationalverbandes konservativer und unionistische Vereinigungen in Scarborough hielt auch der **englische Ministerpräsident Baldwin eine Rede**, in der er die Absicht der Regierung durchblicken ließ, einen **Abänderungsantrag zum Gesetz über die Gewerkschaften einzubringen.** Er erklärte: „Die jüngsten Ereignisse machen es notwendig, **das Gesetz über die Gewerkschaften einer Nachprüfung zu unterziehen.** Die Schwierigkeit bestehe darin, die Frage der Kollektivrechte und der individuellen Rechte der Arbeiter zu lösen."

*

Wieder hat der unbeugsame Kampfwille der englischen Bergarbeiter gesiegt. Not und Elend eines fünfmonatigen Riesenstreiks hat die Front der Bergarbeiter nicht erschüttern können. Mit Dreiviertel-Mehrheit haben die Bergarbeiter die Forderungen der Regierung abgelehnt. Darüber hinaus haben sie Maßnahmen angeordnet, den Streik noch zu verschärfen. Der Kampfwille ist so stark, daß überall dort, wo Bergarbeiter in die Gruben zurückgekehrt sind, vom Bergarbeiterverband alles versucht werden wird, diese Arbeiter wieder aus den Bergwerken herauszuholen.

Die Erklärungen Baldwins gegen die Gewerkschaften sind ein Signal dafür, was dem englischen Arbeiter droht, wenn die Bergarbeiter besiegt werden. Nicht umsonst hat Baldwin diese seine Rede in Scarborough gehalten, dem Ort jener Konferenz der englischen Gewerkschaften, die einen Höhepunkt in dem Machtbewußtsein der englischen Arbeiter darstellt. Wenn auch die Rede Baldwins unbestimmt gehalten ist, so macht sich der englische Ministerpräsident durch diese Rede zweifellos die Forderungen der Konservativen zu eigen, die ganz konkrete Maßnahmen gegen die englischen Gewerkschaften verlangen. Vor allen Dingen Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften bei Streiks und **gesetzliches Verbot der großen Streiks überhaupt.**

Die englischen Bergarbeiter beantworten die Provokation der englischen Regierung mit einem weiteren Kampf. Die deutschen Arbeiter, die Werftarbeiter in Hamburg, haben ihren Streik, der grundsätzlich ein Streik für die Koalitionsfreiheit war, durch die Zermürbungstaktik der Reformisten sich abwürgen lassen. Die deutsche Arbeiterschaft kann und muß viel von den englischen Arbeitern lernen, vor allem das Vertrauen in die eigene Kraft, vor allem Ausdauer und Zähigkeit. Der Kampf der englischen Bergarbeiter geht weiter. Auch die deutschen Arbeiter müssen zu neuen unvermeidlichen Kämpfen rüsten, müssen alles tun, neue stärkere Solidarität mit den englischen Bergarbeitern zu beweisen.

„Die Roten müssen aus England hinausgetrommelt werden"

Hetze gegen den Genossen Krassin

(WTB.) **London**, 7. Oktober.

Auf der Konferenz des Nationalverbandes konservativer und unionistischer Vereinigungen in Scarborough wurde eine Entschließung eingebracht, die der Regierung die Unterstützung bei allen Schritten zusagt, die geeignet sind, die Tätigkeit der Sowjetagenten zu unterdrücken. Locker Lampson unterstützte diese Entschließung. Die Roten müßten aus England „hinausgetrommelt" werden. Krassin müsse entweder „blechen" oder machen, daß er fortkomme, und England müsse die Fesseln Moskaus abschütteln und lieber ein freies Königreich sein. Der Antrag wurde unter großer Begeisterung angenommen.

Die Preußenregierung hat nur Geld für arbeitslose Hohenzollern

Für die Opfer kapitalistischer Rationalisierung sind keine Mittel vorhanden!

Der Landtag beschäftigte sich am Donnerstag zunächst mit einigen kleineren Vorlagen. Bei dem Gesetzentwurf, **40 Millionen für neue Siedlungen in Preußen auszugeben**, entspann sich ein Wettbewerb der kapitalistischen Parteien um die Gunst der Siedler. Die Deutschnationalen wetterten insbesondere gegen die Bestechungsmöglichkeiten und Korruptionsgeschäfte der Siedlungsgesellschaften und waren gegen die Aufteilung des Großgrundbesitzes. Von Rednern anderer Parteien wurde bestätigt, daß in den meisten Fällen das für Siedlungszwecke bewilligte Geld **in die Taschen parasitärer Elemente** geflossen ist. Genosse Moericke begründete die Zustimmung unserer Fraktion zu dem Antrag, knüpfte jedoch daran die Erwartung, daß die schamlose Ausbeutung der Siedler sowohl durch die Großgrundbesitzer, wie durch die Staatsverwaltung aufhöre. Den Siedlern würde vielfach schlechter Boden, Sumpfgelände usw. überlassen, damit sie auf derartigem Boden abwirtschafteten und den Großgrundbesitz zu billigem Gelände verhelfen. Statt der versprochenen 15 Millionen Unterstützung vom Reich für Siedlungszwecke in Preußen sind im ganzen 4 Millionen eingegangen.

Hierauf wandte sich das Haus einer Reihe von Anträgen zur Erwerbslosennot zu. Genosse Gehrmann erstattete über das Schicksal kommunistischer Anträge im Hauptausschuß Bericht. **Alle nichtkommunistischen Parteien** haben die Forderung auf einmalige Unterstützung der Arbeitslosen, **auf Erhöhung der Erwerbslosensätze um 50 Prozent** und um Erstattung **der Miete abgelehnt.**

Der Sozialdemokrat Otter begründete einen Antrag seiner Fraktion gegen die **Stillegung der Zeche Margarete** des Stumm-Konzerns. Dieser Konzern hat vom Staat große Geldmittel erhalten, trotzdem führt er mit Stillegungen fort. In ihrer Antwort erklärte die Regierung lakonisch, daß sie hiergegen nichts unternehmen könne, da es an „gesetzlichen Handhaben fehle".

Genosse Merker begründete dann eingehend eine Reihe kommunistischer Anträge. Die kommunistische Fraktion gibt sich mit der Ablehnung ihrer Forderungen auf einmalige Beihilfe von 100 Mk. für die Erwerbslosen und von 10 Mk. für jedes Familienmitglied, sowie von 50 Mk. für unverheiratete Arbeitslose nicht zufrieden, sondern wiederholt diese Forderungen. Ebenso wie diejenigen auf Erstattung der Miete und auf Bereitstellung von ausreichenden Mitteln an die Gemeinden für die Ausgesteuerten. Außerdem verlangen wir die Aufhebung der Karenzzeit sowie die Beseitigung der Ortsklassendifferenzierung, wie auch die Unterbindung jeglicher Betriebsstillegung. Durch die Ablehnung dieser Forderungen im Hauptausschuß und durch die Stellungnahme der Regierung bei der Hohenzollernabfindung sei erwiesen, daß diese **Landtag und die Regierung offene Hand für das Fürstengesindel zeige, hingegen nichts zur Linderung der Notlage der wirklich Durstigen tun wolle.** Der kommunistische Redner weist darauf hin, daß, entgegen allen offiziösen Irreführungen, die Zahlen der Erwerbslosen und der Ausgesteuerten eine aufsteigende Kurve darstellen. Mit der Beendigung der Saisonarbeit im Baugewerbe, in der Landwirtschaft, im Hotel- und Restaurantgewerbe würde die Erwerbslosigkeit weiter steigen, hinzu kommen die Auswirkungen der Rationalisierung. Großspurig war angekündet, daß in diesem Jahr in Preußen 500 000 Arbeiter beschäftigt werden sollten zu Kanal- und Kultivierungsarbeiten usw. Noch nicht einmal 150 000 Arbeiter sind bisher mit Arbeit versehen worden, und auch diese Zahl ist in den letzten Wochen zurückgegangen. Die Aufrechterhaltung der Klassifizierung bedeutet besonders für die erwerbslosen Frauen eine Verschlechterung. Die heutige Ortsklasseneinteilung muß beseitigt werden. Die zwangsweise Verschickung der Erwerbslosen im Ruhrgebiet zeigt die Pläne der Staatsregierung auf. Das Blutbad in Breslau ist auf den skandalösen Erlaß des Wohlfahrtsministers, wie des preußischen Innenministers zurückzuführen. Die Tarifabschlüsse in der Textil-, Metall- und Chemieindustrie begünstigen die Absichten der Unternehmer auf Mehrarbeit. **Ueber eine Million Arbeiter können in diesen Industrien mehr beschäftigt werden, wenn der Achtstundentag innegehalten würde.** Die Unternehmer lassen länger arbeiten, um sich Lohnkämpfen zu entziehen; setzen sich die Arbeiter zur Wehr und kämpfen sie gegen ein solches System, dann fallen ihnen — wie Hamburg beweist — die ADGB.-Instanzen in den Rücken. Wir Kommunisten werden alles tun, um die Arbeiter in den Betrieben mit ihren erwerbslosen Brüdern zusammenzuschweißen, damit sie gemeinsam den Kampf gegen Verelendung und Rationalisierung aufnehmen.

Am 15. Oktober

beginnt im „Klassenkampf" der aufsehenerregende neue Roman

„Die weiße Feme"

Benützen Sie die Gelegenheit zum Abonnement ab 15. Oktober!

Der Mann für „Ruhe und Ordnung"

In seiner Antrittsrede vor den Beamten des Innenministeriums erklärte der neue Innenminister, Grzesinski, er wolle kein Programm aufstellen und sehe seine Aufgabe darin, „dem Staat und dem deutschen Volke zu dienen, die Verfassung zu schützen und die Republik in der Institution und personell in jeder nur denkbar möglichen Weise zu festigen und im übrigen überall vernünftig zu wirken."

Max Hoelz immer noch im Hungerstreik

Teilforderungen erfüllt — Kämpft weiter!

Wie uns mitgeteilt wird, hat das preußische Justizministerium in einer Verfügung, gezeichnet Hasse, den Präsidenten des Strafvollzugs in Breslau ersucht, Max Hoelz die Benutzung des Schwitzapparates, der sein Eigentum ist, zu ermöglichen. Ferner hat das Justizministerium angeordnet, daß Max Hoelz sowohl wegen seines rheumatischen Leidens als auch wegen seiner Haarwurzelerkrankung Fachärzte zu Rate ziehen kann, die im Einvernehmen mit dem Rechtsberater des Genossen Hoelz ausgewählt werden sollen.

Damit sind zwei der Forderungen des Genossen Hoelz, um deren Erfüllung er in den Hungerstreik getreten ist, erfüllt. Auf Veranlassung des Zentralvorstandes der Roten Hilfe Deutschlands hat sich der preußische Landtagsabgeordnete Genosse Gustav Menzel nach Groß-Strehlitz begeben.

Die dritte Forderung des Genossen Max Hoelz, besseren Essen zu erhalten, da das gegenwärtige in absolut ungenießbarem Zustand sei, ist bisher noch nicht erfüllt worden. Die Bemühungen des nach Groß-Strehlitz entsandten Genossen Gustav Menzel werden nur dann bei den Behörden Erfolg haben, wenn sie durch den Druck der Arbeiter in allen Bezirken des Reiches unterstützt werden.

Die Schikanen, denen Max Hoelz fortgesetzt ausgesetzt ist, sind um so unerhörter, da bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein sich immer mehr die Auffassung verbreitet, daß Max Hoelz unschuldig lebenslänglich im Zuchthaus schmachtet. Die belastenden Zeugenaussagen des Moabiter Sondergerichtsverfahrens sind längst erschüttert worden. Der Kampf gegen die Drangsalierungen und Schikanierungen des Genossen Hoelz muß verstärkt werden durch den Ruf:

Wiederaufnahme des Verfahrens für Max Hölz!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261008-16/fragment/page=0002

Das Auftreten der Opposition der KPSU. im „Aviopribor"

Ueber das von uns bereits gemeldete Auftreten der Opposition in einer Moskauer Zelle bringt ein Arbeiter-Korrespondent in der „Prawda" einen längeren Bericht. Wir bringen nachstehend die wichtigsten Stellen:

Vorgestern, Freitag, erwies sich der Parteitag der Zelle des Werkes „Aviopribor" völlig unerwartet als ein außerordentlicher und sogar außergewöhnlicher Tag. Hat man es erlebt, daß in einer Versammlung einer einzigen Betriebszelle, die kaum 100 bis 150 Mitglieder zählt, **alle Führer der Opposition** erschienen?

Aber so geschah es. In der Zelle „Aviopribor" traten die Genossen Radek, Pjatakow, Sinowjew und Trotzki auf. Anwesend waren: Smilja, Sapranow und andere.

Und mit ihnen erschien noch ein ganzes Gefolge von Adjutanten. Etwa zwanzig, den Arbeitern des Werkes unbekannte Parteimitglieder. Sie besetzten die rückwärtigen Bänke und bildeten dort eine Art Claque. . .

Darauf begannen die Führer zu kommen. Als erster Führer kam Genosse Radek, der in seiner Rede die Eröffnung der Diskussion forderte und sagte: „Wir kämpfen deshalb, weil die Partei Schwierigkeiten durchmacht, wir wollen die Schwierigkeiten beseitigen." **Er verteidigte offen den Trotzkismus** und sagte, daß er **nicht mit dem 5. Kongreß der Komintern einverstanden gewesen sei**, daß der Trotzkismus durchaus keine kleinbürgerliche Abweichung sei und dergleichen. Man empfing ihn mit sehr spärlichem Beifall — die Mehrheit wußte noch nicht, ob er in der Opposition sei oder nicht.

Etwas später kam und trat auf Genosse Pjatakow, der eine farblose Rede hielt. Als er versuchte, ihm die Redezeit zu verlängern, lehnte dies die Versammlung mit Stimmenmehrheit ab. Pjatakow verließ darauf die Tribüne, ohne auch nur seine drei Minuten zu Ende zu sprechen.

Den Oppositionellen antworteten hauptsächlich Mitglieder der Zelle, die Arbeiter Tscharassow, Tschudin, Wolodin, Tschelomenzew, die Arbeiterin Rastoropowa und andere. Sie sprachen sich einstimmig gegen die von der Opposition vorgeschlagene Politik der Preiserhöhung aus. Sie sagten, daß eine solche Politik die Vereinigung mit der Bauernschaft zerreißen, den Arbeiter als Verbraucher schädigen, die Valuta bedrohen würde usw. Es sei ein Unsinn, von einer Herabsetzung der Kleinhandelspreise zu sprechen, wenn man, wie die Opposition, zugleich eine Erhöhung der Großhandelspreise vorschlage. Am meisten wehrten sich die zu Worte gelangenden Arbeiter und die gesamte Versammlung gegen die Erklärung Radeks und anderer, daß die Diskussion einen Kampf gegen die Schwierigkeiten bedeute. „Nicht zu streiten hat man sich, sondern geschlossen zu arbeiten, nieder mit der Diskussion!", sagten die Genossen Tscharassow, Kusnetzow, Tschudin und andere.

Alle zu Worte kommenden Zellenmitglieder mit Ausnahme des Genossen Kossenko forderten einmütig die Abwehr gegen die Opposition.

Zur Verteidigung der Linie der Partei gab die Versammlung das Wort auch dem Sekretär des Bezirksausschusses von Krassnaja Pressnja, Genossen Rjutin, dem Sekretär des Moskauer Komitees, Genossen Uglanow, weiter den Genossen Slepkow, Sten und Iljin. Das Kommen des Genossen Uglanow und sein Auftreten wurde von der Versammlung mit einer Ovation begrüßt.

Als während einer der Reden Sapronow in den Saal trat, begrüßte man ihn mit Rufen: „Was, aus einer Zelle hat man ihn fortgejagt, und jetzt ist er zu uns gekommen?"

Gerade vorher war er in der Zelle der Station „Podmoskownaja" gewesen. Offenbar hatte er sich aus dem Jahre 1923 daran erinnert, daß es dort Oppositionelle gab. Aber die Versammlung hatte dort beschlossen, **Sapronow nicht das Wort zu erteilen.**

In der Tat: Wer wird Sapronow hören wollen? Nur der, der ihn nicht kannte. „Gott sei Dank" hat er sich im Jahre 1918 mit Lenin gestritten, im Jahre 1919 mit Lenin, im Jahre 1920 das gleiche und im Jahre 1921 ebenso. Im Jahre 1923 erhielt er von Trotzki einen „Orden" für den Kampf gegen das Leninsche ZK. Und jetzt, im Jahre 1926, hat er sich dem Oppositionsblocke angeschlossen und treibt sich in den Zellen herum mit dem festen Entschluß, eine Diskussion zu eröffnen.

Als sich die Debatte dem Ende näherte und man in die Nacht hineingeraten war (man saß in der Versammlung seit 4 Uhr nachmittags), erschien im Saale Genosse Sinowjew und verlangte das Wort. Seine Forderung wurde mit Protest aufgenommen; trotzdem beschloß man, ihm das Wort zu geben.

Er schlug einen scharfen Ton an und erhielt zur Antwort ebensolche scharfe Zurufe. Man schrie ihm ins Gesicht: „Oktoberheld!" „Nieder mit den Renegaten und Deserteuren der Revolution!" „Neugebackener Trotzkist!" „Viel Glück zur Ehe mit dem Trotzkismus!" und dergleichen.

Er sprach so, wie früher die Trotzkisten gesprochen haben: über Bureaukratismus und die „Apparatmenschen", über Zwang usw., erzählte Fabeln über Leningrad, verwies auf seine zwanzigjährige Zugehörigkeit zum ZK. und **lobte Genossen Trotzki,** worauf man ihm antwortete, daß er zwanzig Jahre mit Lenin gegangen sei und gegen Trotzki gekämpft habe, aber jetzt Trotzki lobe. Als sich Genosse Sinowjew Wirtschaftsfragen zuwandte, löste er mit außerordentlicher Leichtigkeit innerhalb weniger Minuten die Frage der Industrialisierung des Landes: Man brauche nur noch weitere dreihundert Millionen den Kulaken abzunehmen, zweihundert den Privatkapitalisten (oder umgekehrt, ich erinnere mich nicht recht), **fünfhundert der „Bureaukratie", insgesamt also noch eine Milliarde.** Es zeigt sich also, daß unser ZK. das Land leitet, aber eine Milliarde Rubel, die zu haben ist, nicht sieht!

Mit einer solchen „Arithmetik" kann man den Arbeiter nicht einfangen, der Arbeiter weiß, daß die Milliarden bei uns nicht auf der Straße herumliegen.

Genosse Sinowjew bemühte sich auf jede Weise, die Arbeiter zu „fangen" und sprach die Unwahrheit über die Herabsetzung des Arbeitslohnes in zwei Jahren. Er lobte auch die Zelle „Aviopribor" als eine der besten, rief aber damit nur Gelächter hervor. Im Jahre 1923 war diese Zelle tatsächlich eine kurze Zeitlang oppositionell gewesen. Jetzt muß aber Genosse Sinowjew, wenn er in eine Arbeiterversammlung geht, sich daran erinnern, daß „das Jahr 1926 nicht das Jahr 1923" ist (wie er selbst sich auszudrücken beliebte).

Schließlich kam und trat auf L. D. Trotzki. Man hatte von den Führern der Opposition viel erwartet, aber als es dazu kam, kam ein Geschwätz heraus. Genosse Trotzki konnte nichts Sachliches über die Industrialisierung sagen. Er sagte nur, daß die Fragen „gewaltig" und „wichtig" seien, und daß man sie erörtern müsse, dazu aber sei es nötig, eine Diskussion in der ganzen Partei zu eröffnen. Zärtlich „schmeichelte" und „lobte" er nach rechts, nach links, wobei er alle Oppositionsführer zur Schau stellte: seien sie doch alle alte Bolschewiki! Ist es so lange her, daß er diese gleichen alten Bolschewiki beschimpft und ihnen die Fehler im Oktober vorgehalten hat? Und ist es so lange her, daß sich Genosse Trotzki als ein „Soldat der Partei" hinstellte, der imstande sei, die Hand an die Hosennaht zu legen, usw.?

Dieser Trotzki war jetzt wirklich nicht in der Versammlung der Zelle „Aviopribor" zu sehen.

Beschuldigungen gegen die „Apparatmenschen", Demagogie über Fehlen der Demokratie in der Partei, Unterwühlung der höchsten Organe der Partei, all dies mobilisierte Genosse Trotzki in seiner Rede, wobei er die Lieder vom Jahre 1923 wieder anstimmte, und trotz seiner blumenreichen Rede **erhielt er nicht die Stimmenmehrheit in der Zelle „Aviopribor". Die Arbeiter haben die Opposition kräftig abgewehrt.**

Besonders waren die Arbeiter darüber empört, daß die Oppositionsführer sich bemühten, die Diskussion mit einem Trick zu beginnen, sie den Arbeitern aufzuzwingen, trotz aller Beschlüsse der Partei. Bestehen denn die Beschlüsse der Partei und des ZK. nicht für die oppositionellen Würdenträger, die ihr politisches Kapital verschleudert haben? Dürfen sie denn gröblich und ohne Umstände die proletarische bolschewistische Disziplin verletzen?

Die Resolution der Opposition vereinigte 27 Stimmen auf sich, die der Partei 78 Stimmen (es stimmten die Mitglieder der Zelle ab), also die erdrückende Mehrheit.

Und das ist doch eine Zelle, die im Jahre 1923 oppositionell war, eine von den wenigen (vier bis fünf) oppositionellen Arbeiterzellen des Bezirks Krassnaja Pressnja!

Und doch war auf dieser Versammlung die gesamte „Blüte" der Opposition, ihre gesamte führende Spitze vertreten, ihre Hauptführer und ihre besten Redner.

Dabei traf der Angriff der Opposition die Zellenmitglieder, Arbeiter, überfallsmäßig, unerwartet und ohne Vorbereitung.

Alle Bedingungen, die die Opposition sich nur wünschen konnte, waren hier vorhanden und trotzdem fiel sie schmählich und hoffnungslos durch.

Sie setzte viel aufs Spiel, trumpfte gehörig auf, aber die kommunistischen Arbeiter übertrumpften diesen Trumpf um das Zehnfache.

Nieder mit den „Schreihälsen"! Nieder mit der Opposition in unseren Versammlungen! Laßt die Partei ruhig an der Lösung der großen Aufgaben des Aufbaues des Sozialismus arbeiten, stört die Partei nicht in ihrer Arbeit!

*

Nach der von uns oben wiedergegebenen Diskussion ist die nachstehende Resolution angenommen worden:

Nach Anhörung des Berichtes des Genossen Leonidow über die Ergebnisse der 7. Plenartagung des Moskauer Komitees schließt sich die allgemeine Versammlung der Zelle der KPSU. des Werkes „Aviopribor" voll und ganz allen Beschlüssen an, die auf der Plenartagung gefaßt wurden und erklärt die Linie, die das Moskauer Komitee auf dem Gebiete der praktischen Durchführung des Sparsamkeitsregimes, in bezug auf die Herabsetzung der Kleinhandelspreise und ebenso in allen übrigen auf der Plenartagung gelösten Fragen einhält, für völlig richtig. Die Versammlung stellt fest, daß eine Reihe von Organisationen der Frage der Durchführung des Sparsamkeitsregimes noch nicht genügend nahegetreten ist, und daß daher Fälle der Entstellung des Sparsamkeitsregimes zu beobachten sind. Sie hält es daher für notwendig, die Aufmerksamkeit des Moskauer Komitees auf das Ergreifen der entschiedensten Maßnahmen zur Beseitigung derartiger Erscheinungen zu lenken, und einen entschiedenen Kampf für die Einschränkung der Unkosten, für die Vereinfachung und Verbilligung des Staatsapparates zu führen.

In bezug auf die Herabsetzung der Kleinhandelspreise ist die Versammlung der Ansicht, daß trotz gewisser Errungenschaften auf diesem Gebiete das Moskauer Komitee in Zukunft die Arbeit zur Herabsetzung der Preise, besonders für Massenbedarfsartikel stärken muß, was die Festigung des Realwertes, des Arbeitslohnes der Arbeiter fördern und eine tatsächliche Vereinigung der Stadt mit dem Dorfe bedeuten wird.

Angesichts dessen, daß die Opposition nicht nur nicht ihre Fraktionstätigkeit einstellt, sondern sie auch noch weiter vertieft, indem sie weiter illegale Versammlungen einberuft, weiter Literatur verbreitet und sogar weiter alle möglichen konspirativen Tätigkeiten betreibt, die auf die Unterwühlung der Einheit und die Spaltung der Reihen der Partei gerichtet sind, trotzdem die Partei in der erdrückenden Mehrheit einig und stark ist, erklärt die Versammlung kategorisch, daß das Moskauer Komitee entschiedene Maßnahmen zum Kampfe gegen die Opposition treffen muß und nicht vor Maßnahmen organisatorischer Art halten darf.

Nieder mit der aufgezwungenen Diskussion! Für die leninistische Einheit in den Reihen der Partei! Es lebe das Leninsche ZK.! (Angenommen mit 78 Stimmen gegen 27).

Die Moskauer Parteiorganisation gegen die Fraktionsmacher

(Inprekorr.) **Moskau,** 6. Oktober.

In der gesamten Moskauer Parteiorganisation werden fortdauernd Versammlungen veranstaltet, in denen über das Vorgehen der Opposition Bericht erstattet wird. Ausgenommen die Zelle „Aviopribor", wo für die Opposition 26 gegen 77 gestimmt haben, konnte die Opposition nirgends eine einigermaßen bedeutende Stimmenzahl erreichen. Ungeachtet der Versuche der Opposition, die Zellen zur Diskussion heranzuziehen, verurteilen die Zellen in den angenommenen Resolutionen einmütig aufs schärfste die spalterische Tätigkeit der Opposition.

Unerbittlich gegen die Zerstörung der Parteieinheit

(Inprekorr.) **Moskau,** 5. Oktober.

Von allen bedeutenden Parteiorganisationen der Sowjetunion, die von den Versuchen der Oppositionsführer, der Partei eine neue Diskussion aufzuzwingen, Kenntnis erhalten haben, wurden Protestresolutionen angenommen, die darauf hinweisen, daß die Opposition jegliche in der Partei zulässigen Kampfmethoden überschritten hat und einmütig fordern, daß das Zentralkomitee entscheidende Maßnahmen gegen die Oppositionsführer, die die Parteieinheit zerstören wollen, treffe.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

193 Tote in Hannover. Seit Mittwoch morgen wurden aus den hiesigen Krankenhäusern 18 an Typhus erkrankte Personen als gesund entlassen. Fünf Personen sind gestorben. Die Zahl der neu aufgenommenen Personen beträgt 12. Die Gesamtzahl der Typhuskranken und Typhusverdächtigen beträgt somit am Donnerstagvormittag 1644 (am Vortage 1655), die der Gestorbenen 193 (am Vortage 188).

Rücktritt des Staatssekretärs Dr. Meister. Dem „Berliner Tageblatt" zufolge hat Staatssekretär Dr. Meister im Preußischen Ministerium des Innern sich nach einer Rücksprache mit dem neuen Minister des Innern, Grzesinski, dazu entschlossen, noch heute sein Rücktrittsgesuch einzureichen.

Opfer des Grubenkapitals. Auf der Hedwig-Wunsch-Grube bei Hindenburg ging ein Pfeiler zu Bruch. Die niederstürzenden Kohlenmassen verschütteten zwei Häuer, die nur noch als Leichen geborgen werden konnten. Ein Schlepper erlitt schwere Verletzungen.

Eine ostpreußische Handelsabordnung in Moskau. Eine Abordnung aus ostpreußischen Industrie- und Handelskreisen ist in Moskau eingetroffen. Die Mitglieder der Abordnung erklärten, daß sie zur Entwicklung von Handelsoperationen zwischen der Sowjetunion und Ostpreußen mit Sowjetorganen über verschiedene Fragen persönlich zu unterhandeln wünschten.

Geschäftsstreik in Berlin am 3. November. In einer Versammlung der Berliner Innungen und der Verbände der Gewerbetreibenden wurde, wie die „B. Z." berichtet, mitgeteilt, daß am 3. November die Berliner Ladengeschäfte zum Zeichen des Protestes gegen die steuerliche Ueberlastung des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes um 2 Uhr nachmittags schließen wollen.

Verbot einer linksgerichteten Wochenschrift. Verboten wurde auf Grund des Republik-Schutzgesetzes die in München erscheinende Wochenschrift „Neue Zeitlupe" auf die Dauer von drei Monaten wegen eines Artikels „Froschkönig Stresemann".

Anziehen der amtlichen Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 6. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 29. September um 1,0 v. H. auf 128,0 gestiegen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse um 1,8 v. H. auf 130,3 angezogen, während die Industriestoffe um 0,5 v. H. auf 123,5 nachgaben.

Prozeß gegen die Humanité. Gegen die kommunistische Humanité ist, wie Matin berichtet, auf Antrag des Kriegsministers Painlevé wegen Veröffentlichung verschiedener Artikel, die sich mit dem französischen Heer beschäftigen, das Strafverfahren wegen Beleidigung und Verleumdung eingeleitet worden.

Rosa Bergers Wandlung*)

59)

Der Roman einer Entwicklung

Von Otto Müller Glösa

Copyright by Kalmäuser Verlag, Raunheim

Wenige Wochen darnach kündigte er die Wohnung unter dem Vorwand, zu einem Truppenteil versetzt worden zu sein, der in einem anderen Stadtteil liege. Als er ausgezogen war und sein Gepäck hatte fortbringen lassen, fand Rosa zwischen zurückgelassenen alten Zeitungen einen Briefbogen, auf dem mit Schreibmaschinenschrift zu lesen war:

Das Etappenschwein

Wer läuft geleckt und gebügelt einher?
Wem fällt das Grüßen entsetzlich schwer?
Wer schluckt unzähliges Kommandogeld?
Und ist in Gesprächen und Briefen ein Held?
Wer stiehlt uns die besten Weine?
Das sind die Etappenschweine!

Wer hat weder Mut noch Grütze im Kopf?
Und trägt doch das schwarzweiße Band im Knopf?
Wer trippelt, den deutschen Frauen zur Schmach,
Geputzten, verseuchten Französinnen nach?
Wer schläft nur selten alleine?
Das sind die Etappenschweine!

Wer packt beim geringsten Schießen die Koffer?
Und zittert vor einem Durchbruch von Joffre?
Wer schmiedet die dümmsten Latrinengerüchte?
Und macht unsere freudige Stimmung zunichte?
Durch Schwarzseherei und Gegreine?
Das sind die Etappenschweine!

Und doch ihre Wämse und Milchgesichter;
Ihr aufgeblasenes, schlaffes Gelichter,
Wir möchten für Euer erbärmliches Leben
Nicht eine der stolzen Erinnerungen geben.
Uns binden Liebe und Treue;
Ihr seid die Etappensäue.

Ein Frontschwein.

Als Rosa das gelesen hatte, sagte sie unwillkürlich: „So sieht er aus!"

*

Rosa entsann sich, an einer Toreinfahrt zu einem kleinen Fabrikgebäude in einer naheliegenden Straße wiederholt ein gelbes Plakat gesehen und gelesen zu haben:

Frauen und Mädchen für leichte Klebearbeiten bei hohen Löhnen gesucht
Oskar Beyer und Söhne.

Jetzt war sie entschlossen, dort nach Arbeit zu fragen, obgleich das Plakat zurzeit nicht vor dem Tore hing. Falls sie nicht gleich eingestellt würde, wollte sie sich wenigstens vormerken lassen. Diese Firma kam zuerst in Betracht, weil Rosa in diesem Falle nicht weit zur Arbeitsstelle zu gehen hatte und die Mittagspausen zu Hause verbringen konnte.

So begab sich Rosa auf den Weg. Sie ging ihn freilich nicht gern und empfand es als bedrückend, nach Arbeit fragen zu müssen. Nicht, daß sie sich vor der Arbeit selber gescheut hätte, aber es waren die Begleitumstände, von denen sie sich unangenehm berührt fühlte. Sie sah ungern die Gesichter dieser Leute, mochten es nun Angestellte oder Unternehmer selbst sein, die den Arbeitsuchenden gewöhnlich von oben herunter fragten und so taten, als wäre es eine Gnade, in ihrem Betriebe für ihren Profit arbeiten zu dürfen.

Sie ging einen durch Papierballen und aufgestapelte Kisten schmal gewordenen Toreingang hindurch und fand im Hof den Aufgang, der durch ein Schild: „Zu dem Kontor!" gekennzeichnet war. Auf der Treppe begegneten ihr Frauen, die lange Pakete herunterschleppten und auf einen im Hofe stehenden Handkarren luden. Allem Anschein nach sollte zur Post gefahren werden. Rosa dachte unwillkürlich: „Wenn ich bloß nicht zu solcher Arbeit komme. Mit dem Handwagen auf der Straße herumzufuhrwerken habe ich keine große Lust."

Im ersten Stock sah sie durch eine offenstehende Türe in einem schmalen Arbeitssaale eine Menge Frauen mit langen gelben Papierstreifen hantieren. Im Bureau wurde Rosa von einer Frau empfangen und erhielt, nachdem sie ihr Anliegen vorgebracht hatte, zur Antwort: „Arbeit haben wir genug und könnten wir viele Frauen einstellen, aber der Platz fehlt uns. Wir müssen erst bauen. Fragen sie später noch einmal nach."

Diese Antwort erschien Rosa als zu unbestimmt und so unterließ sie es, sich vormerken zu lassen.

Sie war beinahe die Treppe wieder herunter, als ihr ein Mann begegnete, der sie eingehend musterte und den Eindruck machte, als sei er hier die ausschlaggebende Person. Ohne sich zu überlegen, ob zuerst er zu grüßen habe oder es überhaupt unnötig sei, grüßte Rosa. Er dankte ausnehmend freundlich und fragte sogleich: „Was wollten Sie denn?" Rosa blieb auf der letzten Stufe der Treppe stehen und sagte: „Ich wollte sehen, ob ich nicht Arbeit bekommen könnte."

„Kommen Sie nochmal mit herauf", erwiderte er väterlichfreundlich, indessen er nach ihren Händen sah und Rosas Ehering entdeckte, „Sie sind verheiratet. Ich will sehen, was sich tun läßt, es fehlt mir bloß am Platze, sonst könnte ich noch ein paar Dutzend Frauen annehmen."

Als Rosa hinter ihm hergehen wollte, legte er eine Hand auf ihre Schulter und ging so mit ihr die Treppe hinauf. Im Bureau öffnete er die Türe zu seinem Privatkontor und ließ sie eintreten.

Er setzte sich schwer atmend in einen Sessel, legte seine Arme breit und bequem auf dessen Lehne, sah Rosa vertraulich lächelnd an und sagte: „Ja, liebe junge Frau, als ich in Ihrem Alter war, brauchte ich mich den ganzen Tag nicht zu setzen, aber man wird älter und merkt mit der Zeit, was man früher hat arbeiten müssen."

Rosa lächelte und wußte nicht, ob sie darauf etwas sagen sollte.

„Also, Arbeit wollen wir haben, setzen Sie sich. Ihr Mann ist natürlich auch schon draußen?" fragte er, während er einen Haufen Briefe und Drucksachen, die auf seinem Schreibtisch lagen, beiseite schob.

„Er ist schon seit über einem Jahr in französischer Gefangenschaft", antwortete Rosa und setzte sich.

„Na, da brauchen Sie wenigstens keine Angst zu haben, daß er totgeschossen wird. Und Kinder haben Sie doch noch nicht?" fragte er. Rosa schüttelte den Kopf und sagte: „Jetzt kann man keine Kinder gebrauchen."

„Da haben Sie ganz recht", stimmte er ihr zu, Rosa wieder musternd, „wenn mit Ihrem Manne wirklich was passieren sollte, dann sind Sie noch wie ein lediges Mädchen und kriegen viel eher einen Mann, wie Sie ihn haben wollen, wenn Sie noch keine Kinder haben, ist es nicht so, habe ich nicht recht, junge Frau?"

Rosa fand diese Bemerkung sehr sonderbar und widersprach: „Daran denke ich nicht, ich will meinen Mann wieder haben. Der Krieg muß doch bald zu Ende gehen."

„Ja", sagte er, als läge ihm dieser Gedanke ziemlich fern, „bis wir mal unsere Feinde zur Vernunft gebracht haben, müssen wir durchhalten" und streckte die Hand aus nach ihren Zeugnissen, die sie schon aus der Tasche genommen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

*) In Buchform erscheint der vorliegende Roman in einigen Wochen. Der erste Teil des Romans von O. Müller Glösa erschien unter dem Titel „Ein Arbeitermädel". Preis broschiert 2 Mark. Zu haben in allen Buchhandlungen, der Produktivgenossenschaft oder durch die „Klassenkampf"-Trägerinnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261008-16/fragment/page=0003

Es ist lohnend unsere III. Etage zu besichtigen

Preise wie vor vielen Jahren! — Mengenabgabe vorbehalten — Verkauf solange Vorrat — **Anbei eine Auslese der vielen Artikel!**

Besuchstasche laut Bild, mit Lackleder **0,95**

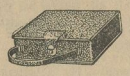
Rasierapparat lt. Bild, in Nickel-Etuis **0,50**

Haarspange laut Bild **0,25**

Frühstückstasche laut Bild **0,50**

Portemonnaie laut Bild **0,50**

Bubigarnitur laut Bild **0,50**

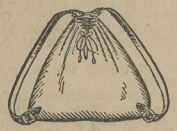


Party-Cases laut Bild **1,95**

Einkaufsnetz laut Bild, Eisengarn **0,95**

Isolierflasche laut Bild, 24 Stunden warmhalt. **0,95**

Einkaufsbeutel laut Bild, aus Wachstuch **1,45**



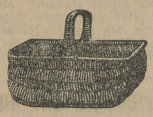
Rucksack laut Bild, mit Lederriemen **1,95**

Kinderstuhl laut Bild **0,95**

Handspiegel lt. Bild, weiß Celluloid **0,25**

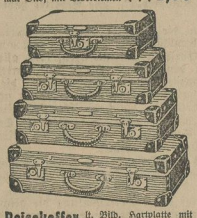
Rasierpinsel laut Bild **0,25**

Markttasche laut Bild, mit Lederriemen **0,95**



Handkorb laut Bild, Holländerform **1,95**

Frisierkämme	in schwarz und braun . . . Stück	0,25
Schrubber	. . . . . Stück	0,25
Kleiderbürsten	reine Borsten . . . . . Stück	0,50
Lilienmilchseife	3 Stück im Kart.	0,50
Handkoffer	45 cm mit festem Griff . . . . . Stück	0,95
Likörservices	vermessingt, 6 bunt. Gläsern . . . Stück	0,95
Herren-Portemonnaies	echt Saffian . . . . Stück	1,95
Handtaschen	echt Leder in Krokodilimitation . Stück	3,65



Reisekoffer lt. Bild, Hartplatte mit Vulcan-Fibre-Ecken . .

Größe	50	55	60	65
Stück	2,95	3,95	4,95	5,95

Zahnbürsten	. . . . . Stück	0,25
Scheuerbürsten	. . . . . Stück	0,25
Wichsbürsten	reine Borste, Stück	0,50
Badeseife	3 große runde Stücke . .	0,95
Großer Einkaufsbeutel	aus gut. Stoff . . . . Stück	0,95
Besuchstaschen	echt Leder, Stück	1,95
Manikür-Kästen	vielfältig m. Spiegel . . . . . Stück	1,95
Aktenmappen	echt Rindleder . . . . . Stück	3.85

Tornister laut Bild dauerhaft gearbeitet **1,95**

Weidensessel laut Bild, dauerhaft gearbeitet **5,45**

NUSSBAUM

Halle a. d. Saale — Das Kaufhaus für Alle — Gr. Ulrichstr. 60-61

Peddigrohr-Sessel laut Bild, in guter Ausführung **5,90**

Sinfoniekonzert im Stadttheater

Sonntag, den 10. Okt. 1926, vormittags 11 Uhr:
Orchester: Das Stadttheater-Orchester
Leitung: Generalmusikdirektor Erich Band
Solisten:
Kammersänger Prof. Albert Fischer-Berlin (Baß)
Komponist Julius Weismann-Freiburg (Klavier)
Vortragsfolge:
„In memoriam" für großes Orch. op. 6 . Robert Kehan
Uraufführung der 2. Fassung
Vier Bet- und Bußlieder nach Worten der heiligen Schrift für eine Baßstimme und Orchester . . . . . C. W. von Regnicek
Konzert B dur für Klavier u. Orch. op. 6, Julius Weismann
Variationen und Doppelfuge über ein lustiges Thema für großes Orchester op. 30 . Georg Schumann
Preise der Plätze:
Logen, 1. Ring, Sessel, ... Mk. 3,50
Sperrsitz, 1. Platz 2. Platz 2. Ring Vorderreihen . Mk. 2,50
3. Ring, 2. Ring Hinterreihen, Oberring . . . Mk. 1,50
Konzertflügel: C. Bechstein, aus dem Lager von Alb. Hoffmann, Am Riebeckplatz

Stadt-Theater

Heute Freitag, 8 Uhr: **Aeis und Galatea**
hierauf: **Turandot**
Sonnabend, 8 Uhr: **Das gr. Welttheater**

Walhalla

Telephon 28385
Dir. Paul Blüttgen
Täglich 8 Uhr
Gastspiel des Leipziger Operettenhauses (früher Neues Operetten-Theater)
Der Opernball
Operette v. Heuberger
Preise von 60 Pf. an

Bio — Gr. Ulrichstr. 57

Heute, der russische Großfilm:
Sibirien
Ein Riesenvolk unter dem grauenhaften Druck unheimlicher Gewalten

Bio — Gr. Ulrichstr. 57

Turn- u. Sportverein „Fichte"

Sonntag, den 10. Oktober, im gr. Saale d. „Volkspark"
Herbst-Vergnügen
Flotte Musik / Torge
Da wird's knorke!
Freunde und Gönner sind hierzu eingeladen
3626 Der Vergnügungs-Ausschuß

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Empfehle aus eigener Schlachtung groß. Posten
frisches Hammelfleisch Pfund 100 Pf.
fettes Rindfleisch mit Knoch. Pfd. 100 Pf.
fettes Rindfleisch ohne Knoch. Pfd. 130 Pf.
Hochfeine warme Wurst und Wü.-stchen Pfund 100 Pf. 1248
Paul Kalb, Zeitz
Neumarkt

Achtung! Passendorf Achtung!
3 Lilien
Sonntag, den 10., und Montag, den 11. Oktober 1926:
Große Kirmes
Gänse- und Hasenbraten
H. Bude

Gierholds Figuren-Theater
Bergisdorf (Zeitz)
Sonntag, den 10. Oktober 1926:
2 große Vorstellungen
3 Uhr nachm. Kindervorstellung
Um gütigen Zuspruch bittet Der Besitzer

Mein großer Schlager

Seltenes Angebot!
Ein großer Posten braune Rindbox-Agraffenstiefel kräft. Ware, beste Arbeit
6,95 pro Paar
31/35
Besichtigung ohne Kaufverpflichtung
Schuhhaus Roland
nur Steinweg 19
gegenüber der Jakobstr.

Wenn man von gutem Magenlikör spricht, denkt man an
Hallorentropfen!
Wenn man von **Hallorentropfen** spricht, denkt man an die guten Brehmer-Liköre!
Halle, Obere Leipziger Str. 43

Puppenwagen Puppenbetten Schaukelpferde Selbstfahrer
werden gegen Anzahlg. zurückgestellt
Preise konkurrenzlos:
Kinderwagenhaus
Bruno Paris
Brüderstr. 3
1 Min. vom Markt

Der Auftakt

Besichtigen Sie unsere
Ausstellung „Herbst und Winter"
in sämtlichen Schaufenstern!

Adolf Krause Weissenfels
Markt, Ecke Jüdenstraße
Herren- u. Knabenbekleidung

Achtung!
Von Sonntag, den 10. Oktober an jeden Sonntag nachmittags und abends
Preisskaten
Otto Schwarzkopf
Burgstraße 7

Ledersohlen
Gummiabsätze
billig bei 192
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Prima
fettes Fleisch u. alle Wurstsorten
Täglich von 4 Uhr an
„Heiße"
Karl Kessler,
Weißenfels,
Marktstraße Nr. 21
Telephon 614

Zu Ausnahmepreisen!
1 Eßzimmer, 1 Schlafz., 1 Herrenz.-Einrichtung, 1 Küche, versch. Einzelmöbel, Sofa. Offerten kostenl. Auch Teilzahl.
Jetzke, Teichstr. 22
Tel. 28562

Täglich große Auswahl in
Kaffee- und Teegebäck
sowie alle Sorten Kuchen
Konditoreiwaren
finden Sie bei
Max Schröder, Schweichelteichstr.
Ecke Lerchenfeld
Sonnabend nüh 9 Uhr: ff. Speckkuchen

Winter-Normal-Hemden 2,75 mit Doppelbrust 2
Winter-Normal-Hemden 3,50 m. Doppelbrust, extraschwer . 3
Winter-Hosen 2,75 derbe Qualität . . . 2 und 2,25
Blaue Schlosser-Jacken und Hosen billigst!
Dauerwäsche-Vertrieb
Kleiner Berlin 2, 1 Treppe, Eingang Sternstraße

Geschäfts-Eröffnung!

Der verehrten Anwohnerschaft der Dieskauer Str. und näheren Umgeb. zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich am **Sonnabend, 9. Oktober** Dieskauer Straße 6, ein
Seifen-Spezialgeschäft
eröffne. Es wird mein Bestreben sein, preiswert und reell zu bedienen. Um gütige Unterstützung bittet **Martha Reuß**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261008-16/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Für den Kongreß der Werktätigen

In der letzten Sitzung des Ortsausschusses des ADGB. Rudolstadt wurde mit Mehrheit beschlossen, einen Delegierten zum Kongreß der Werktätigen zu entsenden. Zum Delegierten wurde Kollege Jahn (KPD.) gewählt.

Am 30. September fand in Remscheid eine Versammlung von Vertretern der größten Betriebe Remscheids statt. Die Versammlung begrüßte die Einberufung des Kongresses und beschloß, aus den Reihen der Remscheider Arbeiterschaft einen Delegierten zu diesem Kongreß zu entsenden. — Remscheider Arbeitersänger, Mitglieder des „Remscheider Volkschors" (275 Personen), beschlossen in einer Versammlung eine Resolution, in der sie den Kongreß der Werktätigen begrüßen.

Die **Meuselwitzer** Zahlstellen des Bergarbeiterverbandes sowie der Heizer und Maschinisten nahmen einstimmig bzw. gegen zwei Stimmen eine Resolution für den Kongreß der Werktätigen an.

Mitteldeutsche Papierarbeiterkonferenz

Zum 3. Oktober hatte der Fabrikarbeiterverband eine Konferenz der Mitgliedschaft der Papiererzeugungsindustrie in Naumburg einberufen. Auf der Tagesordnung standen ein Referat Stühlers, Hannover, über **„Die wirtschaftliche Lage in der Papierindustrie"** und ein Referat des Gauleiters Schmidt, Erfurt, über **„Die Arbeitsbedingungen in der deutschen Papierindustrie".**

Von Klassenvertretung der Fabrikarbeiterschaft war in den Referaten nichts zu spüren. Stühler war damit fertig, daß er feststellte, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter von der wirtschaftlichen Lage der Industrie abhinge, und daß, weil diese schlecht sei, eben auch die Lage der Arbeiter schlecht ist. Den Lohnanteil in der Papiererzeugungsindustrie schätzt St. auf 22 bis 25 Prozent. An den Papiermaschinen falle der Lohnanteil überhaupt nicht mehr ins Gewicht. Aber die einzig klare Schlußfolgerung aus diesen Tatsachen und aus der Gegenüberstellung der Löhne eines norwegischen und eines deutschen Hofarbeiters (86:30), nämlich **Organisierung des Kampfes um höhere Löhne,** fiel ihm nicht ein.

Die Forderung eines oppositionellen Kollegen, diesen Schluß zu ziehen und unter diesem Gesichtspunkt durch Aufnahme der Erwerbslosen in die Gewerkschaften eine engere Verbindung von Betriebstätigen und Erwerbslosen zu schaffen, wurde glattweg abgelehnt. Gauleiter Tolski, Magdeburg, glaubte bemerken zu müssen, daß man heute nicht auf einer Erwerbslosenkonferenz sei und sich deshalb nicht mit solchen Fragen zu beschäftigen habe! Er sowie Stühler sprachen sich kraß gegen die Aufnahme der Erwerbslosen in die Gewerkschaften aus.

Schneider, Erfurt, sprach davon, daß die Sechsstundenschicht-Frage auf die Tagesordnung gesetzt werden müsse, aber er verriet nicht, wann das geschehen soll und wann vor allem praktisch der Kampf darum organisiert werden soll.

Er erklärte zum Schluß wörtlich: „Wir wollen nicht bei untergehender Sonne in das Rot untertauchen, um nicht wieder hochzukommen, sondern bei hochkommender Sonne, wenn der Frühling wieder in die Herzen einzieht!" Das heißt aber **Verschiebung der Kämpfe auf den St. Nimmerleinstag,** weil eben nur durch die Kämpfe der Arbeiterklasse und durch die Machteroberung wieder Frühling einziehen kann!

Die Konferenz war von 40 Kollegen und nur 1 Kollegin beschickt, 27 davon aus den Betrieben, 8 Zahlstellenleiter, fünf Gauleiter, darunter auch von anderen in Frage kommenden Verbänden, 1 Hauptvorstandsmitglied.

Die Kollegenschaft, die jetzt überall Stellung nehmen muß zu der Konferenz, wird die Fragen gründlich aufzurollen haben und muß **alle Kraft einsetzen, daß die Gewerkschaftsopposition gestärkt wird, damit eine nächste Konferenz von anderem Geiste getragen ist.**

ADGB.-Kartell Delitzsch bildet einen Ausschuß aus SPD.- und KPD.-Vertretern zur Hilfe für die Erwerbslosen

100 Neuaufnahmen in der Werbewoche — 400 Mark an die englischen Bergarbeiter

Die letzte Gewerkschaftskartellsitzung zeigte den einmütigen Willen zur sachlichen Arbeit sämtlicher Delegierter. Der Bericht vom Erwerbslosenkongreß zeigt die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns mit aller Deutlichkeit auf. Der Berichterstatter der Erwerbslosen wies mit Recht darauf hin, daß **auf dem kommenden Kongreß der Werktätigen auch die SPD.-Arbeiterschaft unbedingt vertreten sein müßte, wenn ihr ernstlich an der geschlossenen Front der Schaffenden gegenüber dem Unternehmertum gelegen ist.** Einstimmig wurde ein Ausschuß gebildet, bestehend aus je einem Mitglied der SPD.- und KPD.-Fraktion der Stadtverordneten, des Erwerbslosenausschusses und Gewerkschaftskartellvorstandes. Dieser soll alle Fragen und Anträge der Erwerbslosen gemeinsam behandeln, um den Behörden gegenüber einen einheitlichen Willen zu vertreten.

Dem Erwerbslosenausschuß gehören an: Die Kollegen Belger, Klara Krebs, Ernst Förster, Kurt Soff, Rudi Ackermann. Letzterer soll in ständiger Fühlung mit dem Gewerkschaftskartell und den Fraktionen der KPD. und SPD. stehen. Von der Stadtverwaltung wird verlangt, für die Erwerbslosen unentgeltlich Kohlen und Kartoffeln in ausreichender Menge zu beschaffen, ferner Beschaffung von Arbeit (Straßenbau, Stadtgrabenreinigung usw.). Zurzeit sind in Delitzsch Erwerbslose vorhanden: männlich 307, weiblich 28, Armenunterstützungsempfänger 50. Erwerbslose, die keine Unterstützung erhalten, sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Wenn die Stadt nicht für Arbeit sorgt, so werden ihr bald viele Ausgesteuerte zur Last fallen.

Für die Betriebsräte am Ort soll in diesem Winter vom Kartell aus ein **Bildungskursus** abgehalten werden. Um eine „Freie Volksbühne" in Delitzsch ins Leben zu rufen, soll durch Verteilung von Flugschriften versucht werden, 400 bis 500 Gewerkschaftskollegen dafür zu interessieren, so daß noch in diesem Winter Aufführungen stattfinden können.

Das Resultat der internationalen Werbewoche sind für Delitzsch rund 100 Neuaufnahmen. Alle Kollegen werden verpflichtet, weiter zu werben. Die einzelnen Gewerkschaften wurden verpflichtet, die Unterstützung der Hamburger Hafenarbeiter durch Sammlungen vorzubereiten. **Für die englischen Bergarbeiter wurden bisher insgesamt 400 Mark abgesandt.**

57 Neuaufnahmen

Für den BAV. in Eisleben wurden in der gewerkschaftlichen Werbewoche 57 Neuaufnahmen gemacht. An dieser Werbung war nur ein SPD.-Kollege und sonst Mitglieder der KPD. beteiligt. Wer glaubt noch an das Märchen von der „kommunistischen Zerstörungsarbeit"?

Reformistische Gewerkschaftspraktiken

Jubel über Ostende!

Die Bergwerkszeitung lobt Husemann

Die „Deutsche Bergwerkszeitung" begrüßt die Beschlüsse der **Ostender Konferenz der Bergarbeiter-Internationale** mit einem Leitartikel, der an den Grubentoren ausgehängt werden müßte, um den deutschen Kohlenarbeitern zu zeigen, wie die Politik ihrer reformistischen Führer von den Zechenbaronen bejubelt wird. Die Bergwerks-Zeitung schreibt, nachdem sie festgestellt hat, daß die Ostender Konferenz in der Hauptsache, nämlich der Frage des internationalen Solidaritätsstreiks für die englischen Bergarbeiter, zu einer Ablehnung gekommen sei, und nachdem sie MacDonald und die anderen „besonnenen" Führer der Bergarbeiter gelobt hat, wörtlich folgendes:

„Die Ablehnung des internationalen Hilfsstreiks ist der Todesstoß für den ... englischen Streik. Die in Ostende gepflogenen Verhandlungen ... lehren, daß es mit einer gefestigten Internationale auf diesem Gebiete doch noch recht gute Wege hat. Selbst Cooks Argumente, durch einen Solidaritätsstreik die englische Regierung zu entscheidenden Schritten zugunsten der britischen Bergarbeiter zu veranlassen, und somit der britischen Bergarbeiterschaft die drohende Niederlage zu ersparen, die sich in katastrophaler Weise auf die Lage der Bergarbeiter des Kontinents auswirken müsse, versagten. ... Die wirtschaftliche Vernunft hat in Ostende den Sieg davongetragen über ein Verlangen, das nur einer kommunistischen Denkweise entspringen konnte."

Zum Schluß hofft das Blatt der Zechenbarone, daß der Zusammenbruch des englischen Bergarbeiterstreiks der Amsterdamer Internationale „eine Hilfe im Kampf gegen die moskowitischen Eindringlinge" bieten werde.

Dieser Jubelartikel zeigt, daß die Schlotbarone sehr gut wissen, wo ihre Gegner und wo ihre Freunde sitzen. **Internationale Solidarität bricht ihre Vorherrschaft, reformistischer Verrat festigt sie!**

Bankangestellte, kämpft für die Rückgängigmachung der Ausschlüsse!

Die arbeitsgemeinschaftlichen Führer des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten haben 16 Berliner Mitglieder ausgeschlossen, weil sie dafür eintraten, daß der Verband, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen, eine energische Klassenkampfpolitik einschlage.

Gegen dieses Vorgehen müssen alle Verbandsmitglieder den Kampf aufnehmen. Die Ausgeschlossenen werden an den Verbandsvorstand und, wenn nötig, Verbandstag appellieren. Sie kämpfen weiter um ihre Anerkennung als vollberechtigte Mitglieder, sie werden weiter für die Stärkung des Allgemeinen Verbandes arbeiten. **Darum kein Austritt! Unterstützt den Kampf der Ausgeschlossenen!**

Der Verrat an den Hamburger Hafenarbeitern

> **Deutscher Verkehrsbund**
> Bezirksverwaltung Groß-Hamburg
>
> **Zentralverband der Maschinisten u. Heizer**
> Geschäftsstelle Hamburg
>
> **Achtung! Hafenarbeiter, Maschinisten u. Heizer! Achtung!**
>
> Durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Hafenbetriebe durch den Reichsarbeitsminister ist die Tarif- und Lohnbewegung für die Organisationen, den Deutschen Verkehrsbund und den Zentralverband der Maschinisten und Heizer und damit auch für die Mitglieder der Hafensektionen beider Organisationen beendet. Von den Organisationen kann deshalb Unterstützung irgendwelcher Art nicht gewährt werden. Die Auszahlung von Streikgeld auch in umschriebener Form kann nicht geschehen. Die von unkontrollierbarer Seite unter den Hafenarbeitern verbreiteten Gerüchte, daß, wenn auch die Organisationen den Streik nicht anerkennen können, in irgendeiner Form finanzielle Unterstützung den Hafenarbeitern gewährt werde, sind daher erfunden.
>
> Deutscher Verkehrsbund, Bezirksverwaltung Groß-Hamburg, Wilh. Gest. Sch. Göhret
>
> Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Geschäftsstelle Hamburg, Schotz

Die Akkordreduzierung in der Zeitzer Kinderwagen-Industrie bis November verschoben

Rüstet zur endgültigen Abwehr

Vor einigen Tagen brachten wir die Meldung, daß die Firma Naether, Zeitz, von neuem versucht hat, eine Akkordreduzierung durchzuführen. Die Belegschaften der Schleiferei und der Schmiede hatten daraufhin am Montag **geschlossen die Arbeit niedergelegt.** Zunächst lehnte die Direktion jegliche Verhandlung mit dem Betriebsrat sowie mit der Gewerkschaft ab. Als sie die Geschlossenheit der Arbeiter sah, ging sie am Mittag auf Verhandlungen ein. Unter dem Vorsitz des SPD.-Oberbürgermeisters Löffler kam ein Urteil zustande, daß **die bisherigen Akkordsätze bis zum 1. November bestehen bleiben** — ein Zugeständnis, das die Direktion schon 14 Tage vorher gemacht und das sie einfach zu durchkreuzen versucht hatte. Die Belegschaft hatte vorher Stellung genommen, dieser Willkür durch weiteren Streik einen Damm entgegenzusetzen und die Bedrohung der Akkordsätze endgültig aus der Welt zu schaffen. Als nun aber der Gewerkschaftsführer Müller und der SPD.-Betriebsratsvorsitzende sich trotz ihrer vorherigen Stellungnahme für den Spruch ihres Parteigenossen Löffler einsetzten und die Front zu zerbröckeln drohte, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Die reformistisch eingestellten Gewerkschaftsführer haben bei allen Verschlechterungen der Lage der Arbeiterschaft gepredigt: Wartet eine Konjunkturperiode ab, dann holen wir alles auf! Jetzt lassen sie sich auf solche **faulen Kompromisse** ein, wie sie der Herr Oberbürgermeister Löffler gekuhhandelt hat! Im November wird die Lage in der Kinderwagenindustrie nicht besser, sondern eher schon wieder schlechter sein als jetzt, und die Direktion wird brutaler noch auftreten als heute. Darüber muß sich die Belegschaft klar werden, und sie muß auch, wenn neue Entlassungen auf der Tagesordnung stehen sollten, **zum November den Kampf aufnehmen gegen jegliche Lohnreduzierung.** Nicht nur bei Naether, sondern in der gesamten Industrie, und unter den Erwerbslosen muß sofort mobilisiert werden, daß keiner den Streikbrecher macht, sondern alle zusammenstehen **für höhere Löhne, Achtstundentag und gegen jegliche Entlassung.**

DMV. Halle erhebt schärfsten Protest gegen die Abwürgung des Hamburger Streiks

Für weitere Mobilisierung der Metallarbeiter

In der gestrigen gut besuchten Mitgliederversammlung des DMV. Halle wurde folgende **Resolution** bei einigen Stimmenthaltungen beschlossen:

Die Urabstimmung in der hallischen Maschinenindustrie hat ergeben, daß die gewaltige Mehrheit der hallischen Metallarbeiter den vom Schlichter in Halle am 28. September 1926 gefällten Schiedsspruch ablehnt. Die hallischen Metallarbeiter sind der Auffassung, daß dies ein krasser Fehlspruch ist, sie wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen die Praktiken der staatlichen Schlichtungsinstanzen. Die Vorgänge der letzten Zeit, besonders das Hamburger Beispiel beweisen der deutschen Arbeiterschaft, daß durch die Schiedssprüche und ihrer Verbindlichkeitserklärung den Arbeitern das Streikrecht auf legalem Wege geraubt wird.

Einmütig und geschlossen haben die Hamburger Hafenarbeiter den Kampf um ihre Forderungen und für die Erhaltung des Koalitions- und Streikrechts aufgenommen und sind führend im Kampfe gegen dieses Schlichtungswesen vorangegangen. Mit Empörung wenden sich die hallischen Metallarbeiter gegen die seitens des Verkehrsbundes in diesem Kampf angewendeten Methoden, die praktisch eine Unterstützung des Kurses, der von den Schlichtungsinstanzen, im Interesse des Unternehmertums durchgeführt wird, bedeutet und einer Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung gleichkommt.

Vom Hauptvorstand des DMV. wie vom Bundesvorstand des ADGB. verlangen die hallischen Metallarbeiter, daß alle Maßnahmen zur Abwehr der Angriffe auf das Koalitions- und Streikrecht getroffen werden.

Die Mitgliederversammlung des DMV. Halle verurteilt das passive Verhalten des Bezirksleiters Rößler und verlangt, daß in den Tarifgebieten des 5. Verbandsbezirks eine breite Kampagne der Mobilisierung der Metallarbeiter durchgeführt wird, und daß die Voraussetzungen geschaffen werden für einheitliche Wirtschaftskämpfe. Durch die Ablehnung des Schiedsspruchs ist ein tarifloser Zustand geschaffen, der von der Metallarbeiterschaft höchste Aktivität und Tatbereitschaft erfordert, damit evtl. Verstöße des Unernehmertums abgeschlagen werden können. Den unorganisierten Metallarbeitern rufen wir zu: Schließt die Reihen! Stärkt die Schlagkraft der Organisation!

Ausführlicher Bericht über die Versammlung folgt am Montag.

Kollegen der Metallindustrie!

Die Weißenfelser Funktionäre des DMV. haben den ungenügenden Schiedsspruch vom 27. September über unsere Lohnforderungen abgelehnt.

Auch die hallischen Kollegen haben mit über Dreiviertelmehrheit gegen den Schiedsspruch gestimmt.

Kollegen! Was bedeutet für Euch der Schiedsspruch?

Eure jetzigen unzureichenden Löhne sollen bestehen bleiben bis zum 5. März 1927.

Eure jetzige schlechte Existenzlage soll ein Dauerzustand bleiben.

Kollegen! Ihr müßt Euch jetzt entscheiden.

Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs.

Nehmt in den Belegschaftsversammlungen, die am Freitag, dem 8. Oktober, in allen Betrieben stattfinden, Stellung und beteiligt Euch geschlossen am Sonnabend, dem 9. Oktober, an der in den Betrieben stattfindenden

Urabstimmung.

Kein Kollege darf jetzt fernstehen, keiner gleichgültig bleiben.

Alle organisierten und unorganisierten Kollegen müssen sich entscheiden:

Für oder gegen den Schiedsspruch!

Die Ortsverwaltung des DMV. Weißenfels.

Die Landarbeiter und ihre „Führer"

Aus Mühlberg wird uns geschrieben: Das täglich steigende Elend und die drückende Not bringen die Landarbeiter immer mehr in Bewegung. Sie merken es, daß sie gegenwärtig **mit aller Raffinesse ausgenutzt** werden. Sie haben eine schwache Organisation; die Landjunker wissen das und drücken deshalb ihre modernen Leibeigenen noch mehr. Die Landarbeiter haben einen besonders schweren Stand, weil sie den Verband aus Unkenntnis verlassen haben. Jetzt bekommen sie die Nackenschläge dafür!

In der letzten **Ortsgruppenversammlung des DLV. in Mühlberg** machten die Landarbeiter ihrem Herzen Luft und erörterten schonungslos all die Ursachen. Die Anwesenden sahen den Hauptgrund für den schlechten Stand der Organisation darin, daß die Gauleitung, **Saupe & Co., ständig vor den Großagrariern zurückweichen.** Alle Tarifabschlüsse und Verhandlungen wurden ohne die nötige Energie geführt. Aus allen Stellungnahmen der sogenannten Führer spricht der Geist der Arbeitsgemeinschaft und des „Wirtschaftsfriedens". Die Versammlung in Mühlberg brachte zum Ausdruck, daß **die Landarbeiter zu solchem energielosen Tarifschacher ihrer „Führer" kein Vertrauen haben können.** Ganze Ortsgruppen in der hiesigen Gegend sind aus diesem Grunde eingegangen. Nur Mühlberg hat sich noch gehalten, hat aber auch Mitgliederschwund zu verzeichnen.

Die gesamte Arbeiterschaft, die **Ortskartelle** und einzelne Verbände müssen helfen, die Landarbeiter zu überzeugen, daß sie trotz Saupe & Co. im Verband bleiben und ihn neu aufbauen müssen, sie müssen ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Saupe wird so lange sein trauriges Handwerk üben können, bis die organisierte Landarbeiterschaft ihn von seinem Posten jagt, bzw. ihn unter ganz gehörigen Druck setzt.

Sammelt für die englischen Bergarbeiter! Wählt Delegierte zum Kongreß der Werktätigen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261008-16/fragment/page=0005

Der Kommunistische Genossenschafter

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD.

Für den Kongreß der Werktätigen!

Verlangt Rechenschaft von den Saboteuren

Die Organisierung des Werktätigenkongresses findet in immer breiteren Schichten der Arbeiterschaft Widerhall. Nicht nur aus den Betrieben, aus allen Arbeiterorganisationen kommen Zustimmungserklärungen für den Kongreß.

Für jeden klassenbewußten Arbeiter ist es klar, daß auch die Konsumgenossenschaften am Kongreß teilnehmen und Delegierte entsenden müssen. Die proletarischen Mitglieder der Genossenschaft werden von den wirtschaftlichen und politischen Vorstößen der Kapitalistenklasse betroffen, wie die gesamte Arbeiterschaft. Die Wirtschaftskrise, kapitalistische Rationalisierung, die zunehmende Teuerung, das Anhalten der Erwerbslosigkeit usw. kann auf die Dauer auch nicht auf die Arbeitergenossenschaften ohne Einfluß bleiben. Wenn auch die Umsätze der Genossenschaften sich in letzter Zeit langsam gesteigert haben so kann dieser Zustand bei einer weiter anhaltenden Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse sich auf die Dauer nicht erhalten.

Zudem kommen direkte Vorstöße der Reaktion auf die Arbeiterkonsumvereine: Heranziehung zur Gewerbesteuer in Thüringen und Braunschweig, Wachsen der Bestrebungen auf Heranziehung zur Körperschaftssteuer, Hintansetzung der Konsumvereine seitens der kapitalistischen Regierung und Länder usw. Wer deshalb die Notwendigkeit der Teilnahme der Arbeiterkonsumvereine am Werktätigenkongreß nicht einsieht, läßt sich entweder von der reformistischen Instanzenklique mißbrauchen, oder gibt selbst die proletarischen Klasseninteressen der Genossenschaftsmitglieder preis.

Die Konsumgenossenschaften Schwarzenberg und Suhl haben in ihren General- bzw. Vertreterversammlungen auch zum Werktätigenkongreß Stellung genommen, die Abhaltung des Kongresses begrüßt und die Entsendung von Delegierten beschlossen. Das gibt den reformistischen Zentralinstanzen in Hamburg Anlaß zu einer neuen Hetzkampagne gegen angebliche „kommunistische Treibereien gegen die Konsumvereine". Es wird von „gewissenloser, verbrecherischer Parteimache" gefaselt und das Ganze als eine „kommunistische Mache" hingestellt. Dabei kommt es August Kasch gar nicht darauf an, den alten Klassenkämpfer Lebebour, eine ganze Reihe kleinbürgerlicher Organisationen, die die Vorbereitungen für den Werktätigenkongreß mit organisieren, mit „kommunistischer Mache" zu verleumden. Natürlich fehlt auch nicht die notwendige Drohung auf Ausschluß der Genossenschaften aus dem Zentralverband. Es wird diesmal sogar wieder nicht vergessen, bei der Klassenjustiz erneut um Hilfe für die Auflösung der betreffenden Genossenschaften zu rufen. Dieser erneute Mißbrauch der sogenannten politischen „Neutralität" durch die Genossenschaftsreformisten zum Kampf gegen den Werktätigenkongreß steht in einer Linie mit dem übrigen Klassenverrat der Kaufmann, Kasch u. Co.

Die einzig richtige Antwort auf diesen neuen Vorstoß der genossenschaftlichen Zentralinstanzen haben am 18. September die Funktionäre der Konsumgenossenschaft Remscheid gegeben, indem sie gegen eine Stimme folgende Entschließung annahmen:

„Die am 18. September 1926 tagende Versammlung des Genossenschaftsrats der Konsumgenossenschaft „Einigkeit" begrüßt den Kongreß der Werktätigen. Sie erblickt in ihm den Versuch der Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zum Kampf gegen das Kapital, den alle proletarischen Organisationen unterstützen müssen. Die Versammlung protestiert auf das schärfste gegen die in der „Rundschau" vom 18. September gegen die thüringischen Brudervereine angedrohten Maßregelungen. Es ist nicht richtig, wenn in der „Rundschau" der Kongreß der Werktätigen als Mittel zur Förderung der parteipolitischen Zwecke der KPD. bezeichnet wird. Der Kongreß ist **notwendig und als ein Schritt zur Sammlung aller Kräfte des Proletariats zu betrachten.**"

Dieses Beispiel der Remscheider Genossenschaftsfunktionäre muß der Ansporn sein, auch in allen übrigen Konsumgenossenschaften den Kampf gegen die neue Herausforderung der Zentralinstanzen aufzunehmen und eine Teilnahme am Werktätigenkongreß zu erreichen. In allen Körperschaften der Genossenschaften, vor allem in den jetzt stattfindenden General- und Vertreterversammlungen müssen die Mitglieder mobilisiert werden. Dort wo keine Versammlungen der Konsumgenossenschaft stattfinden, müssen die Mitglieder von sich aus die Initiative zur Abhaltung der Versammlungen ergreifen und nötigenfalls die statutarisch notwendigen Unterschriften sammeln. Für jeden klassenbewußten Genossenschafter heißt es, seine gesamte Kraft einzusetzen, damit der Werktätigenkongreß, der die nächsten Schritte des gemeinsamen proletarischen Klassenkampfes beschließt und organisiert, auch die Arbeiterkonsumvereine in der proletarischen Kampffront findet.

Die einzig richtige Antwort

Im Konsumverein Suhl fanden längere Zeit lebhafte Auseinandersetzungen über die Statutenfragen statt. Die sozialdemokratischen Führer bekämpften die von den Kommunisten vorgelegten Vorschläge, den Genossenschaftsmitgliedern größere Selbstbestimmungsrechte einzuräumen. In der am 22. August stattgefundenen Generalversammlung gelang es leider nicht, die notwendige Dreivierteilmehrheit für die Statutenänderung zu erreichen. Daraufhin verschärfte sich der Kampf mit den sozialdemokratischen Führern außerordentlich. Bei der Abhaltung der 2. Generalversammlung am 5. September hatten sie sich die Instanzen des Thüringer Revisionsverbandes in Erfurt zu Hilfe geholt. Von der Revisionsverbandsleitung erschien an die Mitglieder ein Aufruf, der sie in „letzter Stunde" vor dem neuen Statut warnte, welches „gegen fundamentale Grundsätze der Verbände" verstoße. Es wurde den Mitgliedern sogar mit dem Ausschluß ihrer Konsumgenossenschaft aus dem Thüringer Revisionsverbande gedroht. Bei der Abhaltung der Generalversammlung zeigte es sich, daß die Hilfsbereitschaft der Revisionsverbandsinstanzen und deren Mißbrauch der Geschäftsführung für die Suhler sozialdemokratischen Genossenschaftsführer nicht ohne „Erfolg" geblieben ist. Mit 625 gegen 191 Stimmen siegte der kommunistische Statutenentwurf. Die Mitglieder des Suhler Konsumvereins sprachen damit nicht nur eine deutliche Absage gegen die sozialdemokratischen Genossenschaftsführer in Suhl, sondern gleichzeitig gegen den Mißbrauch der Geschäftsführung seitens der Revisionsverbandsleitung aus.

Politische Gefangene erhalten keine Ware

Von den politischen Gefangenen des Zentralgefängnisses Kottbus wird geschrieben, daß der Konsumverein Kottbus sich geweigert habe, wöchentlich Waren in Höhe von 50 bis 70 Mark an 12 Genossen, die Mitglieder des Konsumvereins sind, zu liefern. Die Verwaltung hat die Lieferung der Waren mit der Begründung abgelehnt, daß sie an politische Gefangene keine Ware liefere, auch nicht gegen Barzahlung! Dieses klassenfeindliche Verhalten der sozialdemokratischen Genossenschaftsinstanzen in Kottbus muß auf das schärfste gemißbilligt werden. Diese Herren haben scheinbar das kleinste Fünkchen Klassenbewußtsein verloren. Anstatt den politischen Gefangenen, die für die gesamte Arbeiterklasse im Gefängnis sitzen, Unterstützung zu gewähren, wird ihnen sogar ihr Recht abgelehnt, das jedes Mitglied des Konsumvereins wahrnehmen kann.

Eine wesentlich andere Auffassung über die politischen Gefangenen hat die Verwaltung des reformistischen Konsumvereins Neustadt. Sie stellte der Verwaltung des von der Roten Hilfe errichteten Kinderheimes in Elgersburg eine Kiste Seifenpulver zur Verfügung.

Fahnenüberreichung an die Sowjetgenossenschaft Sormowo

Der Arbeiterkonsumverein Schwarzenberg in Sachsen, der zum Internationalen Genossenschaftstag von der Sowjetgenossenschaft Sormowo eine große rote Fahne erhielt, hat als Zeichen der Solidarität mit den Sowjetgenossenschaften dem Arbeiterkonsumverein Sormowo eine rote Fahne überreicht. Dieselbe wurde in einer Versammlung am 19. Juli, die von über 1200 Funktionären der Genossenschaft besucht war, übergeben. Die Genossenschaft umfaßt 16 000 Mitglieder, die gesamten organisationsfähigen Arbeiterfamilien sind Mitglied der Sormowoer Genossenschaft. Die Fahnenüberreichung wurde mit brausendem Beifall begrüßt. Mit dem Gelöbnis für die Schwarzenberger Arbeiter, es den russischen Arbeitern gleichzutun und nicht zu rasten, bis alle Arbeiterorganisationen im gemeinsamen Kampf zum Sturz des Kapitals und zu ihrer Befreiung zusammenstehen, erfolgte die Uebergabe der Fahne an den Vorsitzenden, den Genossen Saschin.

„Seltsame Genossenschaftsförderung"

Die Genossenschaftsreformisten gehen seit einiger Zeit damit krebsen, daß in der Gemeinde Groß-Zimmern der kommunistische Gemeindevertreter Angermeier den Antrag gestellt habe, den Konsumverein von der Warenlieferung für die Schulspeisung auszuschließen. Die kommunistischen Genossenschafter in Groß-Zimmern haben sich ständig für die Interessen des Konsumvereins eingesetzt und öfter Anträge in der Gemeinde für die Förderung der Genossenschaft gestellt. Von einem unfähigen Lagerhalter ist seit längerer Zeit der Konsumverein schwer geschädigt. Unsere Genossen hatten deshalb in ihrem Kampf gegen den sozialdemokratischen Genossenschafter einen Schritt getan, der nicht gebilligt werden kann. Die Genossenschaftsreformisten samt der sozialdemokratischen Presse haben keinerlei Veranlassung, sich über dieses Verhalten der Kommunisten aufzuregen. Ihre Partei hat bisher bei noch jeder Gelegenheit gezeigt, daß sie die Interessen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder den Kapitalsinteressen unterordnet. Wir erinnern an die Umsatzsteueranträge im Reichstag, an die Anträge für Kredit-Gewährung in den Landtagen, das scharf zu verurteilende Verhalten der sozialdemokratischen Fraktionen in Stadtverordneten-Versammlungen usw.

Verstärkte Hilfe für die englischen Bergarbeiter

Noch immer setzen die englischen Bergarbeiter ihren heroischen Kampf fort. Die Unterstützungsmaßnahmen der Arbeiter aller Länder sind nach wie vor von der größten Wichtigkeit. Die Genossenschaftsinternationale hat ihre Verweigerung der Hilfe für die kämpfenden Bergarbeiter noch immer aufrecht erhalten. Die russischen Genossenschaften haben durch den „Zentrosorus" bereits 115 000 Rubel nach England überwiesen obwohl die Sammlungen fortgesetzt werden. Bis zum 15. August hatten 209 englische Genossenschaften 30 000 Pfund Unterstützung zur Verfügung gestellt, wozu Extra-Verteilungen von Brot und anderen Lebensmitteln kommen. Die tschechischen Genossenschaften und die Genossenschaftsorganisationen anderer Länder haben die Bergarbeiter unterstützt. Aber trotzdem haben Instanzen der Arbeiterkonsumvereine in Deutschland bisher noch keinen Finger für die Unterstützung der kämpfenden englischen Bergarbeiter gerührt. Wo die kommunistische Opposition Anträge für die Unterstützung der Bergarbeiter gestellt hat, sind sie mit der üblichen demagogischen Begründung der „Neutralität" von den Genossenschaftsreformisten bekämpft worden.

In letzter Zeit haben einige Arbeiter-Konsumvereine die Unterstützung der englischen Bergarbeiter organisiert. So hat die Vertreterversammlung des Konsumvereins Schwarzenberg eine Sympathieresolution für die streikenden Bergarbeiter einstimmig beschlossen, Gleichzeitig wurde beschlossen, den Bergarbeitern 100 Mark zur Verfügung zu stellen und zur weiteren Unterstützung Sammelbüchsen in den Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften aufzustellen. — Die Generalversammlung des Konsumvereins Plauen beschloß, den Bergarbeitern 200 Mark zu übersenden. Die Konsumvereine Elgersburg und Gräfenroda beschlossen, je 50 Mark den Bergarbeitern zu überweisen. Der Konsumverein Suhl nahm in der Generalversammlung eine Resolution für die Unterstützung der Bergarbeiter an und beauftragte die Verwaltung, einen Betrag zur Verfügung zu stellen. — Die Belegschaft des Konsumvereins Halle sammelte in einigen Tagen 1000 Mark. — Die Belegschaft des Konsumvereins Stuttgart übersandte der IAH. Beträge. Die Belegschaften einer Reihe anderer Konsumgenossenschaften haben regelmäßige Pflichtbeiträge erhoben und zur Unterstützung der Bergarbeiter abgeführt.

Diese Unterstützung der englischen Bergarbeiter durch die deutschen Genossenschaften ist noch sehr gering. Außer den Zentralinstanzen in Hamburg haben auch die Leitungen aller größeren Konsumvereine, wie Berlin, Hamburg, Leipzig, Chemnitz usw., keinen Finger für die Unterstützung der Bergarbeiter gerührt. Die Mitglieder müssen den Druck auf die Instanzen weiterhin verstärken und in allen Veranstaltungen der Konsumgenossenschaften Anträge für die Unterstützung der englischen Bergarbeiter einbringen, um auch die Solidarität ihrer Genossenschaft mit den kämpfenden Bergarbeitern zu erreichen.

Kampf der rechten und „linken" Sozialdemokraten um die sächsischen Genossenschaften

Die Auseinandersetzungen der rechten und „linken" Sozialdemokraten in Sachsen haben sich jetzt auch auf die Arbeiterkonsumvereine ausgedehnt. Der Kampf wird bisher vorwiegend wegen der Stellung der rechten Sozialdemokraten zur Gewerbesteuerfrage geführt. Der sächsische Landtag, dem die Heldt-Regierung eine Gewerbesteuervorlage mit Heranziehung der Genossenschaften zur Steuer vorgelegt hatte, hat zwar die Konsumgenossenschaften von der Zahlung der Gewerbesteuer befreit. Aber gleichzeitig wurde von den rechten Sozialdemokraten ein Antrag abgelehnt zur Aufnahme einer Bestimmung in das Gewerbesteuergesetz, die eine Heranziehung der Genossenschaften bei jedem „geringfügigen, nebensächlichen oder zufälligen Hinausgehen über den Kreis der Mitglieder" unmöglich machen sollte. Diese Bestimmung war notwendig, weil in Sachsen Bestrebungen im Gange sind, durch eine Bespitzelung der Konsumvereine dieselben der Finanzbehörde zu denunzieren, daß ein Verkauf an Nichtmitglieder stattfindet, um sie zur Zahlung der Gewerbesteuer heranzuziehen. Die rechten Sozialdemokraten samt ihren Koalitionsfreunden lehnten die Forderung ab. Die „linken" Sozialdemokraten führen seitdem einen scharfen Pressekampf gegen den Verrat der Rechten. Es geht dabei nicht nur um die Stellung zur Gewerbesteuerfrage. Es geht dabei gleichzeitig darum, daß die rechten Sozialdemokraten vor allen Dingen auch unter den Leitungen und Angestellten der Konsumgenossenschaften ihre Anhänger haben. Die Genossenschaftszentralinstanzen in Hamburg haben bereits ein Bündnis mit den rechten Sozialdemokraten geschlossen und sich zu Bittteldiensten zur Verfügung gestellt. Den „linken" Sozialdemokraten wird mit dem Ausschluß aus den Konsumgenossenschaften gedroht — wenn „politisch andersdenkende Angestellte von wildgewordenen Parteipolitikern gemaßregelt werden". Tatsache ist, daß sowohl die „linken" als auch die rechten Sozialdemokraten die Vorschläge der Kommunisten zum außenparlamentarischen Kampf gegen die Gewerbesteuerbelastung abgelehnt haben und somit zusammen für die Möglichkeit der Gewerbesteuerbelastung der sächsischen Konsumvereine verantwortlich sind. Die Kommunisten müssen die Heuchelei der rechten und „linken" sozialdemokratischen Führer entlarven und ein Kampfbündnis mit den linken sozialdemokratischen Arbeitern herstellen.

Verantwortlicher Redakteur: Edwin Hoernle, M. d. R., Berlin.

Euer Konsumverein hat noch keinen Delegierten gewählt zum Kongreß der Werktätigen?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261008-16/fragment/page=0006

Versammlungen der KPD

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Zellengruppe 10. Heute abend 8 Uhr wichtige Versammlung bei Lohse.
Zellengruppe 8. Straßenzellenmitgliederversammlung Freitag, 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Turnerschlößchen".
Stadtverordnetenfraktion. Morgen, Sonnabend, abend 8 Uhr im „Volkspark" Sitzung. Die Bürgerdeputierten haben zu erscheinen.
Schlettau. Mitgliederversamml. Sonnabend, 9. Oktober, 8 Uhr, im Lokal Schubert.
Könnern. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Referent Genosse Lademann.
Zappendorf. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Raabe. Referent Genosse Nette.
Dieskau. Mitgliederversamml. Sonnabend, 9. Okt., 8 Uhr, im Lokal Rühlemann.
Dölau. Sonntag früh 9 Uhr treffen sich alle Genossen bei Otto Röber, Lettiner Str.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Schkeuditz. Mitgliederversammlung Freitag, 8. Oktober, 8 Uhr, „Weiße Taube".
Großlehna. Mitgliederversammlung Sonnabend, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Restaurant Gust. Dette. Referent Genosse Sachs.
Dürrenberg. Erweiterte Funktionärsitzung Sonnabend, 9. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Sonne". Sämtliche Parteifunktionäre, Parteiarbeiter, Zellenkassierer und Gemeindevertreter müssen erscheinen.

Unterbezirk Delitzsch

Radefeld-Freiroda. Mitgliederversammlung Sonnabend, 9. Oktober, 8 Uhr, im Gasthof Freiroda. Alle Genossen haben zu erscheinen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Zörbig. Mitgliederversammlung RFB. und KPD. zusammen Freitag, 8. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Löwen".
Wittenberg. Zellengruppenversammlung Freitag, 8. Okt., 8 Uhr, Gewerkschaftshaus.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Wahrenbrück. Versammlung der Kleinbauern Freitag, 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Ratskeller". Referent Stadtverordneter Naumann, Mühlberg.
Annaburg. Mitgliederversammlung Sonnabend, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Tagesordnung: Bericht von der UB.-Konferenz.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Eisleben. Oeffentliche Frauenversammlung Freitag, 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkshaus". Referentin Genossin Frieda Lehmann, Halle.
Artern. Mitgliederversammlung Sonnabend, 9. Oktober, 8 Uhr, im Goethehaus.
Helbra. Mitgliederversammlung Sonntag, 10. Oktober, abends 7 Uhr, in der „Tanne". Referent Genosse Lademann.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Naumburg. Mitgliederversammlung Sonnabend, 9. Okt., 8 Uhr, „Goldenen Hahn".

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 21473

Achtung! Der Genosse Walter Keller hat am Sonntag seine Mitgliedskarte des KJVD. verloren. Die Karte ist hiermit gesperrt. Der Finder wird gebeten, dieselbe im Jugendbureau abzugeben. UBL. des KJVD.
Der für Sonnabend, 9. Oktober, angesetzte „Russische Abend", der als Begrüßungsabend für die Delegierten zur Bezirkskonferenz gedacht war, kann wegen technischer Schwierigkeiten nicht stattfinden. Alle Delegierten kommen desahlb erst am Sonntag nach Halle, da wir für Quartiere nicht aufkommen können.
Die **Bezirkskonferenz** beginnt Sonntag vorm. 10 Uhr „Volkspark" (Kartellzimmer).
Der **Bezirksausschuß** beginnt Sonnabend abend ½7 Uhr (Produktiv-Genossenschaft).
Bezirksleitung. Freitag nachm. 5 Uhr im Jugendsekretariat Sitzung, nicht Donnerstag

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Freitag **Generalversammlung** (alle Gruppen) ½8 Uhr Jugendherberge, Weingärten. Mitgliedsbücher berechtigen zum Eintritt.
Sonnabend fällt der „Russische Abend" aus.
Sonntag 2 Uhr Halbtagesfahrt ins Blaue. Treffpunkt Hallmarkt.
Montag ½8 Uhr Jugendherberge (Weingärten) für alle Funktionäre Informationsabend. Alle älteren Genossen sindn eingeladen.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Querfurt. Freitag Mitgliederversammlung. Referent der UBL. anwesend.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Sonntag, 10. Oktober, früh 8 Uhr, Agitationstour Zwochau-Glesien. Abends 8 Uhr Leseabend.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Sonnabend: Alle Genossen, welche nach Halle fahren, treffen sich 4 Uhr am Bahnhof.
Zeitz. Freitag, den 8. Oktober, Liederabend.
Zeitz. Dienstag, 12. Oktober, Bericht von der Bezirkskonferenz.
Weißenfels. Sonntag früh ½7 Uhr Treffen am Bahnhof. Wanderung in die Toten Täler. Sonntagskarte bis Naumburg 70 Pf. Leitung Genosse Uffe.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung: Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Halle. Heute, Freitag, abend 6 Uhr Unterhaltungsabend in der Produktiv.
Halle. Sonnabend nachm. 4 Uhr in der Produktiv Funktionärsitzung. Alle Obleute u. Kassierer müssen erscheinen. Zeitungen abrechnen. Pioniere, kauft Sparmarken.
Greppin. Sonnabend ½8 Uhr im Lokal Schmidt Werbeabend mit Musikbegleitung.
Weißenfels. Sonnabend nachm. 5 Uhr trifft sich die Gruppe im Gewerkschaftshaus.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. **Telephon 29012.**
Montag, 11. Oktober, bleibt das Gausekretariat wegen Kassenrevision geschlossen.

Untergau Halle-Saalkreis

Abteilung 5, Zentrum. Sonntag, 10. Oktober, vorm. ½8 Uhr, Antreten Paradeplatz zur Ausfahrt nach Alsleben. Fahrscheine zum Preise von 1,50 Mk. mit Festabzeichen müssen bis Freitag, 8. Oktober, in Mitgliederversammlung entnommen werden.
Abteilung 1 bis 2, Osten und Süden. Sonntag, 10. Oktober, vorm. 8 Uhr. Antreten auf dem Roßplatz zum gemeinsamen Ausmarsch nach Oppin.
Abteilung 3 bis 4, Westen und Norden. Sonntag, 10. Oktober, vorm. 8 Uhr, Antreten auf Wettiner Platz zum gemeinsamen Ausmarsch nach Oppin.
Abteilung 2, Süden. Sonntag, 10. Oktober, vorm. ¼8 Uhr, Antreten Johannisplatz.
Abteilung 3, Westen. Sonntag, 10. Okt., vorm. ¼8 Uhr, Antreten Weingärtenplatz.
Abteilung 4, Norden. Freitag, 8. Okt., 8 Uhr, „Volkspark" Mitgliederpflichtverf.
Abteilung 3, Westen. Freitag, 8. Oktober, abends ½8 Uhr, im „Fröhlichen Zecher" Treffen aller Kameraden.
Werbebezirk Ammendorf. Freitag, 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Mitgliederpflichtversammlung. Ref. Kam. Borrmann, Halle. Die Ortsgruppen Döllnitz u. Rattmannsdorf nehmen geschlossen teil. Spielleute m. Instrumenten.
Werbebezirk Dölau. Sonnabend, 9. Oktober, abends 8 Uhr, in Dölau, Gasthof Richter, Werbebezirkspflichtversammlung. Die Ortsgruppen Dölau, Lettin, Schiepzig, Zscherben, Passendorf und Nietleben haben geschlossen teilzunehmen. Referent Kam. Borrmann, Halle.
Löbejün. Alle Mandolinenspieler treffen sich zur Abfahrt nach Alsleben Sonnabend abend ½7 Uhr beim Kam. Laube. Sonntag früh ½10 Uhr Antreten zur Fahrt nach Alsleben am „Adler".
Böllberg-Wörmlitz. Sonntag, 10. Oktober, vormittags 10 Uhr, in Wörmlitz, Gasthof Rauschenbach, Mitgliederversammlung. Funktionäre eine Stunde früher.
Werbebezirk Seeben. Die Ortsgruppen beteiligen sich geschlossen an dem Untergautreffen in Oppin. Seeben, Gutenberg, Sennewitz und Teicha stehen ¾10 Uhr an ihren Sammelplätzen. Abmarsch 10 Uhr.

Jungfront

Jungfront, Abtlg. 5, Zentrum. Sonntag früh ½8 Uhr Antreten Paradeplatz zur Fahrt nach Alsleben. Fahrkarten werden Freitag ausgegeben. Preis 1,50 Mk.

Untergau Merseburg

Merseburg. Freitag, 8. Oktober, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung in „Stadt Leipzig". 8 Uhr Mitgliederversammlung. Unterkassierer haben abzurechnen.
Abteilung Geiseltal. Alle Jungfront-Kameraden beteiligen sich restlos an den Versammlungen ihrer Kameradschaften.
Thaldorf. Freitag abend 8 Uhr im „Schützenhaus" Mitgliederversammlung.
Rattmannsdorf. Sonntag, 10. Oktober, nachm. 1 Uhr, Theaterprobe. Um 3 Uhr trifft sich der Sprechchor in Rattmannsdorf.
Neumark. Sonnabend, 9. Oktober, 8 Uhr, Gasthof Schumann erster Schulungsabend.
Abteilung Geiseltal, Kameradschaft Mücheln. Sonntag, 10. Oktober, vorm. 9 Uhr, Antreten des gesamten Spielmannszuges auf dem Sammelplatz zum Appell. Anschließend Uebungsstunde.
Kameradschaft Mücheln. Sonntag, 10. Okt., nachm. 3 Uhr, Kameradschaftsversamml.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Eisleben. Sonntag, 10. Oktober, abends 8 Uhr, im „Hohenzollern".
Oberröblingen. Sonntag, 10. Oktober, vormittags 10 Uhr, Versammlung.
Wansleben. Sonntag, 10. Oktober, abends 8 Uhr, Versammlung.
Helbra. Sonntag, 10. Oktober, nachmittags 3 Uhr, in der „Tanne" Versammlung.
Wimmelburg-Creisfeld. Sonntag, 10. Okt., 8 Uhr, b. Huth, Creisfeld, Versamml.
Helfta. Sonnabend, 9. Oktober, abends 8 Uhr, bei Hein Versammlung.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Gerbstedt. Die Ortsgruppe beteiligt sich vollzählig am Roten Tag in Alsleben. 10. Oktober, vormittags 9 Uhr, Antreten am Hölzchen.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" Mitgliederversamml. Kameraden, die nach Piesteritz fahren, Meldung bis Freitag bei Gruppenführern.

Untergau Sangerhausen

Sonntag, 10. Okt., vorm. 9 Uhr, Untergaukonferenz in Sangerhausen, „Herrenkrug".
Roßleben. Freitag, 8. Oktober, abds. 8 Uhr, im Lokal Berger Mitgliederversamml. Wahl der Delegierten zur Untergaukonferenz.

Untergau Wittenberg

Sonnabend, 9. Oktober, und Sonntag, 10. Oktober, findet in Piesteritz ein Roter Tag statt. Zur Teilnahme verpflichtet sind sämtliche Ortsgruppen der Untergaue Wittenberg, Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg und Torgau.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Elsterwerda. Sonnabend, 9. Oktober, 8 Uhr, in der „Quelle" Monatsversammlung.
Sonntag, 10. Oktober, findet in Piesteritz ein Roter Tag statt. Die Ortsgruppen des Untergaues müssen sich zahlreich daran beteiligen. Die Ortsgruppen, welche Sonntag früh fahren, treffen sich ½6 Uhr in Torgau auf dem Marktplatz.

Untergau Weißenfels

Granschütz. Freitag, 8. Oktober, 8 Uhr, Gasthof Weidner, Webau, Werbebezirksversamml. (Granschütz, Hohenmölsen). Delegiertenwahl, Bericht v. UG.-Konferenz.

Untergau Naumburg

Naumburg. Sonntag, 10. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Schützenhaus" Laucha Untergaukonferenz. Jede Ortsgruppe hat zwei Vertreter zu entsenden.

Untergau Zeitz

Theißen. Sonntag, 10. Okt., vorm. 10 Uhr, Mitgliederversamml. „Bergschlößchen".

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

An alle Ortsgruppen! Die für Sonntag angesetzte Sammlung für den englischen Bergarbeiterstreik ist von den Ortsgruppen unbedingt zur Durchführung zu bringen und das Geld sofort abzuschicken auf der zugestellten Zahlkarte.
Halle. Die Genossinnen, die in der Lage sind, bereits am Sonnabend abend zur Begrüßungsfeier nach Piesteritz zu fahren, müssen den Zug 5.56 Uhr benutzen. Die Genossinnen, die erst Sonntag fahren können, müssen den Eilzug 8.48 Uhr benutzen. Das Fahrgeld beträgt 4,60 Mk. Sonntagskarten gibt es nicht. Treffpunkt der Genossinnen Sonnabend abend auf dem Bahnsteig und Sonntag früh 8¼ Uhr auf dem Thielenplatz.
Halle. An alle Genossinnen! Sonntag, 10. Oktober, veranstaltet die Ortsgruppe Piesteritz des RFB. und RFMB. einen Roten Tag, der verbunden wird mit einer Fahnenübergabe an den RFMB. Hierzu ist die Ortsgruppe Halle eingeladen und richten wir an alle Gennossinnen das Ersuchen, bis Freitag der Werbebezirksführerin mitzuteilen, wer bereit ist, nach Piesteritz zu fahren.
Querfurt. Mitgliederversammlung Freitag, 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus". Tagesordnung: Bericht von der Gaukonferenz.
Teuchern. Mitgliederversammlung Freitag, 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum". Bericht von der Gaukonferenz.
Weißenfels. Sonnabend, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Nichtmitglieder können teilnehmen.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 29150

Halle. Wir ersuchen die Kassierer, die Zeitungen für die Mitglieder (für Monat Oktober) vom Bureau der IAH. abzuholen.
Halle. Freitag, 8. Oktober, 8 Uhr, im Bureau, Dorotheenstr., Landesausschußsitzung.
Merseburg. Freitag, 8. Oktober, abends ½8 Uhr, im Vorraum der früheren Freibank wichtige Mitgliederversammlung. Referent Höcker, Halle.
Sangerhausen. Freitag, 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Herrenkrug" Mitgliederversammlung der IAH. Sympathisierende sind eingeladen.
Zeitz. Sonnabend, 9. Okt., 8 Uhr, in der Schuhmacherherberge Mitgliederversamml.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 24425

Weißenfels. Dienstag, 12. Oktober, 8 Uhr, Gewerkschaftshaus Mitgliederversamml.

Bekanntmachungen

Für den geplanten Bau einer Verbindungsstraße von der Kleinen Ramtorstraße bis zur Casseler Straße ist die Herstellung eines Durchlasses für die Böse Sieben in einer Länge von rund 65 Meter erforderlich. Der Plan zu diesem Vorhaben liegt bis 10. November d. J. im Stadtbauamt, Herrenstraße 10, Zimmer 14, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Einwendungen können nur während der vorbezeichneten Frist bei uns angebracht werden. *3628

Eisleben, den 7. Oktober 1926. Die Polizeiverwaltung.

Da gegen die von den städtischen Körperschaften für das Gelände zwischen der Bismarckstraße und Rathenaustraße sowie für das Gelände zwischen der Funkstraße und Feldstraße aufgestellten Fluchtlinienpläne Einwendungen nicht erhoben worden, sind dieselben von uns förmlich festgestellt worden und werden hiermit zu jedermanns Einsicht im Stadtbauamt, Herrenstraße 10, Zimmer 14, während der Dienststunden offen gelegt. *3627

Eisleben, den 28. September 1926. Der Magistrat.

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, 11. Oktober, nachmittags 4 Uhr

Oeffentliche Sitzung:

1. Die in der Sitzung am 4. Oktober 1926 nicht erledigten Punkte 6 bis 23 und 25. 2. Aufhebung der Eigenwirtschaft in den städtischen Landwirtschaftsbetrieben. 3. Verschmelzung des Grundstückserwerbsfonds mit dem Substanzengelderfonds. 4. Annahme eines Legates. 5. Ausbau des Stadions an der Lutherstraße pp. 6. Anträge und Gesuche.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung. 3527

Halle, den 6. Oktober 1926. Der Stadtverordnetenvorsteher: Busse.

Unsere Leser kaufen nur bei unseren Inserenten!

Arbeiter, Angestellte und Beamte deckt euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Herren-Hüte und Mützen stets das Neueste — Solide Preise
Straßburger Hut-Magazin
Zeitz, Brüderstraße 4

Möbel aller Art finden Sie in großer Auswahl im Möbelhaus
Gustav Hartwig
Zeitz, Altmarkt 15
Leichte Zahlungserleichterungen Eigene Werkstatt!

Empfehle mein reichhaltiges Lager in: Hüten, Mützen, Hosenträger, Regenschirmen, Stoff- und Lederhandschuhen, Damen-Strümpfen u. Herren-Socken, sämtliche Herrenwäsche usw. zu billigsten Preisen
Erich Hirsch
Weißenfels-Neustadt

Walter Tettenborn
Spezialgeschäft für Spirituosen u. Weine
Weißenfels a. S.
Merseburger Straße 13

Kurt Braune
Weißenfels, Feldstr. 3
Kolonialwaren
Hausschlacht. Wurst
Zigarren — Weine

MÖBEL
aller Art, gut und preiswert
36 Zeitz 36
Kalkstraße

Alfred Wilhelms
Schuhwaren
sind solid und doch billig
Maß- und Reparatur-Werkstatt, Ago-Betrieb
Zeitz, Stephanstraße

Stadttheater
Telephon Nr. 990 Weißenfels Merseburger Str. 14
Freundl. Zimmer mit guten Betten / Vorzügl. Küche / Bestgepfl. Biere u. Weine
Sonntags: Unterhaltungs-Musik

Weißenfels
„Zur Weste"
Jeden Freitag und Sonnabend
ff. Salzknochen
Unterhaltungs-Musik

Dr. med. Armin Mayer
prakt. und Facharzt für Biochemie u. Naturheilkunde
Weißenfels, Naumburger Str. 63
Sprechstund.: Wochentags: Vorm 9—11 Uhr. Montag, Mittwoch u. Freitag ½4—6 Uhr — Telephon 936 —

Merkel
Lebensmittel
Seifen-Spezial-Geschäft
Zeitz, Roßmarkt 7

Billigste Bezugsquelle für
Herren- u. Knaben-Konfektion
finden Sie nur bei
C. Katz, Zeitz
Fischstraße 5

Drucksachen
liefert prompt und billig
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H.
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Café und Restaurant
‚Zur Reichskrone'
Weißenfels, Merseburger Str.
Angenehmer Familien-Aufenthalt
Täglich Künstler-Konzert
— Stimmungs-Musik —
ff. Oettler-Biere
Stadtbekannte Küche

Wo kauft man einen guten, soliden u. preiswerten Schuh?
Nur im Schuhwarenhaus
Fritz Schönemeyer
Weißenfels
Merseburger Straße

Fritz Schliske
Getreide — Mehl
Futtermittel
Weißenfels a. S.
Merseburger Straße 26

Marie Sperhake
Osterfeld, Kirchberg 10
Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren aller Art
Maß- u. Reparatur-Werkstatt

Empfehle meine
Maß- u. Reparatur-Werkstatt
f. alle vorkommenden Arbeiten
Otto Kleinicke, Zeitz
Schuhmachermeister
Brühl 24

Alle
Parteischriften, Schreibmaterialien, Bücher usw.
empfehlen unsere
Buchhandlungen
Weißenfels, Marienstr. 46
Zeitz, Liebknechtstr. 4

Flora-Drogerie
H. Gasch
Weißenfels a. S.
Merseburger Str. 24
Farben :: Lacke :: Pinsel
Parfümerien
Seifen

Gasthof „Roter Löwe"
Weißenfels, Merseburger Straße 16
Frdl. eingerichtete Fremden-Zimmer 1,75
Stadtbekannte Küche
Bestgepflegtes Bier ½ Liter 30 ₰

Stahlmatratzen — Auflagen, Bettstellen — Chaiselongues
liefert auf Wunsch gegen Teilzahlung ohne Preisaufschlag
Stahlmatratzen-Fabrik „Eha"
Weißenfels, Fischgasse 21
Promenade 14 u.
Novalisstr. 16

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261008-16/fragment/page=0007

Fahrrad-Bedarf ★ Gummi-Waren ★ Qualität ★ Billigste Preise ★ Gummi-Bieder Große Steinstraße Marktnähe

Bezirks-Konsumverein Weißenfels-Naumburg e. G. m. b. H.

Hausfrauen!

entnehmt Eure *3636

Backartikel

für die Kirmsen
nur aus dem Konsumverein

Pa. Weizenmehl . Pfund 28 Pf.
Hefe . . . . Pfund 100 Pf.
Grießraffinade . . . Pfund 32 Pf.
Margarine in allen Preislagen
Dän. Molkereibutter Stück 120 Pf.
Mandeln süß u. bitter Pfd. 220 Pf.
Rosinen 60 Pf. Korinten 60 Pf.
Sultaninen . . . . 100 Pf.
Holländischer Blaumohn 70 Pf.
Vanillezucker, Backpulver, Mandel- und Zitronenöl
Buddingpulver in all. Geschmacksarten

Kauft und spart nur im Konsum-Verein

Möbel-Ausstellung
Verkauf gegen ganz bequeme Teilzahlung
Möbel für 50 Mk Anzahlg 6
Möbel für 100 Mk Anzahlg 10
Möbel für 300 Mk. Anzahlg 25
Möbel für 600 Mk. Anzahlg 60
Möbel für 1000 Mk. Anzahlg 100
Möbel für 1250 Mk. Anzahlg 150
Möbel für 1500 Mk Anzahlg 200
usw usw.
Herrenzimmer Wohn- und Schlafzimmer Korbmöbel Kinderwagen Aparte Küchen sowie einzelne Möbelstücke als Sofas, Chaiselongues Bettst. u. Matr. Schränke, Vertikos, Kommoden Spiegel Küchenschränke Tische, Stühle usw. [1257
Kredit auch nach auswärts
Möbelhaus **N. Fuchs** Halle a. d. S. Gr. Ulrichstr. 58 I., II. u. III. Et. im Hause der Nordsee
Kein Laden

Um für neue Muster Platz zu schaffen, verkaufe **Tapeten** zu sehr niedrigen Preisen
Otto Kramer Mittelwache 9/10
Farben // Lacke // Tapeten

Alle Sorten 195
Pantoffeln
kaufen Sie gut und billig im Fabrikverkauf
Nur Kl. Ulrichstr. 9

Kartoffeln
gelbfleisch. Industrie, Odenw. Blaue, Salat Nieren, u. andere Sorten liefert zum Winterbedarf in gutkochenden, haltbaren Qualitäten
Rob. Gödicke Kartoffel-Großhandlung Halle, Martinstraße 24
(Eing. obere Leipziger Str.) Fernruf 22802

Volks-Feuerbestattungs-Verein Halle und Umg.,
Zahlstelle Weißenfels
Sonntag, den 10. Oktober 1926, nachm. 2 Uhr, im „Schützenhaus" großer Saal:
Oeffentl. Versammlung
Bericht über das hiesige Krematorium
1238 Der Vorstand

Kammerlichtspiele Merseburg
Freitag bis Montag:
Eddie Polo **Zirkus Gray** Eddie Polo
5. Teil
Zwischen Himmel u. Erde
mit Eddie Polo in der Hauptrolle
Graf Cohn
oder 1239
Im Banne d. Leidenschaft
In den Hauptrollen: Bernd Aldor, Henia Desnie, Albert Patry, Frieda Richard Johannes Riemann usw.
Arbeitslose haben für 35 Pf. zur ersten Vorstellung Zutritt
Kassenöffnung 6 Uhr, Anfang ½7 u. ½9 Uhr
Sonntags 5 Uhr

Film-Palast Weißenfels
Ab heute bis Montag
Der größte Lustspielschlager
Pat und Patachon als Millionäre
6 Akte zum Totlachen!
Wer kennt sie nicht, den kleinen dicken „Pfannkuchen mit Beinen" und den langen dünnen „Lutschbonbon" ???
Deshalb wer herzlich lachen will, komme in den Film-Palast
Außerdem: 1244
Das große Beiprogramm!
Beginn 7 und 9 Uhr, Sonntag 5 Uhr, Jugendliche haben bis 9 Uhr Zutritt

Bergarbeiter-Verband
Zahlstelle Kretzschau
Am Sonntag, dem 10. Oktober, von abends 6½ Uhr an, findet in Tölpels Gasthofe die Feier des
25 jährigen Bestehens
unserer Zahlstelle statt bestehend in turnerischen und gesanglichen Aufführungen, Festrede des Kameraden Weikart, unter Mitwirkung der Arbeiter-Jugend Kretzschau und Kränzchen.
Die gesamte Einwohnerschaft von Kretzschau und Umgegend, sowie die Zahlstellen der Nachbarorte werden freundlichst eingeladen
Die Festkommission

Für **Gastwirte** und 3624 **Vereine**
empfehle Tanzkontroller Tanzblumen Tanzband Eintritts-, Garderobe- u. Kellnerblocks Tischtuchkrepp Diplome
zu billigsten Preisen
Albin Hentze 24 Schmeerstr. 24

Prima **Fleisch- und Wurstwaren** empfiehlt
Hugo Hoffmann Roßschlächterei Weißenfels, Fischgasse 1

Morgen **Schlachtefest** Bätz, Weißenfels Zitrone

Max Günther Rasberg
Mein neuer Fischstand befindet sich **Alter Markt** neben der **Siegessäule**, dort kommt wie immer blutfrischer **Seefisch** und alles andere zum Verkauf 1235

Wir empfehlen:
Prima argentinisches Ochsenfleisch
Kochfleisch . . . Pfd. 0,75 Mk.
Bratfleisch m. Beil., Pfd. 0,80 Mk.
Frisches Schweinefleisch, Pfund 1,30 Mk.
Pa. gefr. Hammelfleisch Pfund 0,85 und 1,00 Mk.
Schmer u. fettes Fleisch, Pfd. 1,30
sowie sämtliche Wurstwaren
Karl Wahl & Sohn 1251
Zeitz, Wasservorstadt 12

Arb.-Samariter-Kolonne Eisleben
Sonntag, 10. Oktober, abends 7 Uhr im „Volkshaus" 1241
Herbst-Vergnügen
Es laden Freunde und Gönner herzlichst ein
Der Wirt Der Vorstand

AUF TEILZAHLUNG!
Bei Barzahlung 10% Rabatt
Bett, Stahldrahtmatratze, Auflagematratze } zusammen 50 Mark
Eisenbetten . . . von 40,00 Mk. an
Chaiselongues . von 35,00 Mk. an
Schränke . . . . von 65,00 Mk. an
sowie komplette Küchen- und Schlafzimmereinrichtungen, Sofas, Stühle, Federbetten usw.
kaufen Sie spottbillig, in nur guter Qualität ohne jeden Zwischenhandel bei 10 Mk. Anzahlung und wöchentlich 5 Mk. Abzahlung in der Möbel-Fabrikniederlage
I. V. E. Gräf, Weißenfels
Finkgasse 21 oder Promenade 14
Merseburg: Jetzt Neumarkt 22

Achtung!
Sonnabend, den 9. Oktober, im Gasth. „Zur weißen Taube" Schleu[ditz]
Humoristischer Abend
ausgeführt von nur erstklassigen Leipziger Künstlern
Um zahlreichen Zuspruch bitte
Die Direktion F. Nagel
Einlaß 7 Uhr Anfang 8 Uhr

Achtung! Lützkendorf!
Sonntag, den 10. Oktober 1926 vormittags 10 Uhr, in der Schankwirtschaft Gust. Numme in Lützkendorf:
Großes Preisausschießen
Zum Ausschießen gelangen ein Herren- und ein Damenrad, sowie weitere wertvolle Preise 12..
Die Preise stehen bei dem Fahrradhändler Paul Hirndorf in Lützkendorf zur Ansicht aus.
Es ladet alle Schießlustigen freundlichst ein
Der Arbeiter-Schießklub Lützkendorf

Lichtspieltheater Wittenberg
Ein prächtiges Doppelprogramm für Freitag bis Montag:
Die neueste Ufa-Wochenschau
Waldtiere in d. Hand sehr interessant
Der nächtliche Kämpfer
6 spannende Akte mit Fred Thomsen und seinem Wunderhengst „Silberkönig"
Kubinke, der Barbier, und die drei Dienstmädchen
Ein erstklassiges Bild aus d. Berliner Volksleben nach dem Roman des Dichters Georg Herrmann 1246
Mit Erika Gläßner, Werner Fütterer, Käthe Haak, Erich Kaiser-Titz, Fritz Kampers usw.
Verstärkte künstlerische Musik. Erhöhte Preise
Anfang 6.00, 8.15, Sonntags 4.00, 6.15, 8.30

Gewerkschaftshaus Wittenberg
Sonntag, den 10. Oktober 1926, auf der neuen Bahn
Das erste große Preiskegeln
I. Preis 50,00 Mark
Der Ausschuß Die Verwaltung
Dortselbst
2. Stiftungsfest vom Kegelklub Herz
im herrlich dekorierten Saal, zu dem wir alle Kegelsportler herzlichst einladen
Der Vorstand

Freie Turnerschaft Kretzschau-Groitzschen
Sonntag, den 10. Oktober 1926 im Rest. „Zur Mühle", Kretzschau
Abturnen mit Preiskegeln
Ergebenst ladet ein Der Festausschuß
Anfang des Preiskegelns Sonnabend 7 Uhr

Achtung! Achtung!
RFB., Kötschen-Beuna
Sonntag, den 10. Oktober 1926 im Gasthof Lindner, Kötschen, von 6 Uhr abends an 1242
Großer Herbstball
Die gesamte Arbeiterschaft ladet hierzu freundlichst ein Der Vorstand

Bekanntmachung

Personenstands- und Betriebsaufnahme am 10. Oktober 1926

Zum Zwecke der namentlichen Feststellung der Steuerpflichtigen werden in den nächsten Tagen den Hausbesitzern oder deren Stellvertretern die Haushaltungslisten durch Beamte der Schutzpolizei zugestellt werden.

Wir ersuchen, die Listen den einzelnen Wohnungsinhabern oder Haushaltungsvorständen sofort zu übergeben und für vollständige Ausfüllung Sorge zu tragen.

Jeder Hauseigentümer oder Vertreter erhält außerdem ein Stück des Formulars Hausliste. Der Besitzer eines Hauses muß — falls er allein darin wohnt — außer der Haushaltungsliste auch diese Hausliste ausfüllen.

Ferner erhält jeder Hausbesitzer, in dessen Grundstück sich ein Gewerbebetrieb, ein Lagerraum, eine Arbeitsstätte, ein Bureau, auch solche von Behörden usw. befindet, für jeden dieser Betriebe usw. ein Betriebsblatt — auch Angehörige freier Berufe, z. B. Aerzte, Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure, Schriftsteller kommen in Betracht. Ob der Inhaber des betreffenden Betriebes in dem Grundstück wohnt oder nicht, ist gleichgültig. In jedes Betriebsblatt ist nur ein Betrieb einzutragen.

Sämtliche Listen sind nach dem Stande vom 10. Oktober d. J. genau auszufüllen. Sind in einer gemeinsamen Wohnung mehrere Familien mit eigener Hauswirtschaft untergebracht, so ist jeder Familienvorstand als Haushaltungsvorstand anzusehen und ihm eine Haushaltungsliste zur Ausfüllung zu übergeben. Die Haushaltungslisten und Betriebsblätter sind nach Ausfüllung dem Hausbesitzer oder dessen Vertreter bis zum 13. Oktober zurückzugeben. Dieser hat auf Grund der Listen die Hausliste auszufüllen und sämtliche Listen zur Abholung bereitzuhalten. Vom 15. Oktober an werden die Listen wieder abgeholt; die Abholung muß bis zum 20. Oktober beendet sein. Die vollständige und rechtzeitige Ausfüllung sämtlicher Listen sowie die Uebergabe derselben an den Hausbesitzer oder seinen Vertreter und die Rückgabe kann durch Geldstrafe erzwungen werden. (§ 202 der Reichsabgabenordnung.)

Bei der Ausfüllung ist im besonderen zu beachten: Angaben allgemeiner Art, z. B. Arbeiter, Invalide, Witwe genügen nicht. Arbeiter haben vielmehr zu schreiben: Fabrikarbeiter in Schraplau, Maschinenschlosser bei der Firma X. in Halle. **Der Ort der Beschäftigung und der Name des Arbeitgebers ist in allen Fällen erforderlich.**

Angestellte und Arbeiter der Mansfeld A.-G. haben genau die Arbeitsstelle anzugeben, z. B.:

Buchhalter bei der Zentralverwaltung (Eisleben)
Bergarbeiter auf dem Wolfschachte (Volkstedt)
Fahrhäuer auf dem Clothildeschachte (Eisleben)
Kläuber auf dem Hohenthalschachte (Helbra)
Hüttenarbeiter auf der Kochhütte (Helbra)
Arbeiter der elektrischen Zentrale (Eisleben).

Witwen haben den Beruf ihres verstorbenen Mannes anzugeben, z. B. Lehrerwitwe, Bergarbeiterwitwe, Fahrsteigerwitwe. Invaliden wollen schreiben: Berginvalide, Maurerinvalide. Bei Kindern ist in allen Fällen der Beruf anzugeben, und zwar bei Schulkindern: Schüler, Schülerin, bei Schulentlassenen der Stand und das Arbeitsverhältnis oder wenn es zutrifft: ohne Beruf. **Da nach diesen Angaben die Steuerkarten für 1927 ausgeschrieben werden, liegt es im Interesse jedes einzelnen, die Ausfüllung der Haushaltungsliste sehr genau vorzunehmen.**

Eisleben, den 5. Oktober 1926. Der Magistrat.

Stempel-Pfautsch Nikolaistr. 6 Fernruf 2̶1̶6̶68

Reformbad Inh.: Christoph Oelschlegel Goethestraße 16
täglich geöffnet für Damen und Herren, auch für Kassenmitglieder
Licht-, Wannen-, medizinische u. Bäder, Massage, Bestrahlung, Fußpflege
Bahnverbindung Linie 1, 5 und Stadtring

Ihr sollt bei Sobel kaufen

weil er billig ist

Pelzwaren und Herrenhüte? Ja! Aber wo wirklich preiswert und gut?

Uhren u. Goldwaren sowie Trauringe kauft man gut und billig bei Gottfr. Schraut Schmeerstr. 4

Musikwaren
Sprechapparate und Schallplatten Zubehörteile u. s. w.
Spielwaren speziell Eisenbahnen u. Zubehörteile
Karl Albrecht (Inhaber W. Albrecht) Alter Markt Nr. 3

Hallesche Beerdigungsanstalt „Pietät" Inhaber: M. Burkel Kleine Steinstraße 4 Tel. 26393

Zuverlässige Taschen-Uhren von 4,50 Mark an
Amand Weiss Halle, Kleinschmieden 6 gegenüber Alex. Michel

Ueberzeugen Sie sich bei A. Mordelt Ludwig-Wucherer-Straße 28 Der Weg lohnt! Auf Wunsch Teilzahlung

Porzellan Emaille Haus- und Küchengeräte kaufen Sie am billigsten bei S. H. Schönbach Schmeerstr. 1

Damen-Hüte Hutfabrik Phil. Högl nur Kleine Ulrichstraße 21 Herrenhüte Umpreßhüte

Holzpantoffeln en gros en detail
Stets gutsortiertes Lager in Holzschuh-, Filzschuhwaren Leder-, Plüsch-, und Cordpantoffeln, Lederhausschuhen
in nur Ia. Qualitäten empfiehlt preiswert
Otto Ladecke Mansfelder Str. 47

Für Schuhe und Stiefel nur

Alzak Schuhhandelsgesellschaft m. b. H. Steinweg 46/47 Ecke Taubenstraße

Stahlmatratzen nach jedem Maße bei billigster Berechnung
Hall. Federn- u. Metallwarenfabrik Otto Gräbner Halle a. d. S., Yorkstr. 79
Reparaturen sauber und billig Tel. 25311

Friedrich Bönicke Große Brunnenstr. 65 Telephon 23556
Täglich Frische Fluß- u. Seefische
Das beste in Räucherwaren und Fischkonserven

Fahrräder Nähmaschinen Sprechapparate sämtliche Ersatzteile
Schallplatten u. Schlager
Eigene Reparaturwerkstatt
August Kraft Steinweg 51 Geiststraße 49 Tel. 25156
Teilzahlung gestattet

Fahrräder Triumph, Panther, Presto Viktoria
Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate
Zahlungserleichterungen
Paul Krause Kl. Ulrichstr. Nr. 18

Herren- u. Kinder-Bekleidung Schuhwaren aller Art empfiehlt P. Landgraf Schmeerstr. 17/18

Korn & Zöllner Brüderstraße 13 Eisenwaren Werkzeuge für Tischler, Glaser u. Zimmerleute

Radio-Apparate, Einzelteile, Akkumulatoren, Akku-Ladestation
Ausführliche Preisliste kostenlos
William Fabel Halle an der Saale Fleischerstraße 1 Ecke Geiststraße Telephon 21644

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261008-16/fragment/page=0008

Halle und Saalkreis

Wie lange noch?

Pressestimmen zum Fernbleiben des Bürgermeisters Seydel vom Rechts- und Verfassungsausschuß

Es gibt bei den bürgerlichen Stadtverordneten Leute, die können sich nicht genug damit tun, gegen den „Klassenkampf“ zu Felde zu ziehen, weil er in der Stadtbanksache eine offene Sprache führt. Gerade weil sie die Richtigkeit der Veröffentlichungen nicht bestreiten können und weil sie sehen, daß unsere Schlußfolgerungen von der gesamten hallischen Arbeiterschaft und darüber hinaus von dem größten Teil der hallischen Einwohner geteilt werden, versuchen sie, gegen den „Klassenkampf“ vorzugehen. Aber noch aus einem anderen Grunde ist man dem Blatt der hallischen Arbeiterschaft nicht grün. Weil es nämlich die schwerwiegendsten Tatsachen über die Stadtbankkorruption von allen Zeitungen zuerst veröffentlichte. Weil dadurch die anderen Blätter geradezu gezwungen wurden, das von den bürgerlichen Stadtverordneten so ersehnte Schweigen zu brechen, und weil sich dann selbst diese Blätter aufraffen müssen, um die Wahrheit über den zweiten Bürgermeister zu sagen.

Wie lange will Herr Seydel noch den Bürgermeistersessel zieren, nachdem selbst die bürgerlichen Zeitungen gestern zu der Entschließung des Rechts- und Verfassungsausschusses, die von kommunistischer Seite beantragt war, ausführlich und sehr scharf Stellung genommen haben?

Die **„Hallesche Zeitung“** schreibt:

„Das Fernbleiben des Bürgermeisters Seydel muß in der Tat befremden und wird in der Oeffentlichkeit zweifellos als ein Eingeständnis seiner Schuld gedeutet werden. Jedenfalls darf es nach einem derartigen Verhalten des Bürgermeisters nicht verwunderlich erscheinen, wenn die äußersten Konsequenzen gezogen werden.“

Die **„Allgemeine Zeitung“** nimmt folgendermaßen Stellung:

„Wenn der Bürgermeister sich klar wäre über die wirkliche Lage der Verhältnisse und über die Stimmung, die die bürgerlichen Kreise beherrscht, müßte er bemüht sein, die Untersuchung zu erleichtern und abzukürzen. In seinem Verhalten könne man weder die nötige Einsicht noch den nötigen guten Willen erblicken. Wenn sich unter solchen Umständen die Spannung zwischen dem Bürgermeister und den bürgerlichen Stadtverordneten verstärke, so treffe ihn allein die Schuld. Wahrscheinlich werde kommenden Montag schon diese Angelegenheit öffentlich im Stadtverordnetenkollegium besprochen werden.“

Aber auch die **„Hallischen Nachrichten“** halten nicht mit der Meinung zurück:

„Die Tatsache, daß Bürgermeister Seydel es ablehnt, vor dem Ausschuß zu erscheinen, und gewisse Bedingungen stellt, läßt deutlich erkennen, daß der vom Magistrat beschrittene Weg, sich in dem Stadtbankskandal auch weiter hinter die bureaukratischen Schranken zu verschanzen, anscheinend fortgesetzt werden soll, obwohl sich die Stadtverordnetenversammlung übereinstimmend und mit aller Deutlichkeit gegen dieses System ausgesprochen hat . . . Man hätte nach Lage der Dinge aber unbedingt annehmen müssen, daß Bürgermeister Seydel es als eine im eigenen Interesse liegende moralische Pflicht erachtet hätte, vor dem Ausschuß zu erscheinen, um dort durch seine Darstellung und Erklärung dazu beizutragen, daß möglichst schnell die schwebenden Fragen der Schuld aufgeklärt werden. Es wird in der Oeffentlichkeit seltsam anmuten, wenn jetzt wiederum Wege eingeschlagen werden sollen, die geeignet erscheinen, die Dinge auf die lange Bank zu schieben und die Angelegenheit zu verzögern. Der oben mitgeteilte Protest des Rechts- und Verfassungsausschusses läßt keinen Zweifel darüber, daß, wenn die Dinge derartig auf die Spitze getrieben werden, der offene Konflikt zwischen Magistrat und Stadtverordneten zum Ausbruch kommt.“

Die gestrigen Verhandlungen im Rechts- und Verfassungsausschuß beweisen, daß an einen offenen Konflikt gar nicht zu denken ist, sondern daß die Mitglieder des Ordnungsblocks Seydel unterstützen. Statt gegen ihn vorzugehen, nahm man eine **Maulkorbverfügung** gegen die Presse an, die natürlich hauptsächlich gegen den „Klassenkampf“ gerichtet ist. Es wird sich ja herausstellen, wie weit sich die bürgerlichen Zeitungen das gefallen lassen. Jedenfalls hält es auch hier wieder der „Klassenkampf“ für seine Pflicht, das Alarmsignal gegen diese Knebelung ertönen zu lassen.

Die hallische Arbeiterschaft aber muß unsere Proteste wirksam unterstützen und die Verbreitung des „Klassenkampf“, die das Bürgertum zu hindern sucht, verstärken. Deshalb:

Wer die Aufklärung des Stadtbankskandals wirklich will, werbe Leser für die kommunistische Zeitung!

An alle Zellengruppenleitungen von Halle!

Material zur Werbewoche für Partei und Presse sofort vom Parteibureau, Zimmer 4, abholen!

Unerhörter Geheimhaltungsbeschluß über die Stadtbankkorruption

Gestern um 4 Uhr ist der Rechts- und Verfassungsausschuß unter dem Vorsitz von Geheimrat Finger wieder zusammengetreten, und es hat sich — mehr denn irgendwann— herausgestellt, daß die bürgerliche Mehrheit nur auf Verdunkelung, nicht aber auf Klärung der Stadtbankaffäre ausgeht. Man beschloß nämlich gegen die Stimmen der kommunistischen und die des sozialdemokratischen Vertreters, **daß neben den „amtlichen“ keine anderen Berichte aus diesen Sitzungen an die Presse gehen dürfen.** Dieser Beschluß widerspricht sich in der tollsten Weise mit den Beteuerungen der Herren Hirsch und Konsorten, daß alles der Oeffentlichkeit übergeben werden müsse. Sieht man aber, wie mager die offiziellen Berichte gehalten sind, so kann man nur immer wieder bestätigt finden, daß allgemeine Floskeln zur Beruhigung an die Presse gegeben werden, nicht aber der wahre Tatbestand. Gegen dieses dreiste Verdunkelungsmanöver werden unsere Genossen am Montag energisch Protest einlegen; ob er etwas nützen wird, ist jedoch zu bezweifeln, denn der Ordnungsblock wird, wie immer, auch diesmal seinen Magistrat unterstützen. Das Urteil über dieses unerhörte Vorgehen dürfte jedoch bei der gesamten hallischen Bevölkerung bereits gesprochen sein.

*

Sitzungsbericht

Erschienen war das Mitglied des Kreditausschusses der Stadtbank, Stadtverordneter Ritter, sowie Herr Bürgermeister Seydel, welcher sich diesmal selbst eingeladen hatte. Dies rief ein gewisses Befremden unserer Genossen hervor, und es entwickelte sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte. Herr Finger hatte, wie sich herausstellte, Herrn Seydel ebenfalls bestellt, obgleich nur Herr Ritter kommen sollte. Herr Seydel besaß die Stirn, zu erklären,

daß er sich nicht als Angeklagter fühle, sondern als Dezernent, der die Dinge bearbeitet hat.

Im übrigen „bat“ er, daß der Ausschuß sich nicht als Gerichtshof über ihn setze. Das sei Sache des Disziplinarverfahrens, das er gegen sich beantragt habe. Von unserer Seite wird erklärt, daß das Disziplinarverfahren für den Rechts- und Verfassungsausschuß keine ausschlaggebende Bedeutung habe. Es werde aber alles versucht werden, das Disziplinarverfahren nach Kräften zu fördern. Herrn Seydel bleibe es unbenommen, gestellte Fragen unter Hinweis auf seine amtliche Stellung nicht zu beantworten. Keinesfalls werde sich der Ausschuß seine Haltung von ihm bestimmen lassen. Durch Abstimmung — gegen unsere Stimmen und die Schaumburgs — wird festgestellt, daß gemäß § 49 der Geschäftsordnung Herr Seydel als Magistratsvertreter anwesend sein könne!

Nunmehr stellt Schaumburg (SPD.) folgende Frage an Herrn Ritter: Dem Ausschuß ist bekannt geworden, daß vor der Zeit des Direktors Herzog keine Protokolle über die Art der Kreditgewähung geführt worden seien oder überhaupt nicht zu finden sind. Sind tatsächlich Protokolle geführt?

Ritter: Mir ist nicht bekannt, daß Protokolle geführt worden sind.

Seydel: Die Beschlüsse wurden sofort in den Kreditakten vermerkt, dann sind die Beschlüsse in irgendeiner Form niedergelegt worden. Nach dem November 1925 sind tatsächlich Protokolle geführt. Sie sind auch vorgelegt. Ein Protokoll ist gefunden worden, die anderen nicht. Auf meine Anordnungen sind Protokolle geführt.

Schaumburg: Nach Direktor Krebs sind die Aktenvermerke über Kredite mangelhaft gewesen. Die Sicherheiten wurden in besonderen Listen aufgeführt. Diese Listen fehlen. Wie sind dem Ausschuß die Sicherheiten vorgetragen worden?

Ritter: Die Kreditsuchenden wandten sich an Berger. Wir unterzeichneten die Gesuche mit „Angenommen“ oder „Abgelehnt“.

Schaumburg: Vor Kreditgewährung sind keine Auskünfte eingeholt worden, wie das banküblich und notwendig ist.

Ritter: Ich habe mich meist nach den Firmen gerichtet, welche mir auch oft bekannt waren. Danach habe ich mich nach der Art der Verwendung des Kredits entschieden.

Seydel bestreitet, daß keine Auskünfte über die Kreditsuchenden eingeholt seien. Seines Wissens sind zwei Auskunftsinstitute beschäftigt worden.

Genosse Kölz zu Ritter: In der Sitzung der Stadtverordneten am 8. Februar 1926 hat Bürgermeister Seydel als Vertreter des Magistrats erklärt, daß **„die Stadtbankkredite sämtlich gesichert und Verluste nicht einzutreten scheinen“.** Angesichts des katastrophalen Revisionsberichtes der Girozentrale hatten Sie als Stadtverordneter doch die Pflicht, diese Erklärung des Magistrats zurückzuweisen.

Ritter: Der Bericht ist mir nicht vorgelegt! Ich habe die Erklärung des Bürgermeisters Seydel wohl für schönfärberisch, aber nicht für falsch gehalten. Eine Anzahl von Ueberschreitungen war mir bekannt. Sie erschienen mir aber nicht als gefährdet. Die eigentliche Lage der Stadtbank habe ich erst von April bis Mai 1926 erfahren bezüglich der Höhe der Beträge.

Schaumburg: Warum haben Sie denn an den Bürgermeister geschrieben?

Ritter: Wir wollten einen zweiten Direktor haben.

Seydel: Wir haben uns um alle möglichen Kräfte bemüht, aber vergeben. (!) Berger hat uns immer das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Er ließ sich leicht überreden. Erst durch Direktor Herzog sind wir hinter die Schliche Bergers geraten. Nach vielen Schwierigkeiten klärte die Treuhandgesellschaft die Konten. Da stellte sich denn heraus, daß die Sicherheiten nicht in dem von Berger behaupteten Maße vorhanden waren. Der Bericht in der Stadtverordnetenversammlung ist nicht von mir aus unwahr gewesen. Wir sind in raffinierter Weise über die wahre Sachlage getäuscht worden.

Schaumburg: Nach der Revision vom November 1925 durfte unmöglich der Stadtverordnetenversamlung ein solch optimistischer Bericht gegeben werden. Berger mußte vielmehr sofort verschwinden.

Genosse Härtel: Herr Ritter hätte aber unbedingt von dem Revisionsberichte Kenntnis erhalten müssen!

Seydel: Natürlich hätte das geschehen können. Er habe den Bericht nicht für so wichtig gehalten. Berichte seien im allgemeinen scharf gehalten, weil der Revisor etwas finden muß.

Wegen vorgeschrittener Zeit wird keine weitere Fragestellung vorgenommen, da sich außerdem herausstellt, daß Herr Ritter als Nachfolger Manschewskys erst seit Mai 1925 dem Kreditausschuß angehört.

Zum Schluß stellt Rechtsanwalt Hirsch die unerhörte Behauptung auf,

es sei beschlossen worden, nur öffentliche Kommuniqués herauszugeben, nicht aber besondere Presseberichte.

Unter lebhaftem Protest unserer Vertreter beschließt der Ausschuß: Der Presse sind außer den Kommuniqués keine weiteren Mitteilungen zu machen. So stellt sich der bürgerliche Teil des Rechts- und Verfassungsausschusses die restlose, schonungslose, rücksichtslose Aufklärung der Oeffentlichkeit vor!!

*

Der offizielle „Bericht“

Der Rechts- und Verfassungsausschuß hat in der Sitzung vom 7. Oktober 1926 die Berichte des Bürgermeisters Seydel und des Mitglieds der Kreditkommission, Ritter, über die Geschäftsgebarung der Stadtbank entgegengenommen. Die Auskünfte wurden durch Erläuterungen auf Grund gestellter Fragen ergänzt. Es wurde beschlossen zum Zwecke möglichst rascher Klärung der Vorgänge an jedem Mittwoch eine Sitzung abzuhalten.

Haushalt-Ausschuß beschließt die Güterverpachtung

Nicht nachlassen im Protest!

Der Punkt 4 „Aufhebung der Eigenwirtschaft in den städtischen Landwirtschaftsbetrieben“ nahm einige Stunden in Anspruch, was sich aus der Bedeutung dieser Frage erklärt. Der Berichterstatter, Prof. Steinbrück, bezeichnete die städtischen Landwirtschaftsbetriebe als Verlustquelle, die verstopft werden müsse. Er schlägt deshalb vor, die Ländereien in größeren Parzellen zu verpachten. Die Begründung machte sich Herr Steinbrück sehr bequem. Die Betriebe seien durch die dauernden Außerpachtziehungen und die hohen Löhne der Arbeiter unrentabel. Flücht (SPD.) bezeichnet die Vorlage als leichtfertig und wider besseres Wissen aufgestellt. Keineswegs würden Gemeindearbeiterlöhne gezahlt. Stadtrat Fischer verteidigt die Vorlage des Magistrats. Die weitere Bewirtschaftung sei unmöglich. Die Arbeiter sind sofort nach der Uebernahme durch die Stadt mit Forderungen gekommen.

Genosse Kilian: Die Vorlage bricht mit allen Grundsätzen, die bisher aufgestellt worden sind. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, an irgendwelche Pächter zu verpachten, welche nur Gewinne in ihre eigenen Taschen, aber der Stadt keine Vorteile bringen. Die Pächter haben zu geringen Pachtpreisen jahrelang gepachtet. Deswegen wurden die Güter in städtische Regie genommen. Man muß der städtischen Landwirtschaft eine längere Zeit zur Entwicklung geben. **Die Regie hat versagt, weil man ihr nicht die nötigen städtischen Mittel zur Verfügung stellte, deren sie bedurfte.** Der Kuhstall gilt als Musterstall. Es hat aber immer an einer genügenden technischen Entwicklung der städtischen Güter gefehlt. Es muß eine Umstellung der Bewirtschaftung eintreten. Die Außerpachtziehungen lassen sich vermeiden. Nun kommt die Frage der Leitung. Man hätte die Anhänger der Eigenregie mit deren Ausführung beauftragen sollen. Was wird nun, wenn wir verpachten? Wir bekommen denselben Streit, den wir immer mit den Pächtern hatten. Dann müssen wir, ohne Ländereien zu haben, Gebäudeunterhaltung betreiben. Wer es ernst nimmt mit den politischen, wirtschaftlichen und moralischen Verhältnissen der Stadt, der muß die Vorlage ablehnen.

Festliche Tagung e. V.

In Halle findet zurzeit die Hauptversammlung des Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer e. V. statt. Sie wird fünf Tage lang durch eine „festliche Tagung“ gekennzeichnet. Kammermusikabend, Opernaufführung, Festvorstellung, Sinfoniekonzert, von den Kaffeetafeln nicht zu reden. Musiklehrerinnen aus allen Gauen Deutschlands kommen nach Halle geströmt, und gestern hat es begonnen.

*

Dies alles ist eine Sache des Bürgertums. Abgekapseltes Konzertpublikum reicht den „Ausübenden“ die Hand zum Bunde, Musik als Selbstzweck ist mit Konkurrenzbelangen untermischt, es gibt emsig durchschwatzte Pausen und angemalte Hingegebenheit während der Aufführungen. Das Finale des ersten Kammermusikabends riß die Zuhörer zu Tränen in den blauen Augen und zu Begeisterungsstürmen hin, denn da wurde aus dem Lande der Kindheit des Komponisten österreichisch-ungarische Programmusik gemacht, die so lange neckisch-lyrisch war, bis sie in verjetztem Imperialismus endete. Es war so recht als Anknüpfungspunkt für eine patriotische leicht amourös umwundene Festrede geschaffen, die nach dem Konzert auch gehalten wurde.

Ich habe sie nicht gehört.

*

Aber man wird schon von der beglückenden Abstraktheit der Kunst geredet haben, wird betonen, daß Musik über den Dingen steht und hervorheben, daß alle Kluft überbrückt wird durch die himmlische Gewalt der Töne. Man kennt das. Und deshalb muß man gerade bei solchen Gelegenheiten die Kluft aufreißen.

*

Und muß aussprechen, daß solche Tagungen den Massen der Werktätigen nicht das geringste zu sagen haben. Daß die Kunst, die dort betrieben wird, nichts als potenzierte Musik der guten Stube ist, deren Sinn weltfluchtartig unklar wird. Diese aufgeplusterte Lebendigkeit trägt ihren Zerfall in sich. Man braucht ja nur zu beobachten, wie man sich dort gegenseitig be-applaudiert, sich wichtig nimmt und sich Nekrologe bei lebendigem Leibe andichtet.

Trotzki schrieb einmal nach dem Tode eines jungen Dichters: „Wir werden uns nicht nur das Brot, sondern auch wieder die Lyrik erkämpfen.“ Wir werden uns auch die Musik erkämpfen.

Olf.

Was deutsche Arbeiter in Rußland sahen

Soeben bringt die neue Nummer der „Arbeiter-Illustrierten Zeitung“ (Nr. 19 Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW. 7) schönes Bildmaterial über die 2. Arbeiterdelegation, die soeben aus der U.d.S.S.R. zurückkehrte. Wir sehen die Gesamtansicht des Nadeschdinsk-Werkes im mittleren Ural und die riesigen Putilow-Werke in Leningrad, charakteristische Volkstypen aus dem Ural, sowie den begeisterten Empfang der Arbeiter-Delegation in Leningrad und bei ihrer Rückkehr in Hamburg. Durch treffliches Bildmaterial charakterisiert wird die Einkreisungspolitik, die englisches Gold, französische Waffen und polnische Soldaten gegen Rußland treiben. Hannover, die Stadt Hindenburgs, Leinerts, Noskes, des Lessingskandals und der Typhusepidemie, sowie die Wirbelsturmkatastrophe in Florida, die große Brandkatastrophe in einer tschechischen Flachsspinnerei in Garbersdorf bei Trautenau, das neue Amsterdam, Spiel und Sport, Kunst, Bühne, Film, Neues aus aller Welt, sowie Schach- und Rätsel- und Humor-Ecke und die Fortsetzung des spannenden Romans „M.G. 2 gestohlen“ von Peter Cabanis geben dem Heft wiederum seinen Gehalt. Das Heft ist zum Preise von 20 Pfg. bei allen Kolporteuren, sowie in unseren Buchhandlungen zu haben.

„Der Rote Helfer“ ist erschienen!

Dem Polizeikongreß ist die Oktober-Nummer des „Roten Helfer“ gewidmet. In ausführlichen Artikeln wird auf die Tagesordnung des 3. Internationalen Polizeikongresses eingegangen und dargelegt, daß man durch Internationalisierung des Polizeiwesens beabsichtige, die bestehenden Auslieferungsverträge zu umgehen, und das in einer Reihe von Ländern gesetzlich garantierte Asylrecht politischer Flüchtlinge zu kassieren.

Egon Erwin Kisch schildert in einem Artikel „Wer weiter geht, wird erschossen“ das Gesicht der Polizei. Günther Hopfe brandmarkt in einem ausführlichen Artikel das Spitzelwesen und die Provokationsmethoden der Polizei als Waffe der herrschenden Klasse im Kampfe gegen die Arbeiterklasse. In einem weiteren Artikel wird, gestützt auf internationales Material, nachgewiesen, daß die Polizei immer mehr und mehr ihrer eigentlichen Aufgabe entfremdet und skrupel- und schamlos zu einem offenen Unterdrückungsinstrument sich entwickelt hat.

Dem Andenken Pavel Tkatschenko, den die Siguranzabestien ermordet haben, ist ein Artikel Dobrogeanus gewidmet.

In dem bürgerlichen Pariser Blatt „Paris-Soir“ hatte der bürgerliche Journalist Bernard Lecache eine Reihe Artikel über das Polen Pilsudskis veröffentlicht. Die Oktobernummer des „Roten Helfer“ veröffentlicht einen Artikel Lecaches „Lockspitzel“ vom 30. August 1926. Die Amnestie-Kampagne in Polen schildert ein weiterer Artikel. Das Schicksal Saccos und Vanzettis, der Kampf um ihre Freilassung wird in einem weiteren Artikel geschildert. Ausführliches Material über die Meuterei auf dem französischen Kriegsschiff „Metz“ veröffentlicht zum erstenmal diese Nummer, die 24 Seiten umfaßt und für 10 Pfg. überall erhältlich ist.

Theater und Konzerte

Stadttheater. Sonntag den 10. Oktober, vormittags 11 Uhr, findet anläßlich der festlichen Tagung des Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer ein Sinfoniekonzert statt unter Leitung von Generalmusikdirektor Band und Mitwirkung von Kammersänger Prof. Albert Fischer (Berlin) sowie von Julius Weismann (Freiburg). Zum Vortrag gelangen die Orchesterwerke „In memoriam“ von Robert Rehan (Uraufführung), Variationen über ein lustiges Thema von Georg Schumann, ferner das Klavierkonzert B-Dur von Julius Weismann und die Buß- und Betlieder von E. v. Reznicek. Sämtliche Komponisten wohnen dem Konzert bei.

Am Sonnabend findet zur Feier der Eröffnung des Stadttheaters vor 40 Jahren die Erstaufführung von Hugo von Hofmannsthals „Das große Welttheater“ mit der Musik von Einar Nilsen statt. Die Hauptrollen spielen die Damen: Dülfer, Grether, Johow, Sessing, Wagner und die Herren Durra, Günzel, Haller, Helmke, Hensel, Raupach, von Weber, Winds. Regie: Intendant Dietrich. Voraus geht die Uraufführung des „Sinfonischen Prologs“ von Eduard Behm mit dem Stadttheaterorchester unter Leitung von Generalmusikdirektor Band. Beide Vorstellungen beginnen um 8 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261008-16/fragment/page=0009

Die Vorlage wird schließlich mit 10 zu 9 Stimmen angenommen.

Aus der sonstigen Tagesordnung ist noch zu erwähnen: Ausbau des Stadions, welches jetzt als Kampfbahn, Schwimmbahn und Licht-, Luft- und Sonnenbad ausgebaut werden soll. Es sind rund 500 000 Mk. erforderlich. Die Vorlage wird angenommen. Zu Punkt 8 nimmt der Ausschuß von der Erklärung des Magistrats Kenntnis, daß die Arbeiter bei der Gartenverwaltung im Winter weiterbeschäftigt werden. Punkt 7: Antrag betr. Ausbau der Giebichensteiner Schule wird angenommen, ferner folgender Antrag der Kommunisten:

1. In den Haushaltsplan für 1927 und 1928 sind mindestens je 500 000 Mark zur Auffüllung des Schulhausbaufonds einzusetzen, damit die Mittel für die beiden dringend notwendigen neuen Volksschulgebäude zur Verfügung stehen.

2. Von den beiden Schulsystemen wird eins 1927 begonnen; es soll im Norden der Stadt errichtet werden und zugleich als Schule für Trotha dienen. Das zweite Schulsystem wird 1928 begonnen, es soll im Südosten an der neuen Siedlung entstehen.

*

Der Grundeigentums-Ausschuß hat sich gestern ebenfalls mit der Aufhebung der Eigenwirtschaft in den städtischen Landwirtschaftsbetrieben beschäftigt. Begründung die gleiche wie im Haushalt. Von unserer Seite wurde gefordert, dem seinerzeit gefaßten Beschluß der Stadtverordnetenversammlung endlich nachzukommen, **nach welchem der Etat der städtischen Landwirtschaft vorgelegt werden soll.** Auch Stadtverordneter Plönnigs beklagte sich darüber, daß der Dezernent, Stadtrat Fischer, einem vor einiger Zeit geäußerten Wunsche des Ausschusses nicht Rechnung getragen habe, der dahin ging, **das Gut Reideburg persönlich zu besichtigen,** dann erst könne man sich ein richtiges Bild von diesem Betriebe machen und sich entscheiden. Das hinderte ihn jedoch nicht, gegen einen von uns gestellten Vertagungsantrag zu stimmen. Trotzdem mußte demselben stattgegeben werden, da der Völkische mit der Linken stimmte. — Darob bestürzte Gesichter; will doch Herr Fischer am Montag eine Durchpeitschung der Vorlage und damit Erreichung seiner reaktionären Pläne erlangen. Am Montag vor der Stadtverordnetensitzung soll nach eine Beratung des Ausschusses erfolgen.

Der Wochenmarkt

hat nach wie vor unter der geringen Kaufkraft breitester Massen zu leiden. Die Preise sind hoch und die Löhne und Gehälter im Gegensatz hierzu so niedrig, daß die Hausfrau im Rechnen sehr gewandt sein muß, will sie nicht schon vor dem Ultimo vor dem leeren Brotschrank stehen. Auch eine Markthalle würde auf die Preisgestaltung wenig oder gar keinen Einfluß haben. Trotzdem ist sie für Halle ein dringendes Bedürfnis, da die Kleinhändler durch sie in der Lage wären, ihre Waren richtig zu lagern, ein Vorteil, der auch dem kaufenden Publikum zugute kommt.

Die Durchschnittspreise sind folgende: Rotkohl pro Pfund 10 Pfennig, Weißkohl 5 Pfennig, Wirsing 8 Pfennig und Blumenkohl 25, 30 und mehr Pfennig für den Kopf. Mohrrüben werden mit 20 Pfennig für drei Pfund, Kohlrüben das Pfund mit 10 Pfennig verkauft. Für Spinat hat man 8 bis 10 Pfennig zu bezahlen und für 15 Pfennig erhält man zwei Pfund Zwiebeln. Die Preise für Obst, besonders für Birnen und Aepfel sind ganz verschieden und richten sich nach der Qualität der Ware. Auffallend ist der große Preisunterschied für Eier. An einigen Stellen kann man frische Eier schon für 12 Pfennig erstehen, während man an anderen Stellen wieder

18 Pfennig für ein Ei

zu zahlen hat. Womit begründet man diese Differenz? — Gibt es etwa auch „herrschaftliche Hühner", die „Höhensonne" genießen und dafür nur „Eier erster Klasse" zum entsprechenden Preise legen?

Die Fleischerstände wirken, als habe man um sie eine „Bannmeile" gelegt. An den Sonnabend-Markttagen tritt die Leere nicht so kraß in Erscheinung, aber mitten in der Woche können es sich nur ganz wenige Hausfrauen leisten, ein halbes Pfund Fleisch oder ein Pfund Knochen zu kaufen. „Es geht auch so" ist die Devise der ewig Stupiden. Die Preise sind hier im wesentlichen dieselben, wie in den Stadtgeschäften. Es gibt auch Wildbret und Geflügel. Zum Beispiel Hasen, pro Pfund von 1,60 Mk. an, Mastgänse ab 1,50 Mk. aufwärts pro Pfund und Hirschfleisch kostet pro Pfund 80 Pfennig. Das teuerste Leben aber scheint der Aal zu haben. Man muß für jedes Pfund 2,50 Mk. bezahlen.

Ja, Prolet, da staunst Du! — Du möchtest sicher auch gern einmal wissen, wie so ein Aal schmeckt. Zwei Möglichkeiten gibt es zur Erlangung eines so kostbaren Tieres. Du mußt einmal jede Woche 20 Pfennig zurücklegen, dann kannst Du Dir etwa nach einem Vierteljahr einmal Aal kaufen, aber nicht etwa einen ganzen, sondern nur ein Pfund, oder aber Du mußt Dich mit Deiner ganzen Kraft für den Sturz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung einsetzen. Allerdings wird sich das jetzt herrschende System nicht innerhalb eines Vierteljahres zertrümmern lassen, aber dafür würdest Du entschädigt, indem die Preis- und Lohngestaltung unter einer Regierung der werktätigen Bevölkerung Dir sicher die Möglichkeit geben würde, auch öfters einmal einen Leckerbissen zu erstehen, der heute nur für das Ausbeutergesindel bestimmt ist. Vergiß aber nicht, daß es sich letzten Endes nicht nur um den Aal handelt, dann dürfte Dir auch die Wahl nicht schwer fallen.

Einsicht in die Personalakten

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt den folgenden Beschluß des Preußischen Staatsministeriums mit:

Artikel 129 Abs. 3 Satz 3 der Reichsverfassung schreibt vor, daß dem Beamten Einsicht in seine Personalnachweise zu gewähren ist. Unbeschadet des Beschlusses des Staatsministeriums vom 22. Sept. 1920, ist bei der Anwendung dieser Vorschrift nach folgenden Richtlinien zu verfahren:

Berechtigt zur Einsicht in die Personalnachweise (Personalakten) sind auf ihr Verlangen die aktiven Beamten (Lehrer), auch soweit sie vorläufig ihres Amtes enthoben oder einstweilig in den Ruhestand versetzt sind. Die Vorschriften über die Einsicht in ein Disziplinarverfahren betreffende Schriftstücke bleiben unberührt. Soweit ausgeschiedene Beamte ein berechtigtes Interesse dartun und dienstliche Interessen nicht entgegenstehen, soll auch ihnen die Einsicht in ihre Personalnachweise (Personalakten) gestattet werden. Der Antrag auf Gestattung der Einsicht ist auf dem Dienstwege an den Vorstand der Behörde zu richten, bei der die Personalakten geführt werden.

Der Beamte darf das Recht auf Einsicht in seine Personalakten grundsätzlich nur persönlich ausüben. Ist der Beamte durch besondere Verhältnisse an der persönlichen Ausübung verhindert, so kann der Vorstand der Behörde ausnahmsweise die Einsicht auch einem Vertreter gestatten, der seine Vertretungsmacht nachweist.

Die Personalakten sind bei der Behörde einzusehen, bei der sie geführt werden. Liegen besondere Gründe vor, so kann der Vorstand der Behörde die Einsicht bei einer anderen Behörde gestatten.

Die Personalakten sind bei der Behörde unter Aufsicht eines von ihr mit der Vorlegung beauftragten Beamten während der Dienststunden einzusehen.

Bei der Einsichtnahme soll dem Beamten eine Aufzeichnung über den Inhalt der Akten oder die Anfertigung von Abschriften einzelner Schriftstücke nicht verwehrt werden. Stehen der Einsichtnahme erhebliche Schwierigkeiten entgegen, so soll einem Antrage auf Erteilung von Abschriften gegen Erstattung der Schreibgebühren insoweit tunlichst entsprochen werden, als es sich um Abschriften von einzelnen, bestimmt zu bezeichnenden Schriftstücken handelt.

Die Einsicht darf nicht zu einer Beeinträchtigung des Dienstbetriebes oder des Geschäftsganges führen.

Der Beamte darf von der Kenntnis, die er durch die Einsicht in seine Personalakten oder durch die ihm überlassenen Abschriften erlangte, nur insoweit Gebrauch machen, als es zur Wahrung seiner eigenen Interessen notwendig ist. Die Vorschriften über die Wahrung des Amtsgeheimnisses bleiben unberührt. Das gleiche gilt für ausgeschiedene Beamte, denen die Einsicht in ihre Personalakten gestattet wird.

Für unsere kämpfenden Brüder in England

Trotz fünfmonatlicher Sammlungen immer neue Beweise proletarischer Hilfsbereitschaft.

Bei dem Landesausschuß wurden in den letzten Tagen u. a. folgende Beträge für die streikenden englischen Bergarbeiter abgegeben:

Ortsgruppe Großkörner	Mk. 23,75
Belegschaft der Fa. Herbst u. Co., Halle	Mk. 23,—
Belegschaft Chemische Fabrik Buckau	Mk. 54,65
Von Redaktion „Klassenkampf" und Geschäftsleitung der Produktiv-Genossenschaft	Mk. 217,—
Technisches Personal der Prod.-Genossensch. Halle	Mk. 132,—
Kaufmänn. Personal der Prod.-Genossensch. Halle	Mk. 54,—
Verband der Töpfer, Zahlstelle Halle	Mk. 50,—
Verband der Steinarbeiter, Zahlstelle Halle	Mk. 250,—
Delegierten der KPD. vom Städtetag Halberstadt	Mk. 104,—

Wenn die englischen Bergarbeiter trotz unbeschreiblicher Not den Kampf fortsetzen, so muß die Arbeiterschaft mit derselben Ausdauer ihre proletarische Hilfsbereitschaft beweisen.

Darum sammelt auf die Listen der IAH.

Wichtige öffentliche Versammlung für alle hallischen Leuna-Arbeiter

Am Sonntag, dem 10. Oktober, findet im „Volkspark" zu Halle eine große öffentliche Leunaarbeiterversammlung statt. Es wird über die wirtschaftliche Lage und die Lohnfrage in der Chemischen Industrie gesprochen. Die Versammlung wird vom Metall- und vom Industriearbeiterverband einberufen.

Hallische Tageschronik

Die Zentralbibliothek Halle erfreute sich auch im letzten Vierteljahr (Juli/September) eines regen Besuches. Nachdem der AKV. die Mitgliedschaft bei der Lesegemeinschaft erworben hat, haben auch die Mitglieder des Allgemeinen Konsum-Vereins das Benutzungsrecht. Durch Aushang von Plakaten in den Verkaufsstellen ist darauf hingewiesen. Die Benutzung der Bibliothek war gegen das Vorjahr eine stärkere. Neuanmeldungen von Lesern wurden 42 gezählt. Von 2811 Besuchern wurden 2747 Bücher entliehen. 1925 waren es 1998 Besucher und 1901 Bücher, in diesem Jahre also 813 Besucher und 846 Bücherentleihungen mehr. Die einzelnen Wissensgebiete wurden auch entsprechend mehr benutzt. Hauptsächlich die Abteilungen A (Parteiliteratur) B (Geschichte) und C (Naturwissenschaften) wurden stärker verlangt. Durch Ausbau der einzelnen Abteilungen und Einstellung auch der neuesten Werke, hat es die Lesegemeinschaft verstanden, nicht nur den alten Stamm der Leser zu halten, sondern auch immer neue Leser zu gewinnen. Wenn erst wieder alle Gewerkschaften einen regelmäßigen Beitrag an die Lesegemeinschaft leisten, wird es möglich sein, auch wieder für den Süden eine Ausgabestelle einzurichten, um damit einem dringenden Bedürfnis Rechnung zu tragen.

Die Leihegebühr beträgt monatlich 10 Pf. ohne Rücksicht darauf, wieviel Bücher entliehen werden.

Arbeitsinvaliden, aufgepaßt! Am Sonntagvormittag 9 Uhr findet im großen Saal des „Volksparks" eine öffentliche Versammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden, Ortsgruppe Halle, Geschäftsstelle Martinschule, Zimmer 5, statt, die sich mit den brennenden Fragen der Erhöhung der Sozialrente befaßt. Das Fürsorgeamt der Stadt Halle hat wichtige Veränderungen getroffen, die mit den Sozialrentnern besprochen werden müssen. Alle Sozial-, Unfall- und Knappschaftsrentner sowie Erwerbsbeschränkte und Erwerbsunfähige müssen erscheinen, damit der Oeffentlichkeit gezeigt wird, daß die Arbeitsinvaliden gewillt sind, ihre Rechte dem Staate gegenüber zu verteidigen. Die Vorstandsmitglieder treffen sich bereits vormittags 8 Uhr. — Bei der Unsicherheit in Rechtsangelegenheiten werden die Sozialrentner darauf hingewiesen, daß die Rechtsbeehrung nach wie vor jeden Mittwoch, von vormittags 10 bis 1 Uhr, in der Martinschule, Zimmer 5, erteilt wird. Schriftsätze werden kostenfrei angefertigt.

Wieder ein Selbstmord. Am 6. Oktober gegen 7,30 Uhr nachmittags verübte ein 26jähriger Mann in seiner Wohnung Selbstmord durch Erhängen. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt. (!)

Wie man die Ehescheidungen verringern will. Der Amtli Preußische Pressedienst schreibt: Aus seelsorgerischen Kreisen wi darüber Klage geführt, daß die Benachrichtigung von Sühneter nen in Ehesachen zum Teil unterbleibt, zum Teil nicht so zei erfolgt, daß eine Einwirkung des Seelsorgers auf die Parteien n vor dem Sühnetermin möglich ist. Der Justizminister bringt da die durch die allgemeinen Verfügungen und Rundverfügung empfohlene Benachrichtigung des zuständigen Seelsorgers v der Anberaumung eines Sühnetermins in Ehesachen evangelisch katholischer und jüdischer Parteien in Erinnerung. — Viel V gnügen!

Das Mitglied des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verban Frau O. Meydenbauer hier, Ludwig Wuchererstr. 60 I, ka am 9. ds. Mts. auf eine 40jährige Tätigkeit am hiesigen Sta theater zurückblicken, nachdem sie schon vorher am alten Thea unter der Direktion Gumtau tätig war.

Einbruchsdiebstahl. Am 6. Oktober, früh gegen 5 Uhr, wur mehrere Männer dabei überrascht, als sie in den Garten eines der Leipziger Chaussee, Nähe des „Leuchtturms", stehenden La hauses eingedrungen waren. Auf einen dazukommenden Wäch wurde, ohne zu treffen, ein Schuß abgegeben, der auch von d Wächter mehrmals erwidert worden ist. Infolge des dichten N bels gelang es den Tätern, zu entkommen. Als einziges Diebesg haben sie einen kleinen, gut erhaltenen, vierrädrigen Ziegenb kinderwagen, in Form eines Jagdwagens mit Kutscherbock und d hinter befindlichem Quersitz, ungestrichen, auf Naturholz lacki mitgenommen.

Glühende Asche. Am 6. Oktober gegen 11,45 Uhr nachts wu die Feuerwehr nach einem Grundstück auf dem Steinweg geruf wo auf einem Hofe Kohlen und Holzkisten durch glühende Asche Brand geraten waren. Nach halbstündiger Tätigkeit konnte Feuerwehr wieder abrücken.

Schlägereien. In der Nacht vom 6. zum 7. Oktober ereignet sich mehrere Schlägereien, wobei ein Mann leicht, ein ande schwer verletzt wurde, so daß er ärztliche Behandlung in Anspr nehmen mußte. Mehrere beteiligte Personen wurden zwecks P sonalienfeststellung der Polizeiwache zugeführt.

Verkehrsunfälle. Am 6. Oktober gegen 3,15 Uhr nachmitta wurde in der Gr. Branhausstraße ein 58jähriger Invalide v einem Geschäftskraftwagen angefahren und zu Boden gewor wobei er eine Verstauchung des linken Fußes davontrug. — A 6. Oktober gegen 2 Uhr nachmittags erfolgte in der Reilstraße Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem L fuhrwerk, wobei beide Fahrzeuge beschädigt wurden. Der durch d Anprall vom Wagen geschleuderte Kutscher erlitt Quetschungen Bein und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Ein P trug gleichfalls leichte Verletzungen davon. — Am 6. Oktober gen 4,10 Uhr nachmittags stieß an der Ecke Bernburger—Lud Wuchererstraße ein Personenkraftwagen mit einem Straßenba wagen zusammen, wobei ersterer leicht beschädigt wurde. Perso kamen nicht zu Schaden. — Am 6. Oktober gegen 4,15 Uhr na mittags erfolgte an der Ecke Alte Promenade—Kl. Ulrichstraße Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen und einem Radf rer, wobei das Fahrrad erheblich beschädigt wurde. Verletzt wu niemand.

Die hallischen Lebenshaltungs-Indexziffern, berechnet v Statistischen Amt der Stadt Halle, sind nach dem Stande v 6. Oktober 1926 gegenüber der Vorwoche unverändert. (Gesa index 1,36.)

Zellengruppe 11. Zellengruppenleitungssitzung. Am Mont dem 11. Oktober, abends 8 Uhr im bekannten Lokal. Polleiter Betriebs- und Straßenzellen müssen unbedingt erscheinen.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arb Unsere Mitgliederversammlung kann Umstände halber nicht Sonnabend stattfinden. Tag wird noch bekanntgegeben.

Lettin

Schwerer Unfall. Ein Knabe, der mit zwei ande Spielgenossen den Anhängewagen eines Geschirres bestiegen ha fiel herunter und mit dem Kopf an die Räder. Er hat sch Verletzungen am Kopf davongetragen.

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Jugendgenossen! Am Freitag, dem 8. Oktober, abends 8 U findet in der Jugendherberge (Weingärten) unsere Gener versammlung statt, wozu jedes Mitglied erscheinen m Mitgliedskarten berechtigen zum Eintritt.

Neues aus aller Welt

Die Beherrschung des Luftmeeres

Der mitteldeutsche Zentralflughafen

Der Reichsverkehrsminister hat nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt" aus Leipzig eine Unterstützung des Leipziger Flughafenprojektes abgelehnt und sich für Schkeuditz in der Provinz Sachsen als mitteldeutschen Zentralflughafen entschieden.

Winterflugbetrieb der Deutschen Lufthansa — Herabsetzung der Preise

Der Winterflugplan 1926/27 der Deutschen Lufthansa ist in diesen Tagen zur Ausgabe gelangt und hat Gültigkeit vom 16. Okt. 1926 bis 16. April 1927. Insgesamt werden von 50 bisher betriebenen Strecken 30, darunter die großen internationalen, während des Winters aufrechterhalten. Eine erhebliche Flugpreisermäßigung auf allen Lufthansastrecken, teilweise bis zu 30 Prozent, dürfte dem Luftverkehr viele neue Anhänger bringen. So beträgt z. B. der Flugpreis Königsberg—Berlin nur 65 Mk. gegenüber dem bisherigen Preise von 90 Mk., auf der Strecke München—Berlin sind die Preisverhältnisse 75 Mark gegenüber 105 Mark, auf der Strecke Berlin—Dresden 25 Mark gegenüber 35 Mark.

Luftpost nach Rußland

Die Luftpost Königsberg (Pr.)—Kowno—Smolensk—Moskau verkehrt bis 30. Okt. einschl. werktäglich ab Königsberg (Pr.) 6.30, an Kowno 8.00, an Smolensk 1.00, an Moskau 4.30. Anschluß von Berlin durch D 7, ab Berlin Schles. Bhf. tags vorher 7.12, an Königsberg (Pr.) 5.35. Die Nachtluftpost Berlin—Königsberg (Pr.), ab Berlin 1.00 verkehrt nicht mehr.

Zeitungsente

Die Meldung, daß die Junkers-Werke mit dem Bau eines 100-Personen-Flugzeuges begonnen hätten, wird von unterrichteter Seite als völlig unzutreffend bezeichnet. Tatsache ist lediglich, daß seit zwei Jahren Pläne für eine derartige Neukonstruktion bestehen.

*

Auch wenn man als Prolet nur über den Lattenzaun eines Flugplatzes blicken darf und die blanken Aluminiumboote der Lufthansa nur „kommen" und „gehen" sieht, ohne selbst darin in das Reich der Lüfte zu steigen, muß man doch seine helle Freude an dieser schnellen Entwicklung der Beherrschung des Luftmeeres haben.

„Mutti, warum fahren wir denn nicht auch mit," hörte ich neulich einen kleinen Proletensohn am Startplatz ausrufen. Und beruhigend erwiderte die Mutter: „Ach, da fällt man herunter und ist mausetot."

Die Mutter hat falsch geantwortet. Man fährt heute mit den Junker-Schwänen genau so sicher wie mit dem eisernen Dampfpferd. Ja, man fährt schneller, ungestörter und prächtiger. Man fällt eben nicht mehr herunter. Das muß man begreifen!

Und noch etwas! Man fällt auch nicht herunter, we man kein Geld zum Fliegen hat. Das mußte die Mu sagen: Fahren können nur die Reichen. Weil Dein Va den ganzen Tag für sie arbeitet, können sie sich diesen Lu leisten. Erst, wenn Dein Vater nur für uns arbeiten wi erst in der kommunistischen Gesellschaft, wird das Reich d Lüfte allen Menschen, und nicht nur einer Klasse, zugängl sein . . .

Blutschande und Kindesmord.

Vor dem Schwurgericht in Weimar hatte sich die 16jähr Arbeiterin Margarete Peisker aus Apolda wegen Kinde mordes zu verantworten. Dem heutigen Prozeß war eine V handlung vor dem Schöffengericht in Apolda wegen Blutschan vorausgegangen, in der die Angeklagte und ihr Bruder zu z bzw. einem Monat Gefängnis verurteilt wurden. Die Folge sträflichen Verkehrs war, daß die Peisker heimlich ein Kind geb das sie umkommen ließ. Das Gericht verurteilte sie zu z Jahren und eine Woche Gefängnis unter Einrechnung der we Blutschande verhängten Strafe. — Das soziale Elend kann nur Ursache zu dieser Verwahrlosung sein. Für dieses Elend darf Mädchen zwei lange Jahre ins Gefängnis. Und wenn sie hera kommt — aus der Hochschule für Verwahrlosung — wird ihr da geholfen sein? Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann ü laßt Ihr ihn der Pein.

Das Urteil gegen die Witwe des Professors Schnabel

Frau Hessolde Schnabel, geb. Gräfin Leining Witwe des Professors Schnabel in Potsdam, die wegen Te mentsfälschung zu ihren Gunsten angeklagt war, wurde in geßtrigen Verhandlung der schweren Urkundenfälschung schuldig sprochen und zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Erdsenkungen in einer sächsischen Stadt

Wie gemeldet wird, sind in Lommatzsch durch den Einst von unterirdischen Gängen große Erdsenkungen eingetreten. der Hauptstraße hat sich ein Loch von 10 Meter Tiefe bildet. Allenthalben zeigen sich an den Häusern breite Risse. T weise sind die Grundmauern geborsten und manche Vorderfron der Häuser drohen einzustürzen. Mehrere Häuser mußten von Bewohnern geräumt werden.

Der Storch bei der Hebamme

Vor einigen Wochen, offenbar bei der Reise nach dem Sü flog in Zeckritz ein Storch gegen die Starkstromleitung, wobei sich verletzte. Das Tier wurde von einem Tischlermeister in Pf genommen, und jetzt ist jeden Morgen zu beobachten, wie der za gewordene Storch von dem Tischlermeister an den Dorfteich gef wird. Wie ein Haustier folgt dieser seinem Herrn, und er sch sich ganz wohl zu fühlen. Interessant ist noch, daß die Ehefrau **Meisters den Beruf einer Hebamme ausführt.** Sollte der St **das gewußt haben?**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261008-16/fragment/page=0010

Aus der Provinz

Gottlieb Schulze

hat uns versprochen, ab morgen wieder jeden Sonnabend einen Arbeiterbrief an den „Klassenkampf" zu schreiben. Wir werden diese Briefe gern veröffentlichen, denn wir wissen, daß Gottlieb immer etwas zu sagen hat, was Herz und Gemüt erfreut und zu neuer Arbeit für die Arbeiterbewegung anspornt. Es war uns nicht leicht, von Gottlieb dieses Versprechen zu erlangen, denn er sitzt bis über die Ohren in der Arbeit. Er läuft mit Betriebs- und Straßenlisten, Adreß- und sonstigen Merkbüchern von einem Genossen zum anderen und gibt jedem zehn Namen von Sympathisierenden, von denen dieser Genosse in der kommenden Werbewoche mindestens fünf zu Lesern des „Klassenkampf" und drei zu organisierten Kommunisten machen soll. Gottlieb hat sich selbst ab Sonntag für jeden Tag zehn Kollegen zur Bearbeitung ausgesucht, da könnt Ihr Euch denken, daß er tüchtig zu tun hat. Nun, seine Arbeiterbriefe will er trotzdem wieder schreiben, und das ist für uns die Hauptsache. Morgen erscheint an dieser Stelle der erste.

Großer Frauenüberschuß in der Provinz Sachsen

Kriegsfolgen — Die Frau als Konkurrentin des Mannes — Politisiert die Frauen!

Wie im Deutschen Reich, so hat der Weltkrieg auch in der Provinz Sachsen auf die Bevölkerungsverhältnisse tief eingewirkt. Die letzten Volkszählungen ergaben folgenden Bevölkerungsstand:

1910	3 089 275 Einwohner
1919	3 129 193 Einwohner
1925	**3 282 767 Einwohner**

Auf die neun Jahre 1910 bis 1919 entfällt demnach nur eine Zunahme von rund 39 000 oder 1,29 v. H., dagegen auf die sechs Jahre nach dem Kriege ein Mehr von 153 600 oder 4,91 v. H., denn die erste Periode umfaßt die 4½ Kriegsjahre. Wie verheerend ihr Einfluß in Wahrheit gewesen ist, lehrt die vollständige Verschiebung im Verhältnis der Geschlechter. Es waren nämlich vorhanden:

	männliche	Weibliche
1910	1 519 256	1 570 019
1919	1 502 507	1 626 686
1925	1 585 082	1 697 685

In den gesamten 15 Jahren hat die Zahl der männlichen nur um 65 800 zugenommen, d. i. 4,33 v. H., aber die der weiblichen um 147 666 oder um 8,13 v. H. Schon 1910 hat die Provinz Sachsen ein Frauenplus von 50 763, 1919, also unmittelbar nach dem Kriege, dagegen von 124 179, und 1925 noch von 112 603. Auf je 1000 Männer kamen 1910 1033, 1919 1083, 1925 1071 Frauen.

Die Zahlen für 1925 zeigen also, daß das ungeheure Frauenplus von 1919, verursacht durch die männlichen Kriegsopfer, in einer deutlichen Rückbildung begriffen ist. Diese eigentümliche Erscheinung, daß die Natur nach dem Kriege die Tendenz hat, die Mannesopfer wieder einzuhalten, deckt sich mit den Erfahrungen im Reich. In Deutschland wurden in dem letzten sechsjährigen Zählraum 300 000 Knaben mehr als Mädchen geboren. Das sind über 30 000 Knaben mehr, als zu erwarten waren, wenn man das Vorkriegsverhältnis zugrunde legt, wo auf 1000 Mädchen immer 1061 Knaben geboren wurden; im letzten Zählraum war die Knabenziffer 1078. In den genannten sechs Jahren betrug der Geburtenüberschuß über die Sterbefälle im Reich rund 1 760 000 beim männlichen, 1 490 000 beim weiblichen Geschlecht, also ein Mehr zugunsten des männlichen Geschlechts von 270 000. So wird sich der Männerverlust allmählich wieder auffüllen.

Dieser größere Ueberschuß an Frauen gegen die Vorkriegsjahre scheint sich auf dem jetzigen Arbeitsmarkt zum Nachteil der Männer auszuwirken. Es ist eine Tatsache, daß die Frau als aktiver Konkurrent des Mannes in sehr vielen Berufen auftritt. Die Unternehmer bevorzugen sehr oft die Frauen, weil sie billiger arbeiten als die Männer. Daß sich dieser Frauenüberschuß auch auf die Eheschließungen wie auf andere mit der Bevölkerungspolitik zusammenhängende Erscheinungen auswirkt, kann hier nicht untersucht werden. Für uns kommt es nur noch darauf an, aus dem scheinbaren Konkurrenzkampf zwischen Frau und Mann für die Arbeiterschaft die richtigen Schlüsse zu ziehen. Das Bürgertum benutzt diesen Gegensatz, um zwischen den verschiedenen erwerbstätigen Geschlechtern auch durch die Lohnpolitik eine Kluft aufzureißen. Wir glauben aber, daß es gerade wegen der gemeinsamen Tätigkeit in Fabrik und Werkstatt, in Laden und Kontor notwendig ist, daß Frau und Mann zusammenstehen in einer geschlossenen gewerkschaftlichen Front gegen den gemeinsamen Ausbeuter.

Die Initiative zu diesem Zusammenschluß wird meist bei den männlichen Kollegen liegen müssen. Es ist leider richtig, daß den Frauen die politische Meinungsfreiheit und noch manches andere Recht erkämpft worden ist, ohne daß sie immer wissen, was sie damit anfangen sollen. Bei jeder Wahl muß immer wieder festgestellt werden, daß die Mehrzahl der Frauen ihre Stimmen für die Reaktion abgegeben hat. Das muß und kann sehr leicht anders werden, wenn die Arbeiter selbst ihre Meinung über den Wert der Frau als Kampfgenossin ändern. Wir müssen Schluß machen mit der in Arbeiterkreisen noch sehr häufigen Ansicht, als habe die Frau mit den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen nichts zu tun. Ob die Frau nun Mutter oder berufstätig ist, in jedem Falle steht sie in ständiger Berührung, in ständigem Kampfe mit den Auswirkungen der gegebenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Mann muß helfen, die Frau zu seinem Kampfgenossen zu machen. Das ist eine der Lehren, die auch wieder aus dieser Bevölkerungsstatistik entspringt.

Freimarken zu 15 und 25 Pfennig. Laut Mitteilung des Reichspostministeriums wird mit der Lieferung der neuen Freimarken zu 15 und 25 Pfennig voraussichtlich im Laufe des Oktober und November begonnen werden.

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Internationale Arbeiter-Hilfe. Heute, Freitag, abends ½8 Uhr, findet im Vorraum der früheren Freibank die Mitgliederversammlung der JAH. bestimmt statt. Genosse Höcker, Halle, wird über die wichtigsten Aufgaben der Gegenwart unserer Organisation referieren. Auch Nichtmitglieder, Männer und Frauen, sind hiermit eingeladen.

Merseburg. Hinweis. Es wird darauf hingewiesen, daß das Betreten des Kliabettes und des Kliatales vom Gotthardistor bis zum Klausentor Unbefugten verboten ist. Ebenso ist es verboten, das Kliabett und das Kliatal durch Einwerfen von Steinen, Schutt, Müll, Asche und ähnlichen Unrat zu verunreinigen. Die Polizeiverwaltung wird Zuwiderhandlungen aufs strengste bestrafen.

Merseburg. Beurkundungen im Standesamt im Monat September 1926. Geburten: 29 Knaben, 26 Mädchen. Sterbefälle: 8 männliche, 6 weibliche Personen, 1 Totgeburt. Eheschließungen: 13.

Merseburg. Verbot des Fußballspielens auf dem Nulandtplatz. Das Verbot des Fußballspiels auf dem Nulandtplatz umfaßt nur das sportmäßige Spielen mit dem Lederball durch Erwachsene und Halbwüchsige und das wilde Spielen mit dem Lederfußball. Nicht darunter fällt das Nachahmen des Fußballspiels mit einem weichen Ball durch Kinder. Also der hohe Magistrat!

Kreistagssitzung des Landkreises Merseburg

Sabotage der Arbeitsbeschaffung durch die Deutschnationalen — Handwerker Fricke in ihrer Gesellschaft Cornely im Schmollwinkel — Erfolgreiche Taktik der Kommunisten

Bekanntlich setzt sich der jetzige Kreistag aus 14 Vertretern der Arbeiterschaft und aus 14 Vertretern des Bürgerblocks zusammen. Am Dienstag, 5. Oktober, tagte der Kreistag. Der Kreistag selbst hatte an diesem Tage sehr wichtige Beschlüsse zu fassen, welche für die wirtschaftliche Fortentwicklung unseres Kreises von großem Nutzen sein können. Die Tagesordnung enthielt allein 28 Punkte, so daß die Verhandlungen von vormittags 10 Uhr bis abends 9 Uhr dauerten.

Bei Punkt 1 berichtet Abg. Meyer über die

Revision der Kreiskommunalkasse

für die Jahre 1921, 1922, 1923, 1924 und 1925. Er teilt mit, daß ein Ueberschuß von 396 428,85 Mark vorhanden ist. Es wurde beschlossen, die Ueberschüsse folgendermaßen zu verteilen:

1. Schuldentilgung der durch das Aufwertungsgesetz dem Kreise auferlegten Verpflichtungen:
   a) Anleihen bei der Kreissparkasse für Straßenherstellung — 61 678,18 Mk.
   b) Hypothek bei der Stadtsparkasse — 3 745,17 Mk.
   c) anderen Sparkassen — 25 614,00 Mk.
2. Unterstützung der durch Hochwasser Geschädigten — 50 000,00 Mk.
3. zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage der Kreiseingesessenen — 50 000,00 Mk.
4. zur Vorbereitung der Verbesserung der Flutverhältnisse Luppe und Elster — 10 000,00 Mk.
5. zur Vorbereitung der Verbesserung der Trink- und Gebrauchswasserversorgung des Kreiswasserwerks — 10 000,00 Mk.
6. zur Vorbereitung zum Bau des Elster-Saale-Kanals — 10 000,00 Mk.
7. zur Vorbereitung des Bahnbaues Leuna—Zöschen—Leipzig — 10 000,00 Mk.
8. zur Verbesserung der Einrichtungen zur Bekämpfung der Feuersgefahr — 10 000,00 Mk.

Der Rest soll als Wirtschaftsstock Verwendung finden, damit der Kreis größere flüssige Mittel hat, um Vorschüsse zu den einzelnen Aufgaben leisten zu können. Hierbei wurde festgestellt, daß der Kreis zur ordnungsmäßigen Durchführung der Förderung der Bautätigkeit durch Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken aus vorhandenen Kreismitteln zeitweise bis zu 200 000 Mark Vorschüsse im letzten Rechnungsjahr geleistet hat.

Bei Punkt 2, Rechnungslegung und Entlastung der Sparkasse für 1925, berichtete Genosse Bowitzky in ausführlicher Weise. Die Kasse schließt mit einer Gewinn- und Verlustrechnung von 139 456,66 Mark ab. An Spareinlagen sind 847 901,92 Mark vorhanden, das Girokonto weist einen Betrag von 907 845,79 Mark auf; der Gebäudefonds 15 000 Mark; der Aufwertungsfonds 31 744,54 Mark; Errichtungsfonds 1331,54 Mark; Sicherheitsfonds 30 000 Mark. Ferner berichtet Genosse B., daß die Sparkasse in der Lage war, den Gemeinden billige Darlehen sowie 150 000 Mark dem Kreis für Notstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Für die Kasse selbst sind genügend Sicherheiten vorhanden. Der Sparkasse sowie der Kommunalkasse wird einstimmig Entlastung erteilt.

Bei Punkt 3, grundsätzliche Entscheidung über die Regelung der Unterhaltung der mit Provinzial- und Kreisbeihilfen hergestellten öffentlichen Straßen im Gebiet des Landkreises Merseburg im Hinblick auf die

Verteilung der Kraftfahrsteuer

entspann sich eine ausgedehnte Debatte.

Nach der Vorlage des Kreisausschusses soll beschlossen werden, daß die ganze Straßenunterhaltung der mit Provinzial- und Kreismitteln ausgebauten Landstraßen außerhalb der Ortslage auf den Landkreis zu übernehmen. Im Kreise kommen 183,387 Kilometer in Frage.

Die Abgeordneten Niele und Förster waren gegen diese Vorlage. Von unserem Genossen Fritz wurde der Vorlage zugestimmt, indem er betonte, daß mit diesem Beschluß vor allen Dingen den leistungsschwachen Gemeinden geholfen würde. Abg. Cornely war mit der Vorlage nicht ganz einverstanden. Nach längerer Debatte erklärte sich der Kreistag bereit, die Straßenunterhaltung auf den Kreis zu übernehmen. Der Kreisausschuß wurde ermächtigt, mit den Gemeinden in Verhandlung zu treten. Bei diesem Punkte wurde folgender Antrag der KPD. einstimmig angenommen:

Antrag der Kommunisten

Um eine bessere Verkehrsregelung innerhalb unseres Kreises resp. eine bessere Verbindung mit dem Zentrum des Kreises für alle Teile desselben zu schaffen, wolle der Kreistag beschließen:

Der Kreisausschuß wird beauftragt, bei der Mübag Schritte zu unternehmen, daß 1. die Strecke Merseburg—Dürrenberg bis Lützen weitergeführt wird; 2. sofort die Erhebungen und Vorarbeiten aufgenommen werden, um durch eine Nebenstrecke von Halle, Hettstedter Bahnhof, bis Schkopau, über die sogenannten Auendörfer Passendorf, Schlettau, Beuchlitz, Holleben, Benkendorf, Neukirchen, Rockendorf, Rattmannsdorf, Corbetha die trostlosen Verkehrsverhältnisse dieser Orte baldigst zu bessern.

Zur Begründung wird hervorgehoben, daß diese Orte die denkbar schlechteste oder fast gar keine Fahrtverbindung mit Merseburg besitzen.

Fraktion der KPD.

Punkt 4, Aufnahme einer Anleihe von 500 000 Mark. In der Sitzung am 31. März 1926 hatte der Kreistag einstimmig beschlossen, für Straßenneubau- und -umbauzwecke eine Auslandsanleihe von 1 500 000 Mark aufzunehmen. Der Bezirksausschuß hat in seiner Sitzung am 15. Juli 1926 die Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe nicht gegeben, mit folgender Begründung:

„Das Kollegium des Bezirksausschusses, dem die Angelegenheit in der gestrigen Sitzung vorgelegen hat, trägt so lange Bedenken, die Anleihe in der beabsichtigten Höhe zu genehmigen, bis ihm der Nachweis geführt ist, daß die sämtlichen Straßenarbeiten tatsächlich unaufschiebbaren Zwecken dienen."

Was soll man wohl zu diesem famosen Beschluß unseres Bezirksausschusses sagen! Allem Anschein nach haben diese Herren gar keine Ahnung, in welchem trostlosen Zustand sich unsere Straßen befinden. Selbstverständlich können es Leute nicht feststellen, die per D-Zug oder Auto sich nach der Residenz begeben, um — derartige famose Beschlüsse zu fassen. Glauben diese Herrschaften, daß es einen Kreis geben wird, der einfach eine derartige Anleihe beschließt, um Arbeiten auszuführen, die nicht unbedingt notwendig sind?

Obwohl die Anleihebedingungen für den Kreis nicht sehr günstig sind (Auszahlungskurs 89 Prozent, Zinssatz 7 Prozent, Verwaltungskostenbeitrag 0,3 Prozent, Tilgung 1 Prozent zuzüglich ersparte Zinsen), beschloß der Kreistag einstimmig, bei der Girozentrale von der Deutschen Kommunalanleihe 1926 einen Betrag von 500 000 Mark unter den obigen Bedingungen für Straßenbauzwecke aufzunehmen.

Desgleichen wurde der Kreisausschuß ermächtigt, die Verhandlungen über die Aufnahme einer Anleihe von 1 000 000 Mark für den Aus- bzw. Umbau der Landstraßen des Kreises Merseburg abzuschließen und alle von der Aufsichtsbehörde eingeforderten Unterlagen und Erklärungen abzugeben. Auch dies erfolgte einstimmig. Wir sind wirklich gespannt, welche Stellung unser Bezirksausschuß diesmal einnehmen wird. Hoffentlich überzeugen sich diese Herrschaften einmal selbst über

die Notwendigkeit der Straßenneubauten.

Vor allen Dingen glauben wir mit diesen Beschlüssen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, was ja aus dem nächsten Punkt 5 hervorgeht: Bereitstellung von Mitteln für die Ausführung von Notstandsarbeiten, und zwar sollen ausgebaut werden die Landstraßen a) Dürrenberg—Porbitz—Poppitz, b) Tollwitz—Teuditz—Ragwitz, c) Kötzschau—Groß- und Kleinlehna, d) Meuschau—Meyhen—Schkeitbar.

Der Abg. Helfer erklärte, daß der Ausbau der Straße Dürrenberg zur Behebung des Bades Dürrenberg beitragen würde. Die Abg. Meyer und Cornely sind der Ansicht, daß die beteiligten Gemeinden diese Kosten tragen sollen. Genosse Fritz stellte fest, daß der Standpunkt des Herrn Cornely falsch ist. Nachdem noch Genosse Bowitzky den rückständigen Standpunkt dieser Herren gegenüber der Allgemeinheit festgenagelt hatte, und ferner feststellte, daß diese Herren nicht dafür seien, Arbeitsgelegenheit für die Erwerbslosen zu schaffen, wurde der Straßenbau Dürrenberg-Porbitz mit 19 gegen 9 Stimmen beschlossen; die notwendige Dreiviertelmehrheit war somit ereicht. Hierauf wurde in die Mittagspause eingetreten.

(Fortsetzung folgt.)

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Mehr für die Opfer des Krieges und der Arbeit

Diejenigen, die ihre Knochen für das heutige kapitalistische System, sei es auf der Arbeitsstätte oder sei es auf den Schlachtfeldern, zu Markte getragen haben, sind wohl am meisten zu bedauern. Wenn es gut geht, dann gibt man ihnen höchstens ein Pflästerchen (wie zum Beispiel den Blinden einen Hund als Führer) mit auf den Weg und in sehr vielen Fällen das noch nicht einmal. Meistens überläßt man die Krüppel dem eigenen Schicksal. Wir Arbeiter müssen aber doch von den eigenen Klassengenossen verlangen, daß sie sich dieser unschuldigen Opfer etwas mehr annehmen. Ein trauriges Zeugnis gab in Zeitz dieser Tage ein Blinder, der ohne Begleitung an der Ecke Pestalozzi—Schützenstraße stand und versuchte, die Schützenstraße zu überqueren, die fortgesetzt von Kraftfahrzeugen sehr belebt ist. Trotzdem in seiner Nähe mehrere Personen standen, hielt es niemand für notwendig, dem unglücklichen Opfer ein sicheres Geleite zu geben. Von unseren Klassengegnern kann man etwas derartiges nicht verlangen, aber wir als Vertreter derjenigen Klasse, in deren Reihen sich die allermeisten Opfer des Krieges und der Arbeit befinden, müssen unbedingt dafür sorgen, daß diesen Opfern hilfreich zur Seite gestanden wird.

Diese Sorge hat zwei Seiten. Heute wollen wir nicht auf die politische hinweisen, auf den Kampf in der Partei für höhere Renten usw. Heute sei nur daran erinnert, daß diese Opfer unsere Klassenbrüder sind, denen wir in tausend kleinen Dingen helfen, das Leben erleichtern müssen. Das bedeutet natürlich nicht, einen Ersatz für die Hilfe zu schaffen, zu der die bürgerliche Gesellschaft auf Grund ihrer Verbrechen an diesen Bedauernswerten verpflichtet ist.

Weißenfels. Achtung, Versammlung! Wie aus dem heutigen Inseratenteile ersichtlich ist, findet am Sonntag, dem 10. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im „Schützenhaus" (großer Saal) eine öffentliche Versammlung statt. Bericht über das hiesige Krematorium.

Weißenfels. Autounglück. Am Donnerstagnachmittag verunglückte am Meilenstein das Auto vom Baugeschäft Hoffmann, das nach einer Reparatur von einem Lastauto zwecks Lagereinfahren gezogen wurde. Durch plötzliches Versagen der Steuerung an dem ziehenden Auto kam dieses ins Schleudern und drückte das gezogene Auto an die Bordkante. Dadurch wurde der Chauffeur herausgeschleudert und wurde leider schwer verletzt, so daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Der Beifahrer kam mit leichten Verletzungen davon.

Weißenfels. Volksbühne. Der Beginn der diesjährigen Spielperiode ist nunmehr auf Dienstag, den 12. Oktober, festgesetzt und wird als erste Aufführung Shakespeares klassisches Lustspiel „Was Ihr wollt" über die Bretter gehen. Rollenbesetzung und Regie versprechen eine gute Vorstellung. Die Ausgabe der Platzkarten und Zettel erfolgt in der bisher üblichen Weise in der Stadtbücherei am Tage zuvor (Montag, dem 11. Oktober) mittags von 12 bis 3 Uhr. Kartenpreis 1 Mark. — Erfreulicherweise sind die Anmeldungen zur Volksbühne in den letzten Tagen so eingegangen, daß der Bestand einer Gruppe gewährleistet ist. Im Interesse des Theater- und Kulturlebens unserer Stadt muß weiter jedem Freunde eines guten, erbaulichen Theaterspieles und jedem Freunde des Volksbühnengedankens dringend ans Herz gelegt werden: „Werbt neue Mitglieder". In beschränkter Anzahl können noch Mitglieder in die spielende Gruppe aufgenommen werden, nur ist baldige Anmeldung in der Geschäftsstelle, Hirsemann-Straße 3 (Arbeitsamt), erforderlich. — Zur Aufklärung sei noch mitgeteilt, daß die alten Mitglieder als solche weitergeführt werden, auch wenn keine besondere Anfrage an sie gerichtet wurde. Die Mitgliedschaft in der Volksbühne läuft mit dem Kalenderjahr.

Zeitz. Internationale Arbeiter-Hilfe. Morgen, Sonnabend, abend 8 Uhr findet in der Schuhmacherherberge eine wichtige Mitgliederversammlung der Ortsgruppe statt. U. a. steht die Aussprache über Errichtung einer Nähstube auf der Tagesordnung. Durch die glänzende Unterstützungsaktion für die englischen Bergarbeiter hat die JAH. in immer weiteren Kreisen der werktätigen Bevölkerung Sympathien gewonnen. Auch die Zeitzer Arbeiterschaft darf nicht zurückstehen, und insbesondere die Frauen müssen sich an der Förderung der proletarischen Hilfsbereitschaft aktiv beteiligen. Alle die unserer Organisation sympathisch gegenüber stehen, laden wir zur Teilnahme an der Versammlung ein.

Zeitz. Arbeiter-Samariter-Kolonne Zeitz, Geschäftsstelle, Weberstraße 1c. Dienst für die Woche vom 8. bis 14. Oktober 1926: Förster, Alfred, Altenburger Str. 14; Kunze, Hedwig, Liebknecht-Str. 28; Schütz, Lina, Feldstr. 24; Oberländer, Paul, Klosterstr. 8; Uhlmann, Emma, Posaer Str. 10a; Leutzsch, Walter, Wend.-Berg 9; Schnabel, Max, Ritterstr. 17; Patzschke, Karl, Rothe-Straße 14; Bauer, Otto, Geraer Str. 24; Götze, Max, Rasberg Nr. 16; Kempe, Franz, Leipziger Str. 50; Zimmermann, Paul, Weißenfelser Straße.

Zeitz. Zeitzer „Volksbote" und Klassenjustiz. Der Zeitzer „Volksbote", das Blatt der „linken" Zeitzer SPD., das in den Jahren 1919 selbst einmal verboten war, hat sich jetzt zur Aufgabe gemacht, die Klassenjustiz nach allen Regeln der Kunst zu schützen. Wir gönnen diesem Auch-Arbeiterblatt das Vergnügen, sich schützend vor die deutsche Justiz zu stellen, wir wissen ja warum: es gilt, den Kommunisten eins auszuwischen. Der Arbeiter Karl Monnstrier aus Zeitz, ist vom Schöffengericht Halle zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er, nach Annahme der Justiz, der Anstifter einer öffentlichen Beleidigung gewesen ist. Geifernd und schmatzend sucht der „Volksbote" dem „Klassenkampf", vor allem dem verantwortlichen Redakteur, Gen. Lademann, eins auszuwischen. Weil Lademann immun ist, konnte er nicht gefaßt werden und nun muß der arme Arbeiter dafür bluten. Herrlich ist es, wenn man so etwas gegen die Kommunisten ausschlachten kann, aber auch diesmal haut der „Volksbote" daneben. Der Artikel, der damals auf ausdrücklichen Wunsch von Monnstrier gebracht worden war, war von diesem selbst verfaßt, und er hatte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261008-16/fragment/page=0011

ausdrücklich verlangt, daß sein Name mit veröffentlicht wurde. Er hatte also voll und ganz die Verantwortung dafür übernommen, weil er noch an die Gerechtigkeit in Deutschland glaubte. Wie sieht es nun mit dieser Gerechtigkeit aus. Das Gericht gibt selbst zu, nach Mitteilung des „Volksboten“, daß die ersten Behauptungen des Angeklagten glaubwürdig erscheinen. Er behauptete nämlich, daß der Gerichtsschreiber ein 13jähriges Mädchen für schwanger erklärte und fragte, ob es einen Schatz habe. Das Kind wurde damals ohne den Vater vernommen. Dabei hat das Gericht auch noch festgestellt, daß das Kind geistig minderwertig sei. Um so eher muß man fragen, hat überhaupt ein Gerichtsschreiber das Recht, ein solches Kind derartig zu fragen? Wenn schon, dann doch nur im Beisein des Vaters oder des gesetzlichen Vertreters! Ist es nicht lächerlich, wenn der „Volksbote“ schreibt, die Frage betreffs der Einspritzung gegen die Schwangerschaft sei eine plumpe Geschichte. Wenn das Verfahren gegen den Tischlermeister eingestellt worden ist, weil außer der Belastung durch das Mädchen nichts für die Schuld des Tischleremisters spräche, nun dann wollen auch wir uns hier nicht mit dem „Volksboten“ darüber streiten. Wir hängen nur niedriger, daß man diesen Vorfall im „Volksboten“ ausnutzt, um die Kommunisten zu beschmutzen.

Rasberg. Wie der SPD.-Lagerhalter Brückner die Interessen der Arbeiterorganisationen vertritt. Der Arbeiterturnverein Rasberg veranstaltete am Sonntag, dem 3. Oktober, einen großen Spieltag. Wie es sich gehört, hatte der Verein Plakate angefertigt und die Einwohnerschaft zur Unterstützung aufgefordert. Als nun der Vertreter des Turnvereins zu dem Lagerhalter Brückner kam und bat, er möchte doch ein Plakat ins Fenster hängen, lehnte er es mit der Begründung ab, die Turnvereinsmitglieder kauften ja auch nicht im Konsum. Man sollte das Plakat in dem gegenüberliegenden bürgerlichen Geschäft Friedrich aushängen. Die Mitglieder des Turnvereins sehen daraus, daß die SPD.-Vertreter nur Schädlinge an der Arbeiterbewegung sind. Brückner hat ja kein Interesse am Umsatz des Konsumvereins. Denn er wird bezahlt, ob er viel oder wenig Umsatz macht. Wenn der Lagerhalter Brückner sieht, daß die Arbeiterschaft wenig im Konsumverein kauft, ist es seine Pflicht, in die Vereine zu gehen und für den Konsumverein zu werben. Aber wie soll die Arbeiterschaft Vertrauen besitzen zu diesen Leuten, deren Kinder Mitglieder der bürgerlichen Turnvereine sind? Kollegen, Genossen! Nun erst recht hinein in den Konsumverein! Laßt Euch auch durch diese Maßnahme nicht zurückschrecken. Diese Herrschaften wollen, daß Ihr beim Krämer kauft, damit sie die Einrichtung der Arbeiterklasse für ihre persönlichen Zwecke ausnützen können. Duldet das nicht! Werdet kaufende Mitglieder!

Mansfeld-Sangerhausen

An alle Ortsgruppen der KPD. im Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Die von der Kompol-Abteilung der Bezirksleitung angesetzte Konferenz findet am Sonntag in Klostermansfeld nicht statt; sondern auf der Unterbezirkskonferenz in Blankenheim wird ein Referat über Kompol-Arbeit von einem Bezirksleitungsmitglied gehalten werden.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß alle Ortsgruppen Delegierte zu schicken haben zur Unterbezirkskonferenz, die am Sonntag, dem 10. Oktober, in Blankenheim, vormittags 9 Uhr, im Lokal „Edelgarten“ stattfindet. Die Unterbezirksleitung.

Helfta. Auf die Freidenkerversammlung am Sonntag, dem 10. Oktober, nachmittags 3 Uhr, sei nochmals hingewiesen. Reger Besuch ist wirklich erwünscht.

Zappendorf. Karlchen und Natho. Es gibt in unserem Orte Leute, die sich gar nicht über das Bestehen der hiesigen proletarischen Organisationen hinwegsetzen können. Und daß die kommunistische Bewegung hier immer mehr Zuspruch erhält, liegt ihnen schwer in den Gliedern. In diesem Sinne wurde auch am Dienstagabend im Lokal Schulze ein Gespräch zwischen den der Arbeiterschaft allzu bekannten Herrn Natho und dem Händler Karl Berlich geführt. Es wurde dort über die revolutionären Lieder gesprochen, die von den ††† verfluchten Kommunisten immer gesungen werden. Berlich Karl zählte natürlich alle auf, die als „Haupttäter“ in Frage kommen. Herr Natho spielte sich wieder als der Gewaltige auf und erklärte, wenn die Kommunisten einmal in der Nähe meines Hauses singen, so nehme ich einfach meinen Knüppel, der ist zweimal mit Gummi überzogen und steht schon immer bereit, und dann meinen Hund. Dann schlage ich dazwischen, daß die roten Kerle in der Mitte durchbrechen, denn die hängen doch nur noch in den Hosen. Meine Hund besorgt dann das andere. Herr Natho! Ihren Ausspruch nehmen wir gar nicht ernst, denn es ist doch bekannt, daß Sie dem Alkohol nur zu gern zusprechen. Nur wenn Sie „voll“ sind, schwillt Ihnen der Kamm. Ihr Hund bewährt sich gut, Bierleichen nach Hause zu führen. Der läßt sich nicht mehr auf Menschen hetzen. Aber, Berlich Karlchen! Der Du doch als Geschäftsmann nur noch auf die Arbeiterschaft angewiesen bist und den die allgemeine wirtschaftliche Notlage sehr übel zugerichtet hat, Du kannst Dich nicht mehr reinwaschen. Was Du vor einigen Tagen noch abstreiten wolltest, hat sich nunmehr bewahrheitet. Wir werden Dich zu behandeln wissen!

Sangerhausen. Internat. Arbeiter-Hilfe. Heute abend findet im „Herrenkrug“ eine Mitgliederversammlung der Internationalen Arbeiter-Hilfe statt. Die weiteren Aufgaben in unserer Nähstube (Beschaffung von Wäsche und Kleidern für die Kinder der englischen Bergarbeiter wie auch zur Proletarischen Weihnachtsfeier) müssen in Angriff genommen werden. Wir fordern alle Männer und Frauen ohne Unterschied der Partei auf, sich der proletarischen Hilfsorganisation der IAH. anzuschließen. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

Kelbra a. Kyffh. Gesangskonzert. Am Sonnabend, dem 9. Oktober, abends 8 Uhr, veranstaltet der Arbeiter-Gesangverein von Sangerhausen (Männer- und Frauenchor) in der „Sängerhalle“ ein Gesangskonzert. Das Programm bietet Gewähr für einige genußreiche Stunden. Alle Freunde des proletarischen Gesanges sind hierzu herzlichst eingeladen.

Bitterfeld-Wittenberg

Zum Roten Tag in Piesteritz

Am Sonabend, dem 9., und Sonntag, dem 10. Oktober, veranstaltet der Rote Frontkämpfer-Bund, der Rote Frauen- und Mädchen-Bund sowie die Kommunistische Partei und der Kommunistische Jugendverband einen Roten Tag in Piesteritz und Kleinwittenberg.

Der klassenbewußten Arbeiterschaft wird an diesen Tagen ein Erlebnis zuteil, das sie so schnell nicht vergessen wird. Hunderte von uniformierten Klassenkämpfern werden aufmarschieren. Der Aufmarsch wird mehr als eine bloße Demonstration. Im Zeichen des Kampfes gegen die kapitalistische Reaktion auf der ganzen Front wird der Aufmarsch vollzogen werden. Die festen Schritte der roten Arbeiterbataillone werden die Straßen erzittern lassen.

Die Mitglieder der aufrufenden Organisationen werden aufgefordert, sich restlos an den Veranstaltungen zu beteiligen. Insbesondere aber soll sich auch die sympathisierende Arbeiterschaft an der Demonstration beteiligen. An die Wittenberger Parteimitgliedschaft ergeht der dringende Appell, die Demonstration zu verstärken. Klassengenossinnen und Klassengenossen! Heraus auf die Straße! Die Straße gehört uns, dem revolutionären Proletariat.

Das Programm ist folgendes:

Am Sonnabend, dem 9. Oktober, abends ½7 Uhr, Fackelzug durch Piesteritz und Kleinwittenberg. Anschließend Begrüßungsansprache im „Schützenhaus“ Kleinwittenberg.

Am Sonntag, dem 10. Oktober, früh 7 Uhr Wecken, von 11 bis 12 Uhr Konzert auf dem Marktplatz in Piesteeritz. Um 2 Uhr Massenaufmarsch nach dem Marktplatz in Piesteritz. Dortselbst Fahnenübergabe an den RFMB.. Anschließend Demonstration durch die Industrieorte Piesteritz und Kleinwittenberg.

RFB., Ortsgruppe Piesteritz-Kleinwittenberg; RFMB. und KJVD., Ortsgruppe Piesteritz; KPD., Stadtorganisation Wittenberg-Piesteritz.

Bitterfeld. Genossen! Die im Arbeitsplan festgelegte Bergarbeiterkonferenz für Bitterfeld ist auf vormittags 9 Uhr im Gesellschaftshaus anberaumt. Die Einladungen sind zu dieser, sowie zur Arbeiterkorrespondentenkonferenz in Halle von der UBL. bereits verschickt.

Wittenberg. Den Mitgliedern des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung und der G. p. F. zur Kenntnis, daß am Sonntag, dem 10. Oktober, von 10—12 Uhr morgens im Gewerkschaftshaus, Kurfürstenstraße, Zahltag ist. Die Mitglieder werden hierdurch auf den Paragraphen 5 des Statuts aufmerksam gemacht. Dort werden auch neue Mitglieder aufgenommen. Austritt aus der Kirche ist Bedingung. Die Beiträge sind von 3—16 Jahre 20 Pfg., von 16—50 Jahre 40 Pfg., von 50—65 Jahre 1 Mk., von 65—70 Jahre 2 Mk. pro Monat. Der Eintritt kostet 40 Pf. Die Karrenzzeit beträgt 3 Monate.

Torgau-Liebenwerda-Schweinitz

„Ordnungsstützen in Reinkultur“

Ein beispielloser Fall von Machtdünkel eines „nationalen Wehrwolfführers“, welcher nur durch die pflaumenweiche Haltung unserer republikanischen Regierungsstellen gegenüber den nationalen Kreisen, im Gegensatz zur Haltung gegenüber der Arbeiterschaft, möglich wird, ist bei dem hier in Zschortau veranstalteten Bezirkstreffen des „Wehrwolfes“ auf dem hiesigen Bahnhofe vorgekommen. Anstatt militärische Instruktionsbücher zur Niederknüppelung der Arbeiterschaft zu studieren, sollten diese „Führer“ sich erst mal mit „Knigges Umgang mit Menschen“ vertraut machen. Sie würden dabei jedenfalls nur profitieren. Ob dieser „Sauherdenton“ nationale Bildung darstellen soll, bleibt den armen, irregeführten Wehrwolfmitgliedern zum Nachdenken empfohlen. Als an der Bahnsteigsperre die von Delitzsch kommenden Wehrwölfe (zirka 20 Mann) durchgingen und ihre Fahrkarte abgaben, hielt es ihr „Führer“ nicht für notwendig, in die Tasche zu greifen. Der Kontrollbeamte bat im höflichen Tone um die Fahrkarte, aber die Antwort war: „Quatsche mich nicht an, Du Dussel!“ Als nun der Beamte sich diese Rüpelei verbat, gebrauchte dieser „Führer“ wieder dieselben Worte. Darauf veranlaßte der Beamte, daß der aufsichtsführende Beamte des Bahnhofs die Einforderung der Karte und die Namensfeststellung dieses „Führers“ vornahm, und nur durch dringendes Mahnen seiner Anhänger ließ er sich bequemen, die Karte auszuhändigen. Er tat das mit den Worten: „Dem A . . . loch schlage ich die Knochen entzwei!“ Verschiedene unparteiische Beobachter hörten diesem Vorgang mit Entrüstung zu und ließen beißende Bemerkungen fallen über diesen Ordnungshüter. Für den Geist kennzeichnend war es, daß dieser „Führer“, als seine Leute ihn fragten, ob beim Gang durch den Ort die Fahnen entrollt werden sollten, antwortete: „Das ist selbstverständlich, wer was dagegen hat, wird niedergeschlagen.“ Verschiedene Zuschauer fragten nach dem Namen des „Führers“ und ein Wehrwolfmann sagte, es wäre der Studienrat Votsch oder Vootsch von Delitzsch. Wenn das zutrifft, dann möchten wir wohl die Frage stellen, wo dieser Mann seine Geistesbildung herbezogen hat. Aus Büchern jedenfalls nicht, sondern eher aus Flaschen, denn der ihn umgebende Duft war danach. Im übrigen möchten wir den republikanischen Sozialisten Grzesinski fragen, warum wohl diese Wölfe in Uniformröcken auf dem hiesigen Turn- und Sportplatz Handgranatenwerfen und dergleichen mehr übten. Um Ihrem Sozialismus den Weg zu ebnen, Herr Grzesinski? Nur weiter auf diesem Wege, damit diese freieste Republik noch „freier“ und „sozialer“ ausgebaut wird, wie sie es im Zeichen der Nationalisierung schon heute ist. Die Arbeiterschaft wird jedenfalls über kurz oder lang die Kraft aufbringen, um alle diese Helden niederzuringen und aus diesem Zerrbild einer Republik einen freien Staat der Arbeiter und Bauern zu schaffen.

Auf zur Bezirkskonferenz der Jugend!

Am kommenden Sonntag findet in Halle (Kartellzimmer des „Volksparkes“) die Bezirkskonferenz des Kommunistischen Jugendverbandes statt.

Tagesordnung:

1. **Politische Lage.** (Referent: ein Vertreter des Zentralkomitees.)
2. **Bericht der Bezirksleitung und unsere nächsten Aufgaben.** (Referent: Genosse Fritz.)
3. a) Wahl der Bezirksleitung; b) Wahl der Revisoren.
4. Organisatorisches, Anträge und Verschiedenes.

Anträge müssen bis zum 5. Oktober bei der BL. eingegangen sein. Dieser Termin ist von allen Ortsgruppen einzuhalten.

Am Sonnabendabend 7½ Uhr tagt der Bezirksausschuß. Alle Unterbezirksleiter finden sich bis zu dieser Zeit im Jugendsekretariat ein. Abends 8 Uhr: **Russischer Abend.** (Lichtbilder, Rede usw.) Näheres hierzu geben wir noch bekannt.

BL. des KJVD Halle-Merseburg.

Liebenwerda. Stahlhelm-„Deutsche“. Zu dem Ueberfall auf den alten, seit zirka 50 Jahren für die Arbeiterbewegung tätigen Handelsmann Horwitz wird uns berichtet: Der als Stahlhelm-Marktschreier bekannte Alfr. Kreutz-Thalberg war in diesem Falle nicht beteiligt, sondern derselbe suchte mit dem alten H. (dessen freie Gesinnung er kennt) in früheren Fällen Zusammenstöße herbeizuführen. Horwitz ist von folgenden Personen in Schröters Lokal überfallen worden: Bauunternehmer P. Schleinitz-Liebenwerda, Viehhändler Willy Greger-Neudobra, Fleischergeselle Max Kuke-Neudobra, Hauptschläger und Anstifter des Ueberfalls war Sch., dessen Person wie folgt beschrieben wird: Der Betrieb des Bauunternehmers Sch. (nicht Baumeisters, wie meist irrtümlich gesagt wird) ist ein Inflationsprodukt. Sch. selbst ist ein Mensch von ca 3 Zentner Körpergewicht, und um seinen umfangreichen Leib in dieser Verfassung zu erhalten, nimmt er im Laufe eines Tages in den verschiedensten Lokalen außer 10—15 Liter Bier noch 4—5 Pfund Hackfleisch und Wurst zu sich. Die Bautätigkeit liegt nun in diesem Jahre hier stark danieder und scheint daher Sch. jetzt Schwierigkeiten zu haben, die gewohnte Lebensweise weiter durchzuführen. Die schlechte Laune läßt er daher an Andersgesinnten (selbst wenn es sich um ganz alte Leute handelt) in dieser rohen Weise aus. Die anwesenden Zeugen, Fabrikbesitzer G. Schneider sen., Otto Weber jr. und Glasmacher König, waren über die Roheit dieser Raufbolde stark empört. Der letztere, welcher für H. eintrat, wurde von diesen „Treuteutschen“ angegriffen und beschimpft. Also diese Sorte Menschen wollen Deutschland retten.

Merzdorf. Nachwehen vom Völkermord. Vor einigen Tagen mußte der hier wohnende Wirtschaftsbesitzer K. Richter vor großen Schmerzen im Gesäß die Feldarbeit verlassen und mußte auf Anordnung eines sofort hinzugezogenen Arztes in das Krankenhaus zu Großenhain transportiert werden. Der Tatbestand ist folgender: Richter erhielt an der Front einen Schuß ins Gesäß, und zwar einen Granatsplitter. Dieser Splitter hat sich im Mastdarm festgesetzt, so daß durch Nachlässigkeit eine größere Vereiderung entstanden ist. Das ist kein Einzelfall. Gerade die Landwirte müssen einsehen lernen, daß sie all diese Folgen des Krieges ihren falschen Freunden, den nationalen Hetzern, zu verdanken haben. Und auch der Landarbeiter muß begreifen, daß in Zukunft alle Völkermorden zu verhindern sind durch gemeinsamen Kampf mit der Industriearbeiterschaft zur Verhütung eines weiteren Mordens.

Merzdorf. Es wird doch immer gemütlicher. Wie wir bereits berichteten, hatten hier durch festes Zusammenhalten zwei Mieter die Herabsetzung der Monatsmieten erzwungen. Daß dies dem Herrn H. nicht paßt, ist ja ganz erklärlich. Nun sinnt dieser Mann nach allerhand. Und wie sieht diese neue Schikane aus? Von einem der Mieter wurde uns ein famoses Schriftstück folgenden Inhalts überreicht, und zwar mit der Bitte, es im „Klassenkampf“ zu veröffentlichen: „Sie haben ohne meine Erlaubnis einen Hund in ihrer Wohnung. Ich verbiete Ihnen hiermit die Weiterbehaltung desselben. Und wenn Sie denselben nicht bis 5. Oktober d. J. abgeschafft haben, werde ich weitere Schritte in dieser Sache tun.“ Ja, wenn Lächerlichkeit töten würde! Aber Herr H., tun Sie, was Sie nicht lassen können, wir wünschen viel Glück. Also soll ein harmloser Hund, auf Grund eines verlorenen Prozesses, das Leben lassen. Und dabei haust das Tierchen schon drei Jahre in dem Hause! Im übrigen eine Frage. Haben Sie sonst noch etwas zu verbieten? Wie wäre es mit dem revolutionären Wandschmuck? Oder mit einem Dutzend Fliegen? Nun, die übrigen Mieter werden sich solche Schikanen hinter die Ohren schreiben und sich erst recht organisieren im Deutschen Mieterverband.

Delitzsch

Delitzsch. Wo ist die Gesundheitspolizei? In der Bitterfelder Straße, an der Fleischerei Brendel, macht sich schon seit mehreren Wochen ein sehr starker Gasgeruch bemerkbar, so daß sich niemand dort aufhalten kann. Das Gas strömt aus der Erde, so daß nur ein Gasrohrbruch in Frage kommt. Wie wir erfahren, soll der Gasanstaltsdirektor Oelschläger erklärt haben, daß die Reparatur teurer würde, als das entströmende Gas kostet. So strömt nun Tag für Tag das Gas in die Straßen und Wohnungen und verpestet die Luft. Um die Gesundheit der Einwohner kümmert sich keine Behörde. Warum zwingt unser Polizeioberhaupt die Gasanstalt nicht zur Durchführung der Reparatur? Diese ist schon angesichts der vorhandenen Arbeitslosen erwünscht. Also, Gesundheitspolizei, heraus und Ordnung geschafft! Oder müssen sich die Einwohner erst an die Regierung wenden?

Arbeiter-Sport

Der 2. Bundestag des „Askö“

Am 2. und 3. Oktober wurde in Wien der 2. Bundestag des Arbeiterbundes für Sport- und Körperkultur in Oesterreich abgehalten, an dem 84 Vertreter der angeschlossenen Verbände teilnahmen. In den „Askö“ wurden neu aufgenommen: Der Schutzbund mit 50 000 und der Verband der Arbeiter-Fußballspieler mit 20 000 Mitgliedern. Die Wahlen ergaben als Vorsitzenden den Dr. Julius Deutsch, als Stellvertreter Volkert und Püchler, Gastgeb wurde als Sekretär bestellt. Siegfried Deutsch, der langjährige Präsident des österreichischen Fußballverbandes und jetziger Vorsitzender des „Vafö“, wurde mit in den Vorstand gewählt.

Weiter wurde beschlossen, zum Sportfest nach Prag eine große Zahl Teilnehmer zu entsenden. Zu den Festen in Finnland und Lettland werden gleichfalls starke Vertretungen des „Askö“ kommen. Zur Abhaltung der Olympiade 1931 in Wien gibt der Bundestag seine prinzipielle Zustimmung.

Brieftaubensport

Am Sonnabend, dem 2. Oktober, fand eine Monatsversammlung des Reisebrieftaubenzüchtervereins Luftpost Halle-Ost statt, welche gut besucht war. Es wurden mehrere neue Mitglieder aufgenommen und die Aussprache über Zucht und Pflege der Tauben war sehr lebhaft. (Vereinslokal Flugplatz-Kasino.)

*

Der Brieftaubenzüchterverein Einigkeit hatte im Vereinslokal, Kl. Sandberg 11, am Sonntag eine Mitgliederversammlung, die sehr gut besucht war. Es fanden einige Neuaufnahmen statt. Es ist dies ein Zeichen, daß der Brieftaubensport auch in Arbeiterkreisen bedeutende Fortschritte macht. Also, Sportkollegen, schließt Euch unseren Vereinen an, denn in den bürgerlichen Vereinen sind wir gut zum Zahlen, aber in allen übrigen Angelegenheiten werden wir von oben herab angesehen.

2. Kreis, 6. Bezirk (Handball)

Amtlich. Für Sonntag, den 10. Oktober, finden noch folgende Spiele statt: Fichte Ammendorf 1. — Wassersport Ammendorf ½3 Uhr in Ammendorf (Ennsel, Merseburg); Fichte 2. — ABV. 1. 3 Uhr Brandberge (Baasch, Achilles); Teutonia 1. gegen Canena 1. 10 Uhr Brandberge (Reinhardt, ASC.); Schwimmer Sportlerinnen gegen Minerva Sportlerinnen 9 Uhr Minerva-Platz (Dominiak, ASC.); Minerva 1. gegen Fichte 3. spielt um 1 Uhr, nicht um ½3 Uhr. Die Schülerspiele Minerva 1. und 2. gegen Merseburg 1. und 2. sind nicht in Merseburg, sondern ½10 Uhr bis ½11 Uhr auf dem Minerva-Platz und leitet nicht Schafstedt, sondern Sportlust. Das Spiel Löbnitz 1. — Schwimmer 1. findet ½5 Uhr statt. Dies den Mannschaften und Schiedsrichtern zur Kenntnis.

Sportplatz „Bahnhof Heide“

Sonntag, den 10. Oktober, nachmittags 3 Uhr:

Fortuna - Dresden-Gotta

Dem DFC. Fortuna in Dölau ist es gelungen, zu seinem 17. Stiftungsfest eine der stärksten Dresdener Mannschaften nach hier zu verpflichten. Dresden-Gotta schlug im letzten Verbandsspiel den Bundesmeister mit 4 : 0.

Das Spiel kann also ein Maßstab für die Stärke des hallischen Bezirks und der Hochburg Dresden werden. Vorher spielt die 2., 3. und 1. Jugend. Arbeiter Dölaus, **erscheint in Massen,** damit der Verein auch später wieder in der Lage ist, derartige Mannschaften nach hier zu verpflichten.

Wörmlitz 1. — ABV. 1. 4 : 2 (4 : 2)

Punkt 4 Uhr gab der Schiedsrichter das Leder frei. ABV. hat Ansturm, selbiger wird von Wörmlitz unterbunden und in der 1. Minute zu einem Tor verwandelt. Eine halbe Minute später holte ABV. durch Halbrechts den Ausgleich. Zwei Minuten später fiel für ABV. durch den Mittelstürmer das zweite Tor. In der 12. Minute verdient Wörmlitz den Ausgleich. Immer flotter wird das Spiel, welches in der 24. und 26. Minute auf 4 : 2 für Wörmlitz gestellt wird. Nach kurzer Pause geht das flotte Spiel weiter. Alle noch so gut gemeinten Angriffe scheiterten an dem guten Torwächter von ABV. Das Spiel endete mit dem Halbzeitsstande 4 : 2.

ABV 2. — Bennstedt 1. 2 : 0 (1 : 0).

An die Vereine der Gruppe Helbra vom 7. Bezirk, 2. Kreis, im Arbeiter-Turn- und Sportbund!

Berufe hiermit für Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 10 Uhr, in Klostermansfeld, „Gasthof zur Linde“ (Fritz Deutsch), eine Gruppenübungsstunde ein für die Spielleute der Gruppe Helbra. Anschließend Sitzung mit nachstehender Tagesordnung: 1. Besprechung des geübten Stoffes. 2. Wahl eines Gruppenstabführers. 3. Anträge zur Bezirksübungsstunde am 31. Oktober in Thondorf. Das pünktliche Erscheinen ist Pflicht eines jeden Spielmanns.

Weißenfels. Kreis-Sportkartell. Weise nochmals auf die am Sonntag, dem 10. Oktober, im Gewerkschaftshaus, Marienstraße 48, stattfindende Kreiskartelltagung hin. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, müssen alle Kartelle vertreten sein. **Der Kreiskartellvorstand.**

Weißenfels. Spielabteilung Union. Das am 10. Oktober auf dem Union-Sportplatz am Schlachthof zum Austrag kommende Serienspiel Union Weißenfels 1. — Sportfreunde Naumburg 1. findet nicht nachmittags 3½ Uhr, sondern bereits vormittags 10 Uhr statt auf Anordnung der Bezirksleitung.

Vereinsmitteilungen

HFC. Viktoria 08. Serienspiele am Sonntag, dem 10. Oktober: 1. — Askania 1. um 4 Uhr in Nietleben. Treffpunkt ½3 Uhr „Eisbörse“ 2. — Wörmlitz 2. um ½3 Uhr in Wörmlitz. Treffpunkt 1 Uhr Röhrenwerke. 3. — Lettin 3. um ½1 Uhr Sandanger. 1. Jugend — Zörbig 1. Jugend um 11 Uhr Sandanger. 2. Jugend gegen Cröllwitz 1. Jugend um 9 Uhr Sandanger. Linienrichter bei der 2. Jugend Veitz 1 und 2; bei der 1. Jugend Kober sen. und Brendel; bei der 3. Lich und Löscher. Jugendleiter bei der 1. Jugend Nicolaus; bei der 2. Jugend Unsöld. Das Spiel Viktoria 2. Jugend — Cröllwitz 1. Jugend muß aus technischen Gründen schon um 9 Uhr auf dem Sandanger stattfinden, dieses Cröllwitz und dem Schiedsrichter zur Kenntnis. — Handball: Giebichenstein Sportlerinnen — Viktoria Sportlerinnen um 10 Uhr Peißnitz. Treffpunkt 9 Uhr „Eisbörse“.

Sportvereinigung Eiche - International. Unsere Uebungsstunden finden jeden Dienstag und Sonnabend im Ringen, Heben und Boxen unter Leitung fachmännischer Trainer in der Turnhalle der Talamtschule statt. Anmeldungen werden daselbst entgegengenommen. Sonnabend, den 9. Oktober, nach der Uebungsstunde wichtige Besprechung im Vereinslokal.

Arbeiter-Wassersportverein Böllberg-Wörmlitz. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß morgen, Sonnabend, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof zu Wörmlitz die fällige Monatsversammlung stattfindet.

Briefkasten

Kelbra. Arbeitersänger. Ankündigung der Mitgliederversammlung am Donnerstag kam zu spät. Benutzt für solche Meldungen möglichst den Vereinskalender im Inseratenteil.

Gerbstedt-Molmeck. P. K. Bericht vom Untergautreffen kommt zu spät. Von so wichtigen Veranstaltungen muß immer sofort berichtet werden. Wenn die Berichte so spät kommen, sind sie wertlos und mit ihrer Veröffentlichung machen wir uns nur lächerlich. Helft durch pünktliches Berichterstatten am Ausbau unserer Zeitung!

Verantwortlich: Max Lademann, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: I. V.: W. Barnack, Halle, Lerchenfeldstr. 14

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261008-16/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 45 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Freitag, 8. Oktober 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 237

An die deutsche Arbeiterklasse!

An die Mitglieder der freien Gewerkschaften!

Der gemeinsamen Offensive der Unternehmer, der Regierung, der Gewerkschaftsbureaukratie gelang es, den Kampf der Hamburger Hafenarbeiter niederzuschlagen. Die Entstehung dieses Kampfes, sein Verlauf und Ende, sowie das Verhalten der Gewerkschaftsführer sind von außerordentlicher Bedeutung für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. Denn Hamburg war nicht nur der erste wuchtige Vorstoß gegen die Diktatur des Unternehmertums und seine Rationalisierungspolitik.

In Hamburg wurde die erste Schlacht gegen den Raub eines der wichtigsten Grundrechte der Arbeiterklasse, des Streikrechts, geschlagen.

Hamburg war zugleich die stärkste Solidaritätsaktion für die englischen Bergarbeiter, die seit mehr als fünf Monaten für dieselben Ziele kämpfen!

Der Plan der Unternehmer und der imperialistischen Regierung ist klar und eindeutig: Im Wege des Schlichtungsverfahrens und der Klassenjustiz das Streikrecht im rationalisierten Deutschland endgültig zu begraben.

Der Arbeiterstreik wird außerhalb des Gesetzes gestellt, die Streikenden für vogelfrei erklärt, die Gewerkschaften für die „wirtschaftlichen Schäden" des Streiks haftbar gemacht. Das bedeutet die

Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Denn welchen Sinn sollen die Gewerkschaften haben, wenn sie die proletarischen Forderungen nicht im Kampfe gegen das Unternehmertum durchsetzen können?

Gibt es nach 8 Jahren Republik noch einen Arbeiter, der glaubt, daß es möglich ist, die proletarische Existenz auf dem Wege der Vereinbarung mit den Unternehmern zu verteidigen? Ist es nicht nach den Erfahrungen von Hamburg über jeden Zweifel klar, daß das Schlichtungswesen eine furchtbare Waffe in den Händen des Unternehmertums ist?

Die Unterwerfung unter die Schlichtungsdiktatur der Bourgeoisie und der Reformisten wäre der Anfang vom Ende der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Sie würde die deutsche Arbeiterschaft weit hinter 1914 zurückwerfen. Die Gewerkschaftsführer sind mit dem Kriegsplan des Unternehmertums restlos solidarisch. In seiner Kundgebung zum Hamburger Kampf gibt der ADGB. das Streikrecht völlig preis! Auch sein Ziel ist die Umwandlung der Gewerkschaften aus Kampforganisationen des Proletariats zu Unterstützungsvereinen, die von der Gnade des Unternehmertums und der bürgerlichen Gerichte abhängig sind. Die Haltung des ADGB. zum Hamburger Kampf ist eines der schwärzesten Kapitel der deutschen Arbeiterbewegung.

Wir rufen die Arbeiterschaft zum Kampf gegen die Vernichtung der Gewerkschaften durch die Trustherren, gegen den Verrat und die Feigheit der reformistischen Bureaukratie.

Die Hamburger Arbeiter wurden geschlagen, aber nicht besiegt.

Ihr Kampf war ein Vorpostengefecht der gesamten deutschen Arbeiterklasse, die sich zur Abwehr in Bewegung setzt. Deshalb fand Hamburg ein gewaltiges Echo in ganz Deutschland, in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften.

Im kommenden Hungerwinter werden die unvermeidlichen Kämpfe um Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit, der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und die Erwerbslosigkeit **zusammenfallen mit der Abwehr der Vernichtungsoffensive gegen das Streik- und Koalitionsrecht.**

Die Organisierung der proletarischen Einheitsfront ist das eiserne Gebot der Stunde!

Aber Hamburg hat eine noch weit größere Bedeutung. Vor Hamburg machte der Führer des deutschen Trustkapitals, Silverberg, der Sozialdemokratie und den Gewerkschaftsführern den Vorschlag, zur gemeinsamen Versklavung der Arbeiterklasse eine Regierungskoalition im Reiche und in den Ländern zu bilden.

Hamburg war die Antwort Leiparts auf das Dresdner Koalitionsangebot Silverbergs.

Die deutsche Bourgeoisie weiß aus den Erfahrungen der Vergangenheit, daß sie ihre imperialistische Völkerbundspolitik nicht durchführen kann, wenn sie nicht die Arbeiterklasse in die Fesseln der Koalitionspolitik schlägt. Sie fürchtet die Rebellion der zwei Millionen Erwerbslosen im kommenden Winter des Hungers und des Elends. Sie fürchtet **das Bündnis der Erwerbslosen mit den Arbeitern im Betrieb,** und sie sucht ihre Bundesgenossen in den Reihen jener Führer der Arbeiterschaft, die eine bewährte Tradition haben als Büttel gegen jegliche Auflehnung des Proletariats gegen das kapitalistische Regiment.

Kann es einen deutlicheren Beweis für die Vorbereitung der Großen Koalition, der Koalition der Trustherren mit den reformistischen Arbeiterverrätern geben, als den Pakt, den die sozialdemokratischen Minister Preußens mit der Hohenzollernbande abgeschlossen haben?

Der Hohenzollernpakt Brauns und Severings,

gebilligt vom Parteivorstand der SPD., gibt den fürstlichen Räubern weit mehr als selbst der berüchtigte Kompromißentwurf der Regierung Marx-Stresemann. In der Zeit des ungeheuerlichsten Elends der Arbeitenden, des bevorstehenden Abbaues der Erwerbslosenunterstützung wird den Hohenzollern ein ungeheures Vermögen in den Rachen geworfen. Mehr als das! Die sozialdemokratischen Minister verpflichten sich in dem unterschriebenem Vergleich, für **sämtliche früheren Beamten aller fürstlichen Höfe in Deutschland bis an ihr Lebensende** zu sorgen! Und das in einer Zeit, da Tausende und aber Tausende Kriegsrentner, Waisen und Witwen buchstäblich verhungern.

Die sozialdemokratischen Führer übertrumpfen die ärgsten Feinde des arbeitenden Volkes!

Sie treten den Willen von 15 Millionen, die für die restlose Enteignung der Fürsten demonstriert haben, mit Füßen.

Der Wille der bürgerlichen und sozialdemokratischen Fürstenknechte darf nicht Wirklichkeit werden.

Die Einheitsfront der 15 Millionen für die Enteignung [illegible] m aufnehmen. Der [illegible] n Führer muß ver-

r die restlose Ent-
Fürsten,
schaft und Schlich-

als Kampforganisa-

Koalitionsrecht!
verbrecherischen An-
rmistischen Knechte!
en! Kampf für
der Arbeitszeit!
englischen Berg-

einheitsfront im
fes!
tätigen!
er- und Bauern-

Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

400000 Morgen für die Hohenzollern

Millionen für die Hofbeamten

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 8. Oktober.

Die „Rote Fahne" bringt Mitteilungen über den Hohenzollernvergleich. Danach erhalten die Hohenzollern, entgegen den erst verbreiteten Angaben, mindestens 400 000 Morgen Grund und Boden. In § 7 des Vergleichs heißt es wörtlich:

„Der Staat stellt dem vormals regierenden König Wilhelm II. auf etwaigen Wunsch Schloß und Park zu Homburg vor der Höhe als Wohnsitz für ihn und seine Gemahlin auf Lebenszeit beider zur Verfügung. Der preußische Staat übernimmt die völlige Versorgung für alle ehemaligen Hofbeamten, ganz gleich, zu welchem Zeitpunkt sie aus dem Hofdienst ausgeschieden sind."

Selbst die Hofbeamten, die heute noch in Doorn oder bei irgendeinem Mitglied des Hohenzollernhauses tätig sind, müssen, wenn sie vor dem 1. April 1927 aus dem dortigen Dienst ausscheiden, vom Staat nach den Vorschriften der Beamtengesetze besoldet werden. Hofbeamte können sich jederzeit, auch vor Vollendung des 65. Lebensjahres, auf Kosten des Staates pensionieren lassen, dabei wird ihnen die während des Krieges im Hofdienst zurückgelegte Dienstzeit wie bei den Beamten als doppelte Dienstzeit angerechnet.

Bereits heute zahlt der preußische Staat 2,4 Millionen Mark Gehälter und Pensionen an Hofbeamte. Die „Deutsche Tageszeitung" teilt mit, die **deutschnationale Fraktion habe beschlossen,** dem **Hohenzollernvergleich zuzustimmen,** um zu verhindern, daß durch evtl. Enthaltung der Sozialdemokraten und Dagegenstimmen des welfischen Teiles der Wirtschaftspartei keine Mehrheit für die Vorlage zustande kommt.

Die Verhandlungen Preußens mit den Hohenzollern

Das Berliner Tageblatt hört, daß der Preußische Finanzminister Höpker-Aschoff die Vorsitzenden der Fraktionen der Regierungsparteien in Preußen für morgen vormittag zu einer Besprechung geladen hat, in der er über den Stand der Vergleichsverhandlungen zwischen der Preußischen Staatsregierung und den Vertretern des Hohenzollernhauses Bericht erstatten wird.

*

Jetzt endlich, nachdem die Verhandlungen mit Wilhelm vor dem Abschluß stehen, will die preußische Regierung auch den Landtag informieren. Es ist bedauerlich, daß Severing nicht mehr Rede und Antwort zu stehen braucht über diese Verhandlungen, an denen er auch ein gerüttelt Maß Schuld trägt.

Wird Seeckt abgesägt.

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 8. Oktober.

Im Fall Seeckt ist noch keine Entscheidung getroffen. Wie die bürgerlichen Blätter mitteilen, soll Hindenburg den Standpunkt Geßlers gebilligt haben, jedoch wird heute vormittag noch einmal Marx mit Hindenburg über den Streit konferieren. Es besteht die Absicht, sowohl Seeckt als Geßler im Amt zu halten.

Der „Vorwärts" von heute früh führt dagegen eine sehr scharfe Sprache und nennt den Konflikt eine Krise der Republik.

*

Der Kampf um Seeckt und um den Posten des Chefs der Heeresleitung ist auf der ganzen Linie entbrannt. Die um Stresemann sich gruppierenden Kreise der deutschen Bourgeoisie wenden sich gegen Seeckt. So schreiben die heutigen „Leipziger Neuesten Nachrichten", wenn auch nur in vorsichtiger Form, es stehe fest, daß Seeckt die Bestimmungen des Versailler Vertrages verletzt habe, indem er den Kronprinzensohn die Erlaubnis erteilt habe, in der Uniform der Reichswehr Dienst zu tun. In einem Leitartikel stellen die „Leipziger Neuesten Nachrichten" die Frage: „Mußte das sein?"

Deutschnationale Kreise propagieren den General von Loßberg. Nach einer Mitteilung des „8-Uhr-Abendblattes" soll Hannover der Mittelpunkt für die Stützungsaktion für den Generaloberſten von Seeckt sein.

Die Offiziere verschiedener Garnisonen Nord- und Mitteldeutschlands sollen sogar einen gemeinsamen Schritt vorbereiten, um auf Hindenburg einzuwirken, daß er den Generaloberſten von Seeckt halten soll und den Reichswehrminister Geßler dafür gehen lassen soll.

Seeckt soll die Zugeständnisse bezüglich der Einstellung des Kronprinzensohnes in die Reichswehr während einer Unterhaltung mit der ehemaligen Kronprinzessin Cäcilie bei einem gesellschaftlichen Zusammentreffen gemacht haben.

Obwohl die Presse der Schwarzrotgoldenen jede außenpolitische Begründung für Seeckts Rücktritt ablehnt, muß z. B. das „8-Uhr-Abendblatt" doch zugeben, daß auch noch andere Differenzpunkte mit Seeckt bestanden haben. Seeckt ist zwar nicht, wie die nationalistische Presse behauptet, der Ententekommission geopfert worden, aber wohl war er der den Kurs westlicher Orientierung steuernden Stresemann-Politik nicht zuverlässig genug westlich orientiert. Darum wird auch an die Stelle Seeckts ein Nachfolger kommen, den man auch nicht den kleinsten Hauch östlicher Orientierung wird vorwerfen können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261008-16/fragment/page=0013